

die internationale

MAGAZIN DER INTERNATIONALEN SOZIALISTISCHEN ORGANISATION



https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Flag_Dripping_Blood.jpg

BDS GEGEN VÖLKERMORD

<i>Dossier Renten</i>	
Der Evergreen: zu viel Sozialstaat	3
Das ewige Mantra, Wolfgang Weitz	3
Generationenfrage? – Oder doch Klassenkampf!, Michael Petersen	5
DGB ohne Alternative im Kampf gegen Altersarmut, Helmut Born	8
<i>Wehrpflicht</i>	
Stell dir vor, es ist Wehrpflicht ... Und dann? Axel Hopfmann	10
Lasst euch nicht erfassen! Gegen Kriegsdienst und Militarisation, Hermann Nehls	13
<i>Buchbesprechung</i>	
„Demokratischer Faschismus“? Jakob Schäfer	17
<i>Arbeitsrecht</i>	
Betriebsräte fordern Verbot der Verdachtskündigungen, Heinrich Neuhaus	22
Arbeitsunrecht stoppen – Verdachtskündigungen verbieten!	24
<i>Ökonomie</i>	
Zur Lage der Weltwirtschaft, João Machado	26
<i>Israel/Palästina</i>	
BDS als Kampfmittel des palästinensischen Widerstandes, Arne Andersen	28
Humanitäre Hilfe als Instrument der Kolonisierung, Sarah Laska	37
Wird Israels Wirtschaft zum Opfer des Völkermords? Interview mit Shir Hever	43
<i>Buchvorstellung</i>	
Arn Strohmeier: Der Verrat am Holocaust, Hermann Dierkes	49
<i>Venezuela</i>	
Die neue Welt(un)ordnung Zum Angriff der USA auf Venezuela, Luis Bonilla-Molina	50
<i>Ökosozialistisches Manifest</i>	
Manifest für eine ökosozialistische Revolution, Redaktion der internationale	55
<i>Migration</i>	
Flucht, Migration und Umweltkrise – die neuen alten Gesichter des Kapitalismus, Thies Gleiss	57
<i>Letzte Seite</i>	
Internationales revolutionäres Jugend-Sommer-Camp	62

IMPRESSUM

die internationale wird herausgegeben von der Internationalen Sozialistischen Organisation (ISO, Deutschland), in Zusammenarbeit mit Genoss:innen der Sozialistischen Alternative (SOAL, Österreich) und der Bewegung für den Sozialismus (BFS/MPS, Schweiz).

die internationale erscheint zweimonatlich. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben den Standpunkt und die Meinung der Autor:innen wieder.

Redaktion:
Wilfried Dubois, Jochen Herzog,
Björn Mertens, Paul Michel, Heinrich
Neuhaus, Jakob Schäfer, Michael Weis
(V.i.S.d.P.)

Abonnements:

- Einzelpreis: EUR 5,-
CHF 6,-
- Jahresabo: EUR 25,-
- Doppelabo (je 2 Hefte): EUR 35,-
- Solidarabo: ab EUR 35,-
- Sozialabo: EUR 15,-
- Probeabo (3 Hefte): EUR 10,-
- Auslandsabo: EUR 40,-

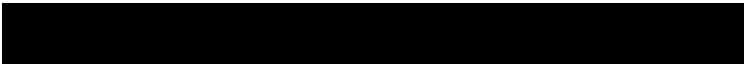
www.intersoz.org

Verlag, Verwaltung & Vertrieb:
die internationale
c/o ISO, Regentenstr. 57–59, 51063 Köln
Vertrieb:
internationale-vertrieb@intersoz.org

Gestaltungskonzept: Tom Bogen

Kontaktadressen:

- Deutschland:
ISO,
iso@intersoz.org,
<https://intersoz.org/>
- Österreich:
SOAL, Sozialistische Alternative,
office@soal.at,
<https://soal.at/>
- Schweiz:
BFS/MPS, info@bfs-zh.ch,
<https://sozialismus.ch/>



DER EVERGREEN: ZU VIEL SOZIALSTAAT

In diesem Dossier beleuchten wir schwerpunktmäßig die Rentenversicherung, denn sie wird in diesem Jahr voraussichtlich unter starken Beschuss geraten

Ein Dossier mit 3 Beiträgen

DAS EWIGE MANTRA

Seit Jahrzehnten leben wir angeblich über unsere Verhältnisse. Wie sehen die Realitäten aus? **Wolfgang Weitz**

Dazu werden die enormen Summen vorgestellt, die der Sozialstaat kostet: 2024 rund 1 345 Mrd. Euro, 2000 waren es noch 607,4 Mrd. Euro. Wahrlich ein hoher Betrag und eine hohe Steigerung, was diejenigen, die damit konfrontiert werden, unwillkürlich denken lässt: Haben die Politiker nicht vielleicht doch recht, die sagen, dass die Kosten des Sozialstaats zu hoch sind, und dass das nicht mehr leistbar ist, also gekürzt werden muss?

Was sie und die ihnen zuarbeitenden „Wirtschaftsweisen“ geflissentlich verschweigen, ist, dass diese nackten Zahlen nichts über Fähigkeit der Gesellschaft aussagen, eine solche Leistung zu tragen. Sie müssen verglichen und in Bezug gesetzt werden zur Wirtschaftsleistung, dem Bruttosozialprodukt (BIP). Das betrug 2000 knapp 2 129,7 Milliarden Euro und 2024 ziemlich genau 4 305,3 Mrd. Euro; es hatte sich in dieser Zeit verdoppelt. Die Sozialausgaben 2024 betrugen 31,2 Prozent des BIP und im Jahr 2000 28,5 Prozent.

Konjunkturelle, politische Ereignisse wie die Invasion der Ukraine durch Russland und die damit verbundenen Flüchtlingsbewegungen sowie die Pandemie führten und führen zu kurzfristigen Ausschlägen der Sozialleistungsquote, die aber im Wesentlichen stabil ist. Mit anderen Worten: denen, die zur Beschneidung des Sozialstaats aufrufen, geht es nicht um eine wie auch immer geartete Finanzierbarkeit, sondern ganz banal darum, größere Anteile am gesellschaftlichen Reichtum für ihre Unternehmerklientel bereitzustellen.

len, und wie wir gesehen haben, handelt es sich um große Beträge.

Die gesetzliche Rente

Zentraler Ansatzpunkt des Angriffs auf den Sozialstaat ist die gesetzliche Rente. Sie beruht auf dem Umlageverfahren, d.h. die gesetzlich versicherten Beschäftigten zahlen einen Teil ihres Bruttogehalts in die Rentenversicherungskasse ein und erhalten dafür bei Erreichen des Durchschnittsgehalts einen Rentenpunkt; verdienen sie weniger, nur einen Teil eines Rentenpunktes, verdienen sie mehr, dann, bis zur Erreichung der Beitragsbemessungsgrenze, zusätzliche Teile. Das erklärt, warum viele Rentner trotz langjähriger Beschäftigung nur eine geringe Rente erhalten. Der Wert eines Rentenpunktes wird ab Sommer 2026 etwas über 42 € liegen. Das bedeutet bei 45 Beitragsjahren zum jeweiligen jährlichen Durchschnittsverdienst (im Moment ca. 51 000 € brutto) eine Rente von gerade mal 1 900 € brutto!

Nun schlussfolgern Politiker:innen und die ihnen zuarbeitenden „Wirtschaftswissenschaftler:innen“ aus der Tatsache, dass die deutsche Gesellschaft altert, umstandslos, dass das Umlageverfahren nicht mehr tragbar sei. Sie „vergessen“, dass durch Immigration und die vermehrte Berufstätigkeit von Frauen die Anzahl der Beschäftigten in Deutschland auf dem Höhepunkt ist. Sie „vergessen“ weiterhin, dass die eingezahlten Beiträge auch abhängig sind von der Höhe der Gehälter. Und das sagen die Zahlen:

2024 betrug der Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung 18,6 Prozent, d.h. 9,3 Prozent werden dem/der Beschäftigten von seinem/ihrer auf der Gehaltsabrechnung ausgewiesenen Bruttolohn zu Gunsten der Rentenversicherung abgezogen, die übrigen 9,3 Prozent sind der sogenannte Arbeitgeberanteil. Dieser Beitragssatz ist schon seit Jahren konstant; bis 2017 war er höher. Im Jahr 2024 kamen so 305 Milliarden Euro für die Rente zusammen, das machte 77 Prozent des Haushalts der Deutschen Rentenversicherung (DRV) aus. 22,1 Prozent (87,8 Mrd. Euro) kamen aus Steuermitteln, die der Bund an die Deutsche Rentenversicherung (DRV) überwiesen hat. 2023 stellte sich das wie folgt dar: rund 292 Milliarden Euro Beitragseinkommen und ein Bundeszuschuss in Höhe von 84,3 Milliarden Euro.

Ist die DRV pleite?

Und diese sogenannten Bundeszuschüsse werden in Talkshows, Zeitungsartikeln, Reden als Beweis dafür angeführt,

dass die gesetzliche Rentenversicherung ohne die Unterstützung aus Steuermitteln faktisch bankrott wäre. Aber nichts könnte falscher sein. Diese fälschlich „Zuschüsse“ genannten Zahlungen des Bundes dienen dazu, wichtige Leistungen der Rentenversicherung, die gesellschaftlich notwendig und wichtig sind, zu bezahlen. Mit anderen Worten: Es handelt sich um allgemeine gesellschaftliche Leistungen und Aufgaben, für die die gesamte Gesellschaft aufzukommen hat und nicht nur die gesetzlich Versicherten.

Die DRV listet für 2023 z. B. folgende Ausgaben als versicherungsfremde Leistungen auf: „Höherwertung“ der Ost-Entgelte, Splitting übersteigender Anteil der Witwen-/Witwerrenten, Waisenrenten sowie eine Reihe weiterer Positionen z.B.: Altersrenten vor Regelaltersgrenze (ohne vollen Abschlag), Kindererziehungszeiten (Geburten vor 1992) usw.¹

In Summe zahlte die Rentenversicherung für nicht beitragsgedeckte Leistungen 2023 ca. 124 Milliarden Euro, dem ein Bundeszuschuss von 84,3 Milliarden entgegengestand. Das bedeutet, dass die gesetzlich Versicherten für gesamtgesellschaftliche Aufgaben in Höhe von knapp 40 Milliarden Euro aufkommen mussten. Sie entlasteten damit den Bundeshaushalt in eben dieser Höhe.

Bundeszuschuss? Propagandalüge!

Wir sehen, dass die Bezeichnung „Zuschuss“ für den sogenannten Bundeszuschuss an die Rentenversicherung falsch und irreführend ist, denn es handelt sich nicht um eine „milde Gabe“, wie der Begriff Zuschuss suggeriert, sondern um die Finanzierung an die gesetzliche Rentenversicherung übertragener gesamtgesellschaftlicher Aufgaben. Und auf einem anderen, ziemlich großen Teil bleibt die Rentenversicherung „sitzen“, d. h. nur ein Teil der Gesellschaft, nämlich die gesetzlich Versicherten, zahlen für Aufgaben und Leistungen, für die eigentlich die Gesellschaft als Ganzes, in diesem Fall der Staat aus dem Steueraufkommen, zahlen müsste. Man könnte auch sagen: Der Staat zahlt seine Rechnungen nicht.

Rein juristisch gesehen darf er das. Das Verfassungsgericht hat dieses Vorgehen erlaubt: Eine Verfassungsbeschwerde zu versicherungsfremden Leistungen wird vom Bundesverfassungsgericht nicht zur Entscheidung angenommen (Beschluss vom 28.10.1994, 1 BvR 1498/94), Begründung: „Aus den Grundrechten folgt kein Anspruch eines Mitglieds eines verfassungsmäßig errichteten Zwangsverbands auf generelle Unterlassung einer bestimmten Verwendung öffentlicher Mittel.“ (in: ADG, Versicherungsfremde Leistungen in der Arbeiter- und An-

gestelltenrentenversicherung) In dem Papier werden noch weitere ähnliche Beispiele angeführt.

Aufklärung und Druck aufbauen

Eine Änderung kann also nur durch politischen Druck in den Parlamenten und auf der Straße erreicht werden. Das erfordert Problembewusstsein bei der einzigen politischen Partei, der das zuzutrauen ist, nämlich „Die Linke“ – was aber erst geschaffen werden muss – und Einigkeit zwischen Jung und Alt, „reichen“ Rentnern/Rentnerinnen und „armen“ Rentnern/Rentnerinnen. Vorschläge, wie ein Soli für sogenannte besser gestellte oder reiche Rentner(innen) bei einem Freibetrag von 1048 Euro, Leistungskürzungen, Erhöhung des Renteneintrittsalters und Ähnliches dienen der Spaltung (Jung gegen Alt, arme Rentner gegen „reiche“ Rentner) und das durchaus mit Erfolg, wie auf manchen Leserbriefseiten zu ersehen ist. Und wer ungeschoren wekommt, sind die Reichen und Überreichen. Sie müssen keine Vermögenssteuer zahlen; sie haben riesige Schlupflöcher bei der Erbschaftsteuer; die Steuerhinterziehung geht in die Milliarden und die Steuerfahndung ist unterfinanziert und personell unterbesetzt.

Die gesetzliche Krankenversicherung

Auch bei dieser gesetzlichen Versicherung zahlt die Regierung nicht bzw. nur unzureichend für der Krankenversicherung übertragene Leistungen, die allgemein gesellschaftliche Aufgaben sind, also aus Steuermitteln finanziert werden müssten. In seiner Kolumne unter dem Titel „Einschnitte“ in der Frankfurter Rundschau vom 20.09.2025 weist Dr. Hontschik darauf hin, dass „in einem Gutachten [...] versicherungsfremde Leistungen in Höhe von 59,8 Mrd. Euro identifiziert [werden]“, wobei er auch einige nennt: „Was hat denn eine Krankenkasse mit dem Aufbau der Telematik-Infrastruktur zu tun? Wieso müssen die Gesetzlichen Krankenkassen mehr als 90 Prozent der Kosten tragen, die durch die Lauterbach'sche „Krankenhausrevolution“ entstehen? Warum müssen Krankenkassen für die Refinanzierung der Krankenhauskosten bezahlen, wo dies doch allein Ländersache ist? Warum müssen Krankenkassen einen Zuschuss zum Bürgergeld leisten? Gleiches gilt für die Digitalisierung des Gesundheitswesens oder die Aus- und Weiterbildung von Pflegekräften.“

Auch diese Themen liefern genügend Stoff für parlamentarische und außerparlamentarische Aktivitäten und für Zusammenarbeit von Politik und Gewerkschaft. Aber

auch hier gilt wie bei der Rente; das Bewusstsein dafür muss geschaffen werden.

01.02.2026

Wolfgang Weitz, Rentner, langjähriges Mitglied der ISO und ihrer Vorgängerorganisationen.

1 Für die Daten im Einzelnen s. DRV, Gesamtgesellschaftliche Aufgaben aus Steuermitteln finanzieren, Sept. 2025, https://rentenupdate.drv-bund.de/DE/1_Archiv/Archiv/2025/10_Bundeszuschuesse_nbL.html



GENERATIONEN- FRAGE? – ODER DOCH KLASSEN- KAMPF!

Vermutlich sind die Leser:innen dieses Beitrags sowieso davon überzeugt, dass die in der Überschrift aufgestellte Behauptung richtig ist.

Michael Petersen

Es ist aber nicht nur eine allgemeine Frage der Umverteilung von gesellschaftlichen Mitteln im Sinne einer Umschichtung von Geldern für Leistungen eines Sozialstaates hin zu Mitteln der Aufrüstung und Unterstützung von Unternehmen.

Es handelt sich bei der Diskussion um die Höhe der sogenannten Sozialversicherungsbeiträge um eine Frage der Höhe des Lohnes, also des Preises der Arbeitskraft.

Die sozialversicherungspflichtigen abhängig Beschäftigten finden auf ihrer Monatsabrechnung den Negativposten, also Abzug vom Bruttolohn, des sogenannten Arbeitnehmeranteils (AN) zu den Sozialversicherungen. Das sind die Einzahlungen in die Renten-, Kranken-, Arbeitslosen- und Pflegeversicherung, die in unterschiedlicher Weise Ansprüche auf Leistungen aus diesen Versicherungen begründen. Auf den monatlichen Ab-

rechnungen, die eigentlich alle Beschäftigten erhalten sollten, und auf den Jahresbescheinigungen finden sich als weitere Posten die sogenannten Arbeitgeberanteile (AG) zur Sozialversicherung.

Und da sind wir auch schon mitten im Nebel der Verschleierung.¹ Die Begriffe von AN-Anteil und AG-Anteil erzeugen den Schein, als ob in die Sozialversicherungen beide Beteiligten den (mehr oder weniger) gleichen Anteil einzahlen müssten.

Zwangsversicherung

Nun ist es erstens tatsächlich eine Zwangsversicherung. Wer abhängig arbeitet, dem zieht der Staat die Sozialversicherungsbeiträge vom Lohn ab – ob er oder sie nun will oder nicht. Wer andere gegen Lohn beschäftigt, der muss die sogenannten AG-Anteile abführen. Als „Inkassounternehmen“ für alle Beiträge fungieren die gesetzlichen Krankenkassen, die die Beiträge für die anderen Zweige der gesetzlichen Sozialversicherung weiterleiten.

Für die Beschäftigten stellt sich das als Abzug vom Bruttolohn, also Verringerung des verfügbaren Einkommens dar. In der Abrechnung eines Betriebes stellt es sich als Zuschlag zum – tariflich, gesetzlich oder individuell – vereinbarten Lohn dar. In der Unternehmerpropaganda findet sich der Ausdruck der „Lohnnebenkosten“. Wobei das „neben“ nur Verschleierung ist. Die Sozialversicherungsbeiträge sind Kosten, die aus Unternehmenssicht für eingekaufte Lohnarbeit – und zwar entsprechend der Menge der

eingekauften Arbeitskraft – anfallen, sie gehören deshalb zum Lohn.²

Internationaler Sonderweg

Ein Blick über die Grenzen Deutschlands macht dies deutlich. Der staatlich verfasste Sozialstaat mit seinen Zwangsversicherungen gegen Krankheit, Arbeitslosigkeit, Pflegebedürftigkeit und für eine Absicherung im Alter ist ein historischer und regionaler Sonderfall. In anderen Ländern sind die Versuche, die Gefahren eines lohnabhängigen Daseins zu minimieren, entweder durch staatliche – in der Regel nicht so weitgehende – Leistungen aus dem allgemeinen Steuereinkommen notdürftig abgedeckt. Oder sie sind ganz oder teilweise im Arbeitsverhältnis, also in der Vereinbarung über den Lohn für die Beschäftigten, geregelt. Die Leistungen zu Urlaub, Krankheit, Alterssicherung usw. erscheinen als zusätzliche Leistungen, dabei sind sie nur Lohn in anderer Form als direkte wöchentliche oder monatliche Geldzahlung.

In den USA z. B. wird – wenn es denn gewerkschaftliche Vertretung und Verhandlungsmacht überhaupt gibt – selbstverständlich über die Krankenversicherung durch das Unternehmen und den Beitrag des Unternehmens zur Altersabsicherung (natürlich kapitalgedeckt) zwischen Unternehmen und Gewerkschaft verhandelt und vereinbart (in Dokumenten, die wir in Deutschland als eine Mischung aus Betriebsvereinbarung und Tarifvertrag empfinden würden). Dort ist für alle viel offensichtlicher, dass es sich um Bestandteile des Lohnes handelt.

BEITRAGSSÄTZE DER SOZIALVERSICHERUNG

In Prozent vom Bruttolohn, gesamter Beitrag, sogenannte

AN- & AG-Anteile

Rente (RV)	18,6%	2 mal 9,3 %
------------	-------	-------------

Pflege (PV)	3,6 (+0,6)%	2 mal 1,8 %
-------------	-------------	-------------

Der Kinderlosenzuschlag von 0,6 % ist ab einem Alter von 23 von den Beschäftigten allein zu tragen

Arbeitslosen-Versicherung (AV)	2,6%	2 mal 1,3 %
--------------------------------	------	-------------

Kranken-Versicherung (KV)	14,6%	2 mal 7,3 %
---------------------------	-------	-------------

Zusatzbeitrag KV*	2,9%	2 mal 1,45 %
-------------------	------	--------------

*durchschnittlich

	42,3%	vom Bruttolohn*
--	-------	-----------------

*gegebenenfalls beschränkt bis zu den jeweiligen Beitragsbemessungsgrenzen

Generationenvertrag

Im sogenannten „Generationenvertrag“ wird unterstellt, die Zahl der abhängig Beschäftigten sei maßgeblich für die Finanzierung derjenigen, die in Rente seien – da es ja ein „Umlageverfahren“ (die Arbeitenden zahlen für die schon Verrenteten) sei. Und die nebulöse „demographische Entwicklung“ (weniger sozialversicherungspflichtige Beschäftigte durch Altersaufbau der Bevölkerung) würde dieses System nachhaltig in Frage stellen. Nun ist an anderer Stelle in diesem Heft dargelegt, wie die Rentenversicherung durch „versicherungsfernde“ Leistungen ausgeplündert und schlechtgerechnet wird. Aber davon abgesehen: Im gegebenen System bedeutet es natürlich, dass bei weniger Lohnabhängigen höhere Beiträge zur Rentenversicherung von deren Lohn abgezogen werden müssten, wenn gleiche Leistungen gezahlt werden sollen. Das gilt ja nicht nur bei einer

demographischen Entwicklung, sondern auch bei großer Arbeitslosigkeit.

Eine Erhöhung der Beiträge

Wenn denn die Zwangsbeiträge zur Sozialversicherung Lohn sind, ergibt sich folgende Logik: Für die Beschäftigten wirkt sich eine Erhöhung der Beiträge zur Sozialversicherung als Verminderung des Nettoeinkommens, für ein Unternehmen als Erhöhung der Lohnkosten aus – oder andersherum ausgedrückt: Ein Absenken der Prozentsätze führt bei den Beschäftigten zu einem Plus an Realeinkommen (obwohl es eigentlich eine Lohnsenkung ist) und für die Unternehmen zu einer Absenkung der für die Arbeitskraft anfallenden Kosten.

Neoliberales Dogma

Dazu kommt das neoliberale Dogma der Angebotstheorie. Sehr vereinfacht gesagt, beziehen sich die gar nicht so neuen Liberalen in ihrer Volkswirtschaftslehre darauf, dass eine Ware (eben auch Arbeit) dann nicht genügend nachgefragt würde, wenn sie „zu teuer“ wäre. In der Debatte um die Agenda 2010 von Schröder (und nicht zu vergessen: Steinmeier, Müntefering, Steinbrück, Scholz u. v. a. mehr) war dies das Hauptargument: Gegen Arbeitslosigkeit („mangelnde Nachfrage nach Arbeit“) sollte nur Verbilligung der Arbeitskraft helfen. Und dann kam der größte Billiglohnsektor Europas, die Schreckensknote von Hartz IV, usw. usf.

Das wird heute genauso weitergepredigt. Obwohl der Anteil der Lohnkosten in den verschiedenen Sektoren höchst unterschiedlich ist, ist die Front der Kapitaleigner:innen an dieser Frage geschlossen. In der politischen Auseinandersetzung werden sie aus ihrer Interessenlage heftig, geschlossen und unter voller Mobilisierung der ihnen zur Verfügung stehenden Expert:innen und Politiker:innen, veröffentlichten Meinung usw. jede Erhöhung der Lohnkosten bekämpfen.

Sozialleistungen, auch Rente, verteidigen – aber wie?

Eine linke Position hat als Ausgangspunkt mindestens die Verteidigung der bestehenden Höhe der Sozialleistungen gegen alle Kürzungsabsichten. In einem historischen Sinne ist die – an vielen Punkten immer noch völlig unzureichende – Absicherung der Lohnarbeitenden gegen die Risiken von Alter, Krankheit, Pflege und Arbeitslosigkeit eine soziale Errungenschaft. Der Blick in andere Teile der Welt führt das schlagend vor Augen.

Werden aber bei sinkenden Einnahmen – immer im bestehenden System gedacht – die Beiträge zu den verschie-

denen Zweigen der Sozialversicherung nicht erhöht, dann können nur Leistungen gekürzt werden.

Oder mit anderen Worten: Ein Kampf für eine Erhöhung der Beiträge zur Sozialversicherung, sei es für Rentenzahlungen oder bessere Leistungen der Krankenkassen oder Verbesserung der Pflegebedingungen, ist eine Erhöhung des Lohns über den Wert der Arbeitskraft hinaus, und ist in der jeweiligen Höhe der „moralische“ also historisch und/oder national besonders bedingte Anteil des Lohns. Wenn die Erhöhung gleichermaßen auf den sogenannten AG- und AN-Anteil angewendet wird, wirkt es wie oben ausgeführt.

Die gleich hohe Festsetzung dieser „Anteile“ wird allgemein als „paritätische (gleiche, gleichmäßige) Finanzierung“ bezeichnet. Diese wird als solche gerne vom DGB und seinen Mitgliedsgewerkschaften hochgelobt und in Sonntagsreden verteidigt. Es herrscht aber ein mangelndes Verständnis über den Charakter als gesellschaftliche Umverteilung und als Kampf um die Höhe des Lohns.

Würden die Anteile zuungunsten der Lohnarbeitenden verschoben, würden die Unternehmen einen Teil auf die Schultern der von ihnen Beschäftigten verlagern.

Umgekehrt wäre ein Kampf dafür, dass die Unternehmen überproportional oder ganz den Mehrbedarf an Beiträgen zahlen, ein Kampf für eine – gesellschaftliche – Lohnerhöhung. Dafür gibt es erstmal in diesem Land keine wirkliche Diskussion und Tradition oder ein Verständnis bei breiteren Bevölkerungsschichten, dass durch gesetzliche Maßnahmen der Lohn indirekt (durch staatlich festgesetzte Erhöhung der sogenannten AG-Anteile) gesteigert werden soll.³

Michael Petersen ist Rentner in Hamburg – und schon deshalb am Thema interessiert. Vorher war er viele Jahre lang Betriebsrat in der Automobilzulieferindustrie und ehrenamtlich in der IG BCE engagiert.

1 Abgesehen davon, dass schon die Begriffsbildungen Arbeitnehmer und Arbeitgeber als solche falsch sind.

2 Dass Unternehmen auch noch andere Kosten als Lohnnebenkosten bezeichnen (z. B. die Beiträge zur gesetzlich zwingenden Unfallversicherung – früher Berufsgenossenschaft (BG) –, soll uns an dieser Stelle nicht weiter interessieren.

3 In der politischen Diskussion in Deutschland gibt es von SPD und DGB und Mitgliedsgewerkschaften, der Partei DIE LINKE und Grünen den unterschiedlich ausgestalteten Wunsch nach einer „Bürgerversicherung“. Andere propagieren das „österreichische Modell“ für die Rentenversicherung. Die Auseinandersetzung mit diesen Konzepten muss an anderer Stelle geleistet werden.

DGB OHNE ALTERNATIVE IM KAMPF GEGEN ALTERSARMUT

Der Bundestag hat der Verlängerung der jetzigen Rentenhöhe von 48 % des durchschnittlichen Facharbeiterlohns bis 2031 zugestimmt. Was meint der DGB? **Helmut Born**

Nach dem Beschluss des Bundestags, eine neue Rentenkommision einzusetzen, äußerte sich die DGB-Führung zu den Beschlüssen und legte Eckpunkte für ein eigenes Konzept vor. Dabei wurde die Verstetigung des Rentenniveaus grundsätzlich begrüßt, aber auch Kritik geübt, da gleichzeitig die Einrichtung einer Rentenkommision beschlossen wurde. Da die Gewerkschaften in der von der Regierungsmehrheit beschlossenen Kommission nicht vertreten sein werden, wurde beschlossen, eine eigene Kommission einzurichten.

So weit so gut, könnte mensch meinen. So wie das vorgestellte Konzept aussieht, geht es aber nicht um eine generelle und gerechte Alternative, die vor Altersarmut schützt, sondern um eine Kompatibilität mit den Vorstellungen der SPD und damit um eine weitgehende Fortschreibung des jetzigen Zustandes.

Zu dem DGB-Konzept im Einzelnen: Renteneintrittsalter nicht weiter anheben, Leistungsverbesserungen (etwa die Mütterrente) müssen aus Steuern bezahlt werden, das Betriebsrentensystem soll ausgebaut und durch die sogenannten Arbeitgeber finanziert werden. Das Rentenniveau soll dauerhaft stabilisiert und leicht auf 50 % erhöht werden. (Mit Rentenniveau bezeichnet man das prozentuale Verhältnis zwischen der Durchschnittsrente und dem hiesigen Durchschnittseinkommen.) Außerdem: Selbstständige und Freiberufler:innen sollen ins Rentensystem einbezogen werden – Beamte aber nicht. Auch plädiert der DGB dafür, durch Entgeltumwandlung zusätzliche betriebliche Altersvorsorge zu schaffen. Die vom Staat subventionierte Zusatzrente (Riester-Vorsorge etc.) soll es nicht mehr geben. Ich

frage mich, warum es dafür eine separate Rentenkommission des DGB geben soll.

Womit ist zu rechnen?

Recht sicher wird es in den Debatten der nächsten Zeit in der Rentenkommission um eine Erhöhung des Renteneintrittsalters, um eine Absenkung des Rentenniveaus und um eine weitere Privatisierung von Rentenleistungen gehen. Dafür werden die neoliberalen Kreise aus CDU und Finanzindustrie schon sorgen. Das Konzept des DGB scheint aber davon auszugehen, dass eine Übereinkunft mit der Bundesregierung hinzubekommen ist, vor allem mit der SPD als Teil der Regierung. Dies ist besonders deutlich daran zu erkennen, dass das DGB-Konzept keine Forderung nach einer armutsfesten Rente enthält, die gerade für Frauen so wichtig wäre. Aber natürlich auch für Menschen die aus prekären Arbeitsverhältnissen nicht rausgekommen sind. Also letzten Endes geht es dem DGB wohl darum, die Biographien der männlichen Facharbeiter mit jahrzehntelanger Berufstätigkeit abzusichern und keine weiteren Senkungen des Rentenniveaus zuzulassen. Dies ist sicherlich wichtig, aber es reicht bei weitem nicht aus.

Dabei gibt es durchaus Gewerkschaften im DGB, die weitergehende Vorstellungen haben. IG Metall und ver.di als die beiden größten DGB-Gewerkschaften haben Vorschläge für ein zukünftiges Rentenkonzept vorgelegt. Beide fordern, dass das Rentenniveau auf 53 % steigen wird und es weiterhin möglich sein soll, nach 45 Berufsjahren abschlagsfrei in Rente zu gehen. Als wichtiger Bestandteil der Weiterentwicklung der gesetzlichen Rente fordern beide, die Rente in eine Erwerbstätigenversicherung umzubauen, in die alle einzahlen. Also auch Selbstständige, Politiker:innen, Freiberufler:innen und Beamte.

Die IG Metall verweist ausdrücklich auf das Beispiel Österreich, wo solch eine Erwerbstätigenversicherung in den 90er Jahren eingeführt wurde. Dabei vergisst die IG Metall aber, weitergehende Aspekte der Rente in Österreich zu benennen. Das ist insbesondere der höhere Beitrag der Unternehmer zur Rentenversicherung, ein wesentlich höheres Rentenniveau und 14 Rentenzahlungen im Jahr. Ver.di setzt sich darüber hinaus für eine bessere Absicherung und einen Schutz vor Altersarmut für Frauen ein. Dazu soll die Grundrente ausgebaut werden, damit sie wirkungsvoller vor Altersarmut schützt. Dazu braucht es allerdings mehr als den heutigen Grundsicherungsbetrag von etwa 1018 Euro. Eine Forderung hierzu stellte ver.di aber nicht auf.

Auf dem DGB-Bundeskongress im Mai wird sicherlich die Rente einen breiten Raum einnehmen. Wo immer möglich sollten Kolleg:innen aus der Gewerkschaftslinken zu dieser Konferenz weitergehende Anträge stellen. Für uns sind hierbei folgende Forderungen wichtig:

- Ausbau der Rente zu einer Erwerbstätigenversicherung
- Beitragsleistungen für alle Einkommensarten und damit auch der Kapitaleinkünfte,
- Wegfall der Beitragsbemessungsgrenze,
- 1500 € Grundrente/Grundsicherung gegen Altersarmut,
- Erhöhung des Rentenniveaus auf mindestens 53 %,
- Renteneintrittsalter auf 60 Jahre mit 40 Berufsjahren senken

Um die Rente zukunftssicher zu machen und verlorenes Vertrauen in die gesetzliche Rente zurückzugewinnen, müssen staatliche Mittel, die für private Rentenverträge ausgegeben werden, in die gesetzliche Rente umgeleitet werden. Wichtig wäre auch die Forderung nach vollständiger Steuerfinanzierung sämtlicher sogenannter „versicherungsfremder“ Leistungen wie z. B. die Hinterbliebenenrenten, die Mütterrente oder die Angleichung der Ostrenten. Das sind immerhin 40 Mrd. Euro, die jedes Jahr aus den Beitragszahlungen geleistet werden.

Am 2. Februar stellte Bundeskanzler Merz auf dem Treffen der Deutschen Börse seine Vorstellungen zur Zukunft der Rente vor. Dabei machte er deutlich, dass es ihm um eine stärkere Beteiligung der Betriebsrente und vor allem der privaten Rente an der Gesamtrente geht. Das Niveau der gesetzlichen Rente an der Gesamtrente möchte er runterfahren und die private „Vorsorge“ stärken. Dies kam sicherlich vor diesem Publikum gut an, hatte aber viel Kritik hervorgerufen. Wichtig für uns: Er machte deutlich, dass solch eine grundlegende „Rentenreform“ noch in diesem Jahr verabschiedet werden müsse. Er wartet noch nicht einmal die Ergebnisse der Renten-Kommission ab, sondern macht schon mal deutlich, wohin die Reise gehen soll. Damit sind aber jetzt schon einmal alle gewarnt und können sich auf diese Auseinandersetzung einstellen. Das gilt ausdrücklich auch für die Gewerkschaften.

Der Konflikt um den Achtstundentag, dem nach Ansicht des DGB jetzt offensiv entgegengetreten werden soll, sollte um das Thema Rente erweitert werden. Nur so lässt sich die Abschaffung oder weitere Aushöhlung des „Sozialstaates“ bekämpfen. Dem Klassenkampf von „oben“ muss der Klassenkampf von unten entgegengesetzt werden. Dazu gehören auch politische Streiks, die

IN DEUTSCHLAND GIBT ES ...

... 34,8 Millionen sozialversicherungspflichtige Beschäftigte (2024)

Einkommen über knapp 70 000 € jährlich zahlen ab dieser Grenze keine Beiträge in die Kranken- und Pflegeversicherung. Für Einkommen in dieser Höhe gilt dann die Befreiung von der Versicherungspflicht in der gesetzlichen Krankenkasse und sie können sich privat krankenversichern. Einkommen ab gut 100 000 € jährlich brauchen für den darüberhinausgehenden Teil keine Beiträge zur Renten- und Arbeitslosenversicherung zu entrichten. Dabei werden bei der Berechnung von Leistungen die höheren Teile dieses Einkommen nicht berücksichtigt.

Am anderen Ende der Lohnskala ist es so, dass die sogenannten „geringfügig Beschäftigten“ keine oder weniger Beiträge zahlen müssen, bzw. geringe Beiträge von den Unternehmen pauschal abgeführt werden müssen, die aber entsprechend einen lächerlich geringen Leistungsanspruch erzeugen.

Mindestens 1,7 Millionen Beamt:innen (und Richter:innen, Soldat:innen, Kirchenbeamt:innen, u. Ä.), die alle nicht sozialversicherungspflichtig sind, aber auch versorgt werden – nicht oder nur zum Teil aus der Sozialversicherung, und Zugang zur privaten Krankenversicherung haben.

46 Millionen Erwerbstätige gibt es in Deutschland insgesamt. Ziehen wir die Sozialversicherungspflichtigen und Beamt:innen usw. ab, bleiben knapp 10 Millionen übrig. Unter diesen sind die tatsächlich Selbständigen, (wirkliche kleine und größere Unternehmer:innen, Apotheker, Ärzte, Anwälte, usw.) aber auch alle Scheinselbständigen (Kurierfahrer z. B.) erfasst. Diese zahlen nicht oder nur in Teile der Sozialversicherung ein - dafür aber in ständische Versorgungswerke, private Krankenkassen usw. Es gibt aber auch viele Menschen (Solo-Selbständige, Scheinselbständige, Künstler:innen ...), die nicht einzahlen brauchen, entsprechend aber auch keine oder nur lächerliche kleine Leistungen im Fall von Altersvorsorge, Arbeitslosigkeit, Pflege erhalten oder erhalten werden.

die Gewerkschaftsführungen bisher immer abgelehnt haben.

05.02.2026.

Helmut Born, 74 Jahre alt, ist Gewerkschaftsaktivist in ver.di-Linke NRW und Mitglied in der ISO und der Partei Die Linke.

STELL DIR VOR, ES IST WEHRPFLICHT ... UND DANN?

Zehntausende, vor allem junge Leute, haben gegen die Wiedereinführung der Wehrpflicht demonstriert. Aus vornehmlich antimilitaristischen Motiven, aber auch im eigenen Interesse. Doch wenn wir es realistisch einschätzen, wird das die Wehrpflicht nicht verhindern. Was bleibt an realistischen Optionen für eine Militärpolitik der Linken?

■ Axel Hopfmann

■ Massenhafte Verweigerung wird eine Armee nicht nennenswert schwächen. Dafür entsteht ein anderer Effekt: Kritische, unruhige „Elemente“ bleiben dem Militär fern. Dessen Führung kann umso ungestörter agieren.

Wenn es gelänge, die Wiedereinführung der Wehrpflicht zu verhindern, entstünde als Resultat lediglich eine Berufsarmee. Diese hat jedoch den Nachteil, aus Sicht der Militaristen zuverlässiger zu sein als eine Wehrpflichtarmee. Die „Nelkenrevolution“ Mitte der Siebzigerjahre in Portugal war im Wesentlichen möglich, weil eine Wehrpflichtarmee in verlustreichen Kolonialkriegen eingesetzt wurde. Diese Armee rebellierte und verjagte schließlich die Diktatur. Bei einer reinen Berufsarmee wäre das kaum denkbar gewesen.

Es gibt nur wenige realistische Ansatzpunkte: Die Organisierung von Massenstreiks gegen Kriegseinsätze, parlamentarische Arbeit und die Interessen und die Vernunft der Soldat:innen. Demonstrationen zeigen unsere Haltung öffentlich, entfalten jedoch keine unmittelbare Wirkung. Angesagt ist konsequenter Widerstand gegen jeden militärischen Einsatz und gegen jede Planung zur Finanzierung des Militärs. Eine Zustimmung im Bundes-

tag zu Sondervermögen darf es nicht geben. Auch keine parlamentarischen Manöver, um solche Planungen zu ermöglichen.

Kampf um die Köpfe

Das wohlverstandene Interesse und der gesunde Menschenverstand der Soldat:innen bieten weitergehende Möglichkeiten. Wenig Hoffnung besteht bei Berufssoldat:innen, muss aber auch dort versucht werden. Angesichts dessen hat die Diskussion um die Wiederbelebung der Wehrpflicht zwei Seiten. (Dabei ist es gleichgültig, ob als herkömmliche Wehrpflicht oder die besonders perfide Form einer allgemeinen Dienstpflicht, die uns glauben lassen will, dass Pflegearbeit und Kriegsdienst im Grunde das Gleiche seien.) Einerseits sind Massen von Wehrpflichtigen auch im modernen Militär erforderlich, um die Armee kriegstüchtig zu machen. Andererseits ist genau das eine Achillesferse der Armee.

Zur Lage wehrpflichtiger Soldat:innen

Entscheidend ist, dass Wehrpflichtige Lohnabhängige sind, mit wenig Neigung, für das Vaterland oder liberale Ideologie zu sterben. Schon gar nicht bei einer Offensive

oder einem Einsatz nach innen. Der Interessengegensatz zwischen bürgerlichem Staat samt kapitalistischer Ausbeutung und Interessen von Lohnabhängigen kann sich in ihnen manifestieren. Allerdings geschieht dies nicht automatisch oder notwendigerweise. Die Linke sollte eine systematische Arbeit mit Wehrpflichtigen entfalten, wenn der Einsatz der Bundeswehr irgendwie ernsthaft behindert werden soll.

Dafür sind Forderungen aufzustellen, die unmittelbar an ihren Interessen ansetzen, aber eine Dynamik entwickeln können, die darüber hinaus geht. Es sind zum einen materielle Forderungen, dann welche, die sich gegen den disziplinierenden und repressiven Charakter der Armee richten und schließlich demokratische Forderungen.

Politische Aufgabe der Linken

Daher ist zu empfehlen, dass die Linke überall dort, wo es möglich ist, eine politische und antimilitaristische Arbeit mit Wehrpflichtigen aufnimmt. Diese knüpft an der Tatsache an, dass es sich bei ihnen um Lohnabhängige handelt, die nur vorübergehend in Kampfanzüge gesteckt werden. Die Verbindung zu ihrer Klasse darf in dieser Zeit nicht abreißen.

Gewerkschaftliche Orientierung

Ein Schwerpunkt dieser Aktivität muss die gewerkschaftliche Organisation der Wehrpflichtigen sein. Zu bevorzugen ist, dass alle in den Gewerkschaften bleiben können, in denen sie vor dem Kriegsdienst waren. Oder in die Gewerkschaften aufgenommen werden, die für die Branche zuständig sind, in der sie zuvor gearbeitet haben. Denen, die keine dieser Möglichkeiten haben, könnten in die Gewerkschaft Ver.di aufgenommen werden. Die Linke initiiert überall wo möglich gewerkschaftliche Gruppen beim örtlichen DGB.

Hilfe im Alltag

Wir empfehlen ferner, dass die Linke Wehrpflichtige darin, ihren Alltag beim „Bund“ zu bewältigen, unterstützt: durch Tipps, Rechtsberatung und Gespräche. Das kann der disziplinierenden und ideologischen Wirkung des Kriegsdienstes etwas entgegensetzen.

Medien

Hilfreich wäre es, eine Zeitung (oder ein elektronisches Pendant) herauszugeben, die sich gezielt an die Wehrpflichtigen richtet und für deren Interessen spricht. Wehrpflichtige können sich – auch anonym – an die Redaktion wenden. Damit wird auch dafür gesorgt, dass die Öffentlichkeit ein

Bild davon bekommen kann, wie es innerhalb der Bundeswehr zugeht. Entwicklungen wie zum Beispiel rechtsextreme Auswüchse können dann nicht so leicht unbemerkt bleiben.

Forderungen

Die folgenden Forderungen sind keine abschließende Aufzählung, sondern Beispiele, um eine Diskussion darüber anzuregen. Es kommt darauf an, in der Praxis die Forderungen zu entwickeln, die die Bewegung voranbringen.

Das hilft auch dabei, die im Programm der Partei Die Linke geforderte strukturelle Nichtangriffsfähigkeit zu erreichen. Nicht nur auf der Seite der Waffen und Geräte, sondern auch bei deren Bediener:innen. Die Abwehrfähigkeit wird dadurch nicht beeinträchtigt.

Materielle Forderungen

- Festlegung der dienstfreien Zeit auf zwei Tage pro Woche
- Verlängerung der Urlaubszeit
- Beschränkung der wöchentlichen Arbeitszeit wie durchschnittlich für Facharbeiter:innen
- Nulltarif im öffentlichen Verkehr
- Anhebung des Wehrsolds auf die Höhe der Lebenshaltungskosten. Maßstab ist der durchschnittliche Facharbeiterlohn.

Forderungen gegen Disziplinierung der Wehrpflichtigen

- Zulassung von Gemeinschaftsbeschwerden
- Uneingeschränktes Petitionsrecht. Jede Beschwerde gegen eine Maßnahme muss aufschiebende Wirkung haben
- Abschaffung der Grußpflicht
- Abschaffung der Formalausbildung und der Grundstellung
- Abschaffung des Spind- und Stubenappells
- Abschaffung der „erzieherischen Maßnahmen“ durch Vorgesetzte
- Abschaffung der Geldstrafen
- Aufhebung des Kasernierungszwangs
- Einsicht in Unterlagen über Sonderdienste durch gewählte Vertreter:innen der Mannschaften.
- Keine Verpflichtung der Vertrauensleute zur Zusammenarbeit.

Demokratische Forderungen

- Schaffung eines Kontrollorgans aus dem Durchschnitt der Bevölkerung

- Aufhebung der Kasernierung. Statt Drill, Kadavergehorsam und ständischer Hierarchie selbstverwaltende Organisation des Militärs und all seiner Waffengattungen durch die Soldat:innen
- Wählbarkeit und Abwählbarkeit der Offiziere aus den Reihen der Soldat:innen
- Freie Wahl der Ausbilder durch die Soldaten
- Abschaffung jeglicher Militärgerichtsbarkeit und Standgerichte
- Kirche raus aus dem Militär
- Aufbau professioneller psychologischer und sozialpädagogischer Betreuung von Soldat:innen und Angehörigen
- Freie politische und gewerkschaftliche Betätigung in der Kaserne
- Freies Demonstrationsrecht
- Uneingeschränkte freie Meinungsäußerung
- Mannschaftsversammlungen in der Dienstzeit ohne Vorgesetzte
- Bildung von Vertrauensleuteversammlungen

HERMANN DWORCZAK 1948-2026

Kurz vor Drucklegung dieser Ausgabe erreichte uns die traurige Nachricht vom Tod des Genossen Hermann Dworzak am 20. Januar. Er war einer der Gründer und führenden Genossen der österreichischen Sektion (GRM / SOAL) der Vierten Internationale. Auf unserer Website bringen wir eine ausführliche Würdigung dieses Genossen durch Wilfried Hanser (SOAL Innsbruck).

<https://soal.at/hermann-dworczak-1948-2026-ein-leben-fuer-die-revolution-und-eine-bessere-welt/>

Siehe auch drei weitere „Stimmen zum Leben und Tod von Hermann Dworzak“ von früheren Genossen der Gruppe Revolutionäre Marxisten (GRM):

<https://soal.at/stimmen-zum-leben-und-tod-von-hermann-dworczak-1948-2026/>



LASST EUCH NICHT ERFASSEN! GEGEN KRIEGSDIENST UND MILITARISIERUNG

Zurzeit entsteht eine Bewegung gegen die Wehrpflicht. Deshalb geht unser Autor der Frage nach, wie wir uns dazu stellen sollen.

■ Hermann Nehls

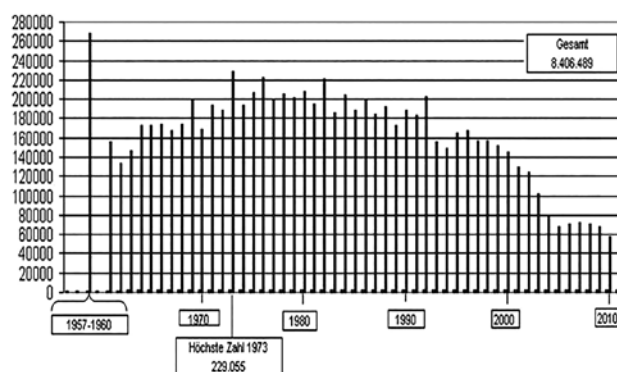
Jakob Schäfer hat in der Ausgabe 1/2026 der Internationale einen Beitrag „Wider die Kriegstüchtigkeit“ veröffentlicht.¹ Der folgende Artikel ergänzt seine Ausführungen insbesondere um die Frage der Einführung der Wehrpflicht.

Deutschland soll wieder kriegstüchtig werden. Das ist das Credo, das von der Bundesregierung verbreitet wird. Begründet wird das mit der geänderten sicherheitspolitischen Lage, die sich durch den Angriff der russischen Föderation auf die Ukraine geändert habe. Die Diskussion um die Einführung der Wehrpflicht nimmt auch in anderen größeren Ländern der EU Fahrt auf. In Frankreich will Macron den 1997 unter Chirac ausgesetzten Militärdienst wieder zurückdrehen und hat eine „umfassende Überarbeitung“ des universellen Nationaldienstes (SNU) angekündigt. Dieser Vorstoß kam im Rahmen der Debatte um Kürzungen im Sozial-, Bildungs- und Gesundheitswesen. Vor allem der Rassemblement National will noch einen Schritt weitergehen und fordert einen obligatorischen Militärdienst von mindestens drei Monaten. Auch in Italien wird derzeit über die Wiedereinführung der erst 2005 abgeschafften Wehrpflicht debattiert. Hier ist es vor allem die Lega Nord, die Moral und das Gefühl der nationalen Zugehörigkeit stärken will².

Scholz hat mit seiner Zeitenwende-Rede im Bundestag vom 27. Februar 2022 die Richtung vorgegeben. Seit-

dem gibt es kein Halten mehr in Fragen von Aufrüstung und Militarisierung. Sondervermögen, NATO-zwei-Prozent-Ziel, atomare Teilhabe und die Wiedereinsetzung der Wehrpflicht bestimmen die Debatte. Bis 2035 sollen die Streitkräfte der Bundeswehr von aktuell 184 000³ auf über 260 000 gesteigert werden. Hinzu sollen noch 200 000 Reservist:innen kommen. Die Wehrpflichtigen stellen heute nur einen geringen Teil der Streitkräfte. Von den 184 000 leisten aktuell gerade einmal 12 169 einen Wehrdienst. Das Gros stellen mit 112 578 die Soldat:innen auf Zeit, die Zahl der Berufssoldat:innen liegt bei 59 447.

EINBERUFENE WEHRPFLICHTIGE 1957-2011



Der Anteil der Wehrpflichtigen lag in der Vergangenheit wesentlich höher. Von 1970 bis 1990 stellten sie mit ca. 200 000 fast 40 Prozent der Streitkräfte⁴.

Die Bundesregierung hat über Monate beraten, wie das 1956 eingeführte Wehrpflichtgesetz (WPfG), das 2011 ausgesetzt wurde, wieder eingeführt werden kann. Ab 1. Januar 2026 gilt jetzt das Wehrdienst-Modernisierungsgesetz. Alle 18-jährigen Männer und Frauen erhalten seitdem einen Fragebogen, um die „Eignung und Motivation für den Wehrdienst bei der Bundeswehr“ zu ermitteln. Die Männer müssen den Fragebogen beantworten, für Frauen ist die Beantwortung freiwillig. Auch die Wehrerfassung, also die Registrierung aller Wehrdienstfähigen, wird wieder eingeführt. Ab dem 1. Juli 2027 beginnt verpflichtend die Musterung von Männern ab Jahrgang 2008. Zunächst gilt für den Dienst an der Waffe Freiwilligkeit. Wird der sogenannte „Aufwuchskorridor“ nicht eingehalten, soll es zu einer „Bedarfswehrrpflicht“ kommen. Der Bundesregierung wird dafür die Möglichkeit eingeräumt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Deutschen Bundestages die verpflichtende Heranziehung von Wehrpflichtigen zu veranlassen, wenn die verteidigungspolitische Lage dies erfordert und attraktivitätssteigernde Maßnahmen zur Erhöhung freiwilliger Bewerbungen nicht rechtzeitig wirksam werden.

Schon in der letzten Legislaturperiode hatte die CDU das Thema Wehrrpflicht auf den Plan gerufen. Während die SPD mit dem damaligen Bundeskanzler Scholz die Wiedereinführung noch ausschloss, stimmte sie jetzt zu. Die Grünen stimmten zwar nicht zu, sie hatten aber keine grundsätzlichen Einwände. Ihrer Meinung nach würde der Zivildienst nicht ausreichend beachtet. Die AfD störte sich daran, dass junge Menschen mit Geld in die Bundeswehr gelockt würden, vielmehr würde „der geborene Verteidiger der deutschen Schicksalsgemeinschaft“ benötigt⁵. Einzig die Partei Die LINKE lehnte eine Rückkehr zur Wehrrpflicht oder zu einer Bedarfswehrrpflicht ab und hatte einen Antrag vorgelegt, um die Wehrrpflicht aus Artikel 12a des Grundgesetzes zu streichen. Die jungen Menschen in Deutschland hätten anderes vor, „als im Regiment Merz für Kapital der Reichen den Kopf hinzuhalten“.

Die Bundeswehr rührt jetzt die Werbetrommel. Für das erste Quartal 2026 sind mindestens 144 Besuche an Schulen geplant⁶. Das geht aus der Antwort auf eine kleine Anfrage der Linken-Abgeordneten Gohlke hervor. Die als „Karriereberater“ bezeichneten Soldat:innen sollen neue Rekrut:innen unter Jugendlichen ab der 8. Klasse

gewinnen. Hinzu kommen 170 Werbeauftritte bei Job- und Ausbildungsmessen⁷. Die Zahlen beziehen sich auf 14 Bundesländer. Ausgenommen ist Bremen, wo militärische Schulbesuche zurückgegangen sind, und Schleswig-Holstein, wo im Vorjahr mit 173 Bundeswehrauftritten in Bildungseinrichtungen eine klare Zunahme erkennbar ist. Vor kurzem hatte JugendInfo⁸ bereits über eine Verdoppelung der Schulbesuche gegenüber 2021 berichtet. Die Tendenz, dass zunehmend jüngere Klassen besucht werden, setzt sich auch 2026 fort.

Die Wehrrpflicht ist ein weiterer Baustein für die Militarisierung der Gesellschaft. Mehr Präsenz der Bundeswehr an Schulen, mehr Bundeswehrwerbung in sozialen Medien, mehr öffentliche Auftritte der Bundeswehr und mehr Befugnisse der Bundeswehr auch in Deutschland. Das ist die Zukunft, die die Bundesregierung will. Doch sie muss dafür viel Überzeugungsarbeit leisten. In einer Umfrage⁹ vom Juni 2025 sprachen sich in der Altersgruppe der 18- bis 29-Jährigen 61 Prozent gegen eine Wiedereinführung der Wehrrpflicht aus. Dieser Wert dürfte jetzt, wo die Fragebögen die Briefkästen erreichen, sicher noch steigen.

Wie tief die Vorbehalte gegen die Bundeswehr lange Zeit waren, brachte Horst Köhler 2005 in einer Rede bei der Kommandeurtagung der Bundeswehr¹⁰ gut auf den Punkt. Um die Beziehung zwischen der deutschen Bevölkerung und der Bundeswehr zu beschreiben, sprach er von „freundlichem Desinteresse“. Die Deutschen seien „nach 1945 ein wirklich friedliebendes Volk geworden und halten gern vorsichtige Distanz zu allem Militärischen“. Zudem habe die Wehrrpflicht praktisch einen freiwilligen Charakter angenommen, so dass die Bundeswehr im alltäglichen Leben vieler Deutschen keine Rolle spiele. Seine Offenheit kam übrigens nicht gut an. Auf dem Rückflug von einem Besuch in Afghanistan 2010 hatte Köhler ein Hörfunk-Interview gegeben und darin gesagt, im Notfall sei auch „militärischer Einsatz notwendig (...), um unsere Interessen zu wahren, zum Beispiel freie Handelswege“. Dies hatte damals einen Sturm der Entrüstung der Herrschenden ausgelöst, der zu Köhlers schnellem Rücktritt führte: Köhler habe Bundeswehreinsätze in Zusammenhang mit wirtschaftlichen Interessen gebracht. Merz bekommt heute für eine solche Äußerung standing ovations.

Widerstand formiert sich

Wie von der Wehrrpflicht Betroffene auf die Aufforderung zur Kriegstüchtigkeit von Merz & Co reagiert

haben, kann sich sehen lassen. Am 5. Dezember 2025 beteiligten sich bundesweit über 55 000 Schüler:innen in 90 Städten an Schulstreiks, um gegen die Einführung der Wehrpflicht zu protestieren. An Schulen haben sich Streikkomitees und Antikriegs-AG gegründet, die den Schulstreik vorbereitet und den Ungehorsam organisiert haben. Wichtige konzeptionelle Begleitung haben sie von der Deutschen Friedensgesellschaft-Vereinigte Kriegsdienstgegner:innen (DFG-VK) erhalten, die seit 1974 in der Tradition von Bertha von Suttner wichtige Arbeit gegen Militarisation und Aufrüstung leistet. Auch politische Parteien wurden aktiv. Dazu zählen die Partei Die LINKE und die Linksjugend Solid, DKP, SDAJ, SDS und das BSW. Auch die IG-Metall-Jugend unterstützt die Proteste gegen die Wiedereinführung der Wehrpflicht (Ausbildungsplätze statt Kasernen) und hat sich mit dem Schulstreik solidarisiert. Für den 5. März 2026 ist ein weiterer Schulstreik geplant. Die Vorbereitungen dazu laufen auf Hochtouren.

Der Widerstand spiegelt sich auch an der Zahl der Kriegsdienstverweigerer wider. Eine Nachfrage beim Bundesamt für Personalmanagement der Bundeswehr ergab, dass bis November (2025) 6739 KDV-Anträge bei ihnen eingegangen sind. Die Zahl der Anträge auf Kriegsdienstverweigerung ist innerhalb kurzer Zeit um mehr als 70 Prozent gestiegen. Für die DFG-VK ist dies ein klares gesellschaftliches Signal gegen die Wiedereinführung oder Ausweitung von Wehr- und Zwangsdiensten.

Die Hürden für die Verweigerung sind hoch, viele kapitulieren, bevor sie überhaupt einen Antrag einreichen. Was früher ein Grundrecht mit drei Seiten Papier war, ist heute ein monatelanger Spießrutenlauf. Die Karrierecenter, die die Anträge bearbeiten, verlangen Dokumente, die im Kriegsdienstverweigerungsgesetz mit keinem Wort stehen: beglaubigte Ausweiskopien, originale Geburtsurkunden, aktuelle Meldebescheinigungen, manchmal sogar Schulzeugnisse. Wer etwas vergisst, bekommt den Antrag zurück, gestempelt mit „unvollständig“. Der Antrag darf nicht mehr direkt ans *Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA)* gehen, sondern muss zwingend persönlich im Karrierecenter abgegeben werden – in Einrichtungen, die hoffnungslos überlaufen sind. Termine gibt es erst in vier bis sechs Monaten. Genau in dieser Wartezeit kommt der Musterungsbescheid. Und wer bis dahin keinen anerkannten Verweigerungsbescheid in der Tasche hat, gilt automatisch als „freiwillig Gemeldeter“. Worum es der Bundeswehr geht, ist klar:

Möglichst viele sollen aufgeben und doch zur Waffe greifen.

Doch in die Bundeswehr gehen, um Stunk zu machen?

In der Linken gab es in der Vergangenheit eine Diskussion, ob es nicht sinnvoll sein könnte, doch in die Bundeswehr zu gehen, um Wehrzersetzung von innen her zu betreiben. Diese Debatte hatte sicher eine Berechtigung, als die Wehrpflichtigen einen erheblichen Teil der Streitkräfte stellte. Ganz sicher waren darunter auch aufrechte Streiter, die nichts von Gehorsam hielten. Heute sieht das anders aus. Die Zahl der Wehrpflichtigen ist verschwindend gering, da erledigt sich diese Sichtweise schon rein quantitativ. Darüber hinaus zielt der Fragebogen, der seit dem 1. Januar 2026 verschickt wird, darauf ab, die Motivierten anzusprechen, diejenigen, die die größte Begeisterung für die Bundeswehr empfinden. Hier ist nicht davon auszugehen, Leute zu finden, die die Militarisation der Gesellschaft kritisch sehen oder gar dagegenhalten wollen.

Zivildienst

Mit der Einführung der Wehrpflicht steht auch der Zivildienst wieder auf der Tagesordnung. Im Jahr 2010 entschieden sich 60 Prozent der Wehrpflichtigen gegen die Bundeswehr und für den Zivildienst. Heute nennt man es „allgemeines gesellschaftliches Pflichtjahr“. Doch was in der Vergangenheit galt, ist auch heute wieder Thema: Zivildienstleistende erledigen häufig Tätigkeiten, die sonst von regulär bezahlten Arbeitskräften erledigt werden müssten. Dies drückt direkt und indirekt auf das Lohnniveau aller in den betroffenen Branchen abhängig Beschäftigten.

Hinzu kommt die Frage der Qualität der Arbeit von Nichtfachkräften. Deshalb sagte ein Sprecher des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes: „Der Paritätische lehnt einen verpflichtenden Gesellschaftsdienst grundsätzlich ab.“ Und: „Wer junge Menschen gewinnen will, muss sie überzeugen. Gesellschaftliche Verantwortung lässt sich nicht erzwingen – sie entsteht, wenn sich junge Menschen freiwillig und aus innerer Überzeugung für einen Dienst entscheiden. [...] Wir hätten dann im Zweifel junge Menschen in sensiblen Einsatzfeldern, wie zum Beispiel der Pflege, die dort nicht aus eigener Motivation tätig sind.“ Ähnlich äußern sich die Arbeiterwohlfahrt, das DRK und andere einschlägige Organisationen und Institutionen. Die Diakonie verweist in einem Positionspapier darauf, dass ein Pflichtdienst, „elementaren Freiheits- und Grundrech-

ten“ widerspreche. Eine Dienstpflicht dürfe professionelle Tätigkeiten nicht ersetzen.¹¹

Für eine Einführung einer Dienstpflicht bräuchte es zwar eine Zweidrittel-Mehrheit im Bundestag, die im Moment (noch!) nicht abzusehen ist, doch sollten wir uns darauf nicht verlassen. Wenn nämlich nicht genügend freiwillige Wehrdienstleistende gefunden werden, soll mit Sicherheit der Wehrdienst wieder verpflichtend gemacht werden (dafür braucht es keine Grundgesetzänderung) und dann wird die Debatte über das „allgemeine gesellschaftliche Pflichtjahr“ richtig Fahrt aufnehmen. Und wir können dann Wetten darüber abschließen, wie schnell die Grünen umfallen werden. Deshalb sollte diese Frage auch heute schon in den Diskussionen zum Wehrdienst thematisiert werden. Gegen den Wehrdienst und gegen das Pflichtjahr hilft nur Widerstand.

Lasst euch nicht erfassen!

Zu Beginn der 1980er Jahre beschloss die Bundesregierung sämtliche Einwohner:innen der Bundesrepublik Deutschland statistisch zu erfassen. Im Rahmen der Volkszählung sollte nicht nur der aktuelle Bevölkerungsstand erhoben werden. Auch Fragen wie „Besitzen Sie die deutsche Staatsangehörigkeit?“, „Welchen Beruf üben Sie aus?“ oder „Welche Verkehrsmittel nutzen Sie?“ waren Teil des umfangreichen Fragenkatalogs. Gegen die Volkszählung formierte sich massiver Widerstand in der Bevölkerung. Viele zweifelten den Nutzen einer Volksbefragung an und befürchteten den Missbrauch der gesammelten Daten. In der Kritik stand vor allem die geplante Methode einer Totalerhebung. Der Protest zeigte Wirkung: Zwei Wochen vor der für viel Geld und Material terminierten Volkszählung stoppte das Bundesverfassungsgericht das Vorhaben. Die Zählung musste ausgesetzt werden.

Am 15. Dezember 1983 fällte das Gericht sein abschließendes Urteil, das heute als Meilenstein in der Geschichte des Datenschutzes gilt. Im sogenannten „Volkszählungsurteil“ etablierte das Bundesverfassungsgericht erstmals das „Recht auf informationelle Selbstbestimmung“. Die Verfassungsrichter und Verfassungsrichterin leiteten das Recht aus den beiden ersten Artikeln des Grundgesetzes (allgemeines Persönlichkeitsrecht) ab: der Menschenwürde und dem Grundrecht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit

Die Klatsche, die sich die Bundesregierung damals eingefangen hat, sollte ein Vorbild sein für den Widerstand gegen die Wehrrfassung und die Wehrpflicht generell.

Hermann Nehls lebt in Berlin und hat viele Jahre als Gewerkschaftssekretär gearbeitet. Er ist Co-Sprecher der Linken Neukölln.

1 <https://inprekorr.de/650-krieg.htm>

2 Vgl. https://overtone-magazin.de/top-story/die-debatte-um-wehrpflicht-nimmt-auch-in-suedeuropa-fahrt-auf/#google_vignette

3 <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/495515/umfrage/personalbestand-der-bundeswehr/>

4 https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:EinberufWpfl1957_2011.jpg

5 Rüdiger Lucassen hat diese Position in der Bundestagsdebatte vorgetragen. Im Nachgang führte dies zu heftigen Reaktionen des Höcke-Flügels. Höcke sieht dieses Land nicht als verteidigungswürdig an. Der AfD-Fraktionsvorstand hat inzwischen eine „Missbilligung“ gegen Lucassen ausgesprochen.

6 <https://www.jugendinfo.blog/wp-content/uploads/2026/01/03-Karriereberater-an-Schulen-Q1-2026.pdf>.

7 <https://www.jugendinfo.blog/wp-content/uploads/2026/01/03-Karriereberater-an-Schulen-Q1-2026.pdf>

8 <https://www.jugendinfo.blog/>

9 <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/706672/umfrage/umfrage-zu-einer-wiedereinfuehrung-der-wehrpflicht-in-deutschland>

10 https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Horst-Koehler/Reden/2005/10/20051010_Rede.html

11 <https://www.diakonie.de/informieren/infothek/2022/juni/pflicht-oder-freiwilligkeit-argumente-zur-dienstpflicht-debatte>

„DEMOKRATISCHER FASCHISMUS“?

Im Oktober 2025 legten Carolin Amlinger und Oliver Nachtwey eine Analyse des „demokratischen Faschismus“ vor.¹

■ Jakob Schäfer

Unabhängig davon, ob die von Amlinger und Nachtwey vorgelegte Analyse in jedem Einzelpunkt stichhaltig und die daraus gezogenen Schlussfolgerungen restlos überzeugend sind, das Buch hat zwei Vorzüge: Erstens stützt es sich auf eine umfangreiche empirische Untersuchung und zweitens geht es sozialpsychologisch in die Tiefe, indem es sich auf die Errungenschaften materialistisch fundierter Sozialpsychologie stützt, allen voran auf die Arbeiten von Erich Fromm.² Nicht alle Einordnungen und Schlussfolgerungen von Amlinger / Nachtwey können wir teilen, sind aber der Überzeugung, dass eine weitere Beschäftigung mit den Fragen des Rechtspopulismus und des heutigen Faschismus kaum an diesem Buch vorbeigehen kann. Lobenswert sind auch die gute Dokumentation im Anhang, die nachvollziehbare Erläuterung der Methode sowie das Sachregister. Man hätte sich allerdings den Abdruck des vollständigen Fragebogens gewünscht. Die Auflistung der „Faktoren und Items“, die zur „Analyse des Zusammenhangs von Destruktivität und Einstellungen“ verwendet wurden, reicht nicht, um die Ergebnisse der empirischen Untersuchung in vollem Umfang nachzuvollziehen.

„Demokratischer Faschismus“

Mit diesem Begriff bezeichnen Amlinger und Nachtwey die Rechte, die in einer wachsenden Zahl von Ländern an Bedeutung gewinnt und zum Teil schon an der Regierung ist (siehe Meloni, Trump, Milei, Orban usw.) Der „demokratische Faschismus“ strebt demnach (im Gegensatz zum

klassischen Faschismus) keine offene, gewaltsame Konfrontation mit dem bestehenden System an, sondern will seine Ziele von innen heraus erreichen, und zwar im Wesentlichen über zwei Wege: a) indem durch populistische Kampagnen Druck auf das gesamte bürgerliche Spektrum (ich ergänze: bis hin zur Sozialdemokratie, wie die Migrationsdebatte zeigt) ausgeübt wird, um die allgemeine Stimmung, die vorherrschende Ideologie und die praktizierte Politik nach rechts zu verschieben; b) indem die entsprechende rechtspopulistische (und in Teilen faschistische) Partei sich als die einzig konsequente Kraft präsentiert und damit früher oder später die Wahlen gewinnt (mindestens als unverzichtbarer Koalitionspartner, der dadurch weitere Verschiebungen nach rechts durchsetzen kann). Die vorrangigen Ziele sind eine verschärfte Migrationspolitik und die Einschränkung der Pressefreiheit sowie der richterlichen Unabhängigkeit.

Meines Erachtens wird auf diese Weise recht treffend die vorherrschende Strömung der deutschen und internationalen Rechten beschrieben, doch warum die Autor:innen dafür den in sich widersprüchlichen Begriff „demokratischer Faschismus“ benutzen, erschließt sich mir nicht. Dass diese Parteien bis jetzt meist gemäß den Regeln der parlamentarischen Demokratie agieren, reicht m. E. nicht als Begründung. Ich meine, dass der Begriff „Rechtspopulismus“ völlig ausreicht. In dieser internationalen Strömung spielen auch ausgemachten Faschisten eine gewisse Rolle, aber Rechtspopulisten und erst recht Faschisten sind niemals demokratisch.

Rechtspopulistische Parteien und ihre Führer (zuweilen auch Führerinnen) bedienen vor allem die Klaviatur der Emotionen.³ Sie knüpfen am Scheitern des Liberalismus an, der vor dem Hintergrund der Polykrise versagt (Klimawandel, gesteigerte Kriegsgefahr, verschärfte wirtschaftliche Konkurrenz und Betriebsschließungen, Aushöhlung der sozialen Sicherungssysteme, Komplikationen, die sich aus neuen Technologien ergeben usw.). Das aktuelle System kann das Wohlfahrts- und das Aufstiegsversprechen des Liberalismus nicht einlösen, bietet aber auch kein anderes überzeugendes Narrativ an. Der Liberalismus setzt weiterhin auf die Segnungen der Konkurrenz und stetigen Wachstums, das aber gar nicht mehr zustande kommt. Eine Sicherstellung oder gar Verbesserung der Lebenslage erscheint demnach vielen Menschen auf der Grundlage des bestehenden Systems nicht mehr möglich.

Entscheidend sind die Schlussfolgerungen, die die Menschen (genauer: der größte Teil der Bevölkerung) aus diesen Tatsachen ziehen: Die „vertikale Ungleichheit“ wird nicht als Klassenfrage verstanden, sondern als eine Identitätsfrage und eine Frage des „Außen“ und „Innen“, in der zugespitzten Form also als die Frage, wer zur Volksgemeinschaft gehört. Ich füge hinzu: Eine historisch fortschrittliche Alternative ist in den Augen breiter Bevölkerungsschichten nicht sichtbar oder zumindest nicht überzeugend.

Blockade

Die verbaute Zukunft (Amlinger/Nachtwey nennen es die Wahrnehmung eines „blockierten Lebens“) wird auch von vielen anderen Autor:innen thematisiert (Oliver Decker, Hartmut Rosa usw.). Die Ergebnisse der Untersuchung, auf die sich die Analyse des vorliegenden Buchs stützt, zeigen, dass es bei den Anhänger:innen des „demokratischen Faschismus“ nicht nur um Abstiegsängste geht. Eine wichtige Rolle spielen Elemente wie die Undurchsichtigkeit politischer Entscheidungen, der Glaubwürdigkeitsverlust „der Politiker“ und die Maßnahmen, die mit dem Kampf gegen den Klimawandel begründet werden, aber auch ein allgemein komplizierter werdendes Regelwerk (eine Flut von immer neuen Gesetzen und Verordnungen, die über die Menschen hereinbrechen).

Wichtig für das Verständnis der breiten Unterstützung rechter Parteien: Die Wählerschaft setzt sich sozialstrukturell aus sehr unterschiedlichen Gruppen zusammen, und zwar aus „(1) ökonomisch benachteiligten und abgehängten Menschen insbesondere aus der Arbeiterklasse, die sich einen Wohlfahrtschauvinismus wünschen; (2) Personen

aus der Mittelschicht, die sich in der Reziprozität der Beiträge zum Gemeinwesen verletzt sehen, da Migrant:innen weniger leistungs- und insbesondere integrationsbereit seien und (3) Angehörigen der oberen Mittel- sowie Oberklasse, die vor allem aus ideologischen Gründen rechts wählen.“ (S. 171)

Für all diese Menschen steht eine bestimmte Logik im Mittelpunkt ihres politischen Denkens: das Nullsummendenken⁴. „Dass viele Menschen den Eindruck gewinnen, die Zukunft halte keine Verbesserungen mehr bereit, verändert die Grammatik sozialer Konflikte. Auseinandersetzungen entzünden sich nicht mehr vorrangig an der gerechten Verteilung wachsenden Wohlstands, sondern an der Frage, wie begrenzter oder gar schrumpfender Reichtum aufgeteilt werden soll. In der Zeit nach dem Fortschritt werden Gewinne und Verluste in einer Nullsummenlogik miteinander verknüpft: Was die eine gewinnt, muss zwangsläufig ein anderer verlieren. Verteilungskonflikte kippen in die Horizontale. [...] An der maroden Infrastruktur sind die Linken, am blockierten Aufstieg die Geflüchteten schuld. Aus dem Gefühl des blockierten Lebens erwächst eine hyperindividualistische Weltwahrnehmung, in der Fortschritt nur noch auf Kosten anderer möglich ist.“ (S. 16f.)

Die Menschen fühlen sich „fundamental blockiert“, zum einen aufgrund des nicht mehr einhaltbaren Aufstiegsversprechens, das sich spätestens seit der Durchsetzung des Neoliberalismus als Illusion erweist, zum anderen wegen der großen Entfremdung gegenüber den „institutionellen Arrangements“ der „liberalen Demokratie“ (S. 78). Die meisten Wähler:innen rechter Parteien fühlen sich in dieser Situation als „eigentlich rechtmäßig Etablierte, nehmen sich aber als Außenseiter wahr. [...] Aber wir müssen im Blick behalten, dass sich der derzeit so dynamische Strom der rechten Mobilisierung aus unterschiedlichen Quellen speist. [...] Im Fall der regressiven Revolte haben wir es [...] mit einer klassenübergreifenden Koalition zu tun, an der sich mehrere Gruppen aus ganz unterschiedlichen Motiven beteiligen: Konservativen und rechten Eliten sowie Angehörigen der oberen Mittelklasse geht es um die Verteidigung von Traditionen und hierarchischen Ordnungsvorstellungen; Teile der unteren Mittel- sowie der stagnierenden oder real abgestiegenen Arbeiterklasse werden von materiellen Sorgen umgetrieben und rufen daher nach sozialer Gerechtigkeit und ethnonationalistischer Abschottung.“ (S. 170f.)

Der „demokratische Faschismus“ ist polymorph, ein „Netzwerk von Netzwerken“. Entscheidend ist: Im

Ergebnis finden die sehr unterschiedlichen Strömungen sehr gut zusammen, mindestens bei Wahlen, aber auch in bestimmten Kampagnen. Die einen, die „Libertären“, lehnen staatliche Regeln und Interventionen ab, die anderen wollen zurück zu einer Gesellschaft, in der (vermeintlich) alles „noch in Ordnung“ war. In beiden Fällen handelt es sich um eine Rebellion gegen Anpassung und Einschränkungen, die mit der Modernisierung einhergehen oder etwa mit dem Klimawandel begründet werden.

Destruktivität

Von Erich Fromm übernahmen die Autor:innen – m. E. zu Recht – die Analysekategorie „Destruktivität“⁵. Für Fromm reagieren die Menschen auf ihre Umwelt, indem sie sich selbst innerlich verändern. Die „Furcht vor der Freiheit“ ist ein Ausdruck des Verlorenseins und der Isolation in einer sich schnell wandelnden Welt, was den Menschen ihre Sicherheit nimmt. Die moderne Individualität ist von einer paradoxen Grundstruktur geprägt. Die Menschen entfalten sich nicht, sie sind vielmehr (oft fühlen sie es nur) durch äußere Zwänge und Hindernisse blockiert. Ihre Wut richtet sich deshalb gegen alles, was sie mit der sie betreffenden Entfremdung und Blockade in Verbindung bringen. Bei Fromm ist die Destruktivität ein bedeutendes Element in der Analyse des autoritären Charakters, ohne dass er dieses Element als das alles andere dominierende kennzeichnet.

Amlinger und Nachtwey schreiben: „Die rechte Rebellion beruht, das ist die These, die wir im Folgenden darlegen und mit empirischer Evidenz unterfüttern wollen, auf einem Bedürfnis nach Zerstörung. Destruktivität ist dabei sowohl ein Modus der Wahrnehmung der politischen Welt als auch eine eigenständige Handlungsweise. [Mit dem Konzept der Destruktivität bekommt man] das projektive Element besser in den Blick, das die Schuld für die subjektiven Statusblockaden auf andere überträgt: Liberale Institutionen, die Demokratie, die Woken, die Migrant:innen – sie alle werden für die Vereitelung des eigenen Lebens verantwortlich gemacht. Diese Blockaden müssen endlich aus dem Weg geräumt werden.“ (S. 171f.)

Doch ihre These – die Destruktivität ist der treibende, der entscheidende Faktor für das Anwachsen rechter Parteien – wird anscheinend durch ihre empirischen Untersuchungen nicht bestätigt. Sie schreiben zwar (ohne empirischen Beleg): „Die verbindende Klammer bildet die Zerstörungslust.“ (S. 10) Aber sie schreiben auch – im Widerspruch dazu, jedoch im Einklang mit ihren empirischen Untersuchungen: „Die Gruppe der Destruktiven ist immer

noch in der Minderheit, aber sie geht im demokratischen Faschismus eine Koalition mit Angehörigen der oberen Mittelklasse und der Oberklasse ein, mit Ultranationalisten und Rassisten.“ (S. 306)

Die Rettung ihrer These gelingt ihnen, wie es scheint, nur dadurch, dass sie Gefühle und Handlungen als destruktiv bezeichnen, die dieses Prädikat nicht verdienen. Sie schreiben etwa: „Viele [wie viele? ein wie großer Prozentsatz? Anm. J. S.] der Menschen, mit denen wir gesprochen haben, empfinden das erdrückende Gefühl, dass die Gesellschaft insgesamt die Probleme nicht mehr zu bearbeiten vermag. Dieses Gefühl verursacht eine innere Unruhe, die nach Auflösung strebt – sei es, indem man ein Kreuz auf einem Wahlzettel macht, sei es, dass man selbst auf Spurensuche geht, um herauszufinden, wer einen in diese quälende Situation manövriert hat.“ (S. 187). Was ist destruktiv an diesem Gefühl, an dieser Unruhe, an diesen Aktivitäten?

Die Kategorie Destruktivität hat ihren eigenen empirischen Untersuchungen zufolge ein unterschiedliches Gewicht in der Motivation der breiten Masse der Wähler:innen rechter Parteien. Hier müssen künftige Umfragen und erst recht die Interviews breiter aufgefächert, also die Fragen mehr spezifiziert werden, um präzisere politische Schlussfolgerungen ziehen zu können. Dafür müssten Interviews auch mit Aktivist:innen des Rechtspopulismus (bzw. des „demokratischen Faschismus“) geführt werden, um die zu vermutenden Unterschiede erkennen zu können.

Regressive Revolte und die Rolle der Gefühle

Die regressive Revolte speist sich aus dem Erleben der Blockade (im Zusammenhang mit Abstiegsängsten oder auch vor dem Hintergrund immer umfangreicherer und als hinderlich empfundener Vorschriften und Verbote). Die Revolte wird weitgehend von Gefühlen beherrscht.⁶ „Die Wirksamkeit des Faschismus hängt an seiner Macht, emotional zu affizieren – Wahrheit braucht er nicht.“ (S. 284)

Als Reaktion auf das Blockadeempfinden ziehen sich manche aus dem gesellschaftlichen Leben zurück. Bei anderen allerdings führt dies – je nach Ausprägung ihres autoritären Charakters – zur offenen Rebellion, und sei es nur mit dem Stimmzettel. „[...] genau darin liegt der kritische Impuls von Fromm: Der kapitalistische Zwang zur Anpassung unterdrücke [so Fromm] das Begehren der Menschen und resultiere in Ängsten sowie Aggressionen – und schließlich in einer negativen Entfesselung der Affekte.“ (Amlinger/Nachtwey S. 175)

Was bewirkt die Unterstützung des Autoritarismus bei den Menschen? Fromm: „Indem man Bestandteil einer Macht wird, die man als unerschütterlich, stark, ewig und bezaubernd empfindet, hat man auch teil an ihrer Stärke und Herrlichkeit. Man liefert ihr sein Selbst aus und verzichtet auf alles, was an Kraft und Stolz damit zusammenhängt, man verliert seine Integrität als Individuum und verzichtet auf seine Freiheit. Aber man gewinnt dafür eine neue Sicherheit und einen neuen Stolz durch Teilhabe an der Macht, in der man aufgeht. Außerdem gewinnt man Sicherheit gegenüber quälenden Zweifeln. Der masochistische Mensch – ganz gleich, ob sein Herr eine Autorität außerhalb seiner selbst ist oder ob er seinen Herrn als Gewissen oder als psychischen Zwang internalisiert hat – braucht nichts mehr selbst zu entscheiden, er ist nicht mehr für das Schicksal seines Selbst verantwortlich und ist hierdurch von allen Zweifeln befreit, welche Entscheidung er treffen sollte.“ (Fromm: 127)

Wenn das stimmt, dann bedeutet das, dass wir noch längst nicht am Ende der Rechtsentwicklung angekommen sein müssen. Denn selbst eine Verschlechterung der eigenen sozialen Lage führt nicht automatisch zu einem Umdenken. Und autoritäre Regimes müssen nicht von selbst zusammenbrechen, nur weil etwa die wirtschaftliche Entwicklung sich mit einer solchen Regierung noch weiter verschlechtert. So hat etwa Milei in Argentinien im Oktober 2025 die Zwischenwahlen gewonnen. Und dass Trump bei den anstehenden Zwischenwahlen im Herbst 2026 abgestraft wird, ist längst nicht ausgemacht, obwohl doch gerade aufgrund seiner Politik die Lebenshaltungskosten steigen, der Jobverlust zunimmt und auch sonst sich die Lage der Mehrheit der Bevölkerung nicht gerade verbessert. Ein Großteil der Wähler:innen urteilt emotional und kann mit einer intensiven Kampagne davon überzeugt werden, dass sie mit einer Selbstaufgabe (Unterwerfung unter die Autorität) sich selbst aus ihrer Isolation bringen.

Die sadomasochistische Bestrebung, mit der eigenen Unterwerfung und dem Aufgehen in eine (bewunderte) Gemeinschaft die eigene missliche Lage zu vergessen, hat Erich Fromm in seinen Untersuchungen 1929–1931 an den Tag gefördert und sozialpsychologisch analysiert: „Die autoritäre Weltanschauung kennt den Begriff der Gleichberechtigung nicht. [...] Für ihn [den autoritären Menschen] setzt sich die Welt zusammen aus Menschen mit und ohne Macht, aus Über- und Untergeordneten. [...] Die Beschreibung der sado-masochistischen Strebungen und des autoritären Charakters gilt vor allem für die extremeren Formen der Hilflosigkeit und dementsprechend für die extremen Formen der

Flucht in eine symbiotische Beziehung zum Gegenstand der Verehrung oder der Beherrschung.“ (Fromm: 141)

„Ein neuer Antifaschismus“?

In ihrem kurzen Schlusskapitel fassen die Autor:innen die eingetretene und fortschreitende Rechtsentwicklung zusammen. Das meiste, was sie zu diesem „Vibe-Shift“ (also der kollektiven Veränderung von Trends und Einstellungen) schreiben, trifft die Sache recht gut und dürfte unter Linken kaum umstritten sein. Die Entwicklung bewerten sie folgendermaßen: „Die heutige Gesellschaft unterliegt einem beschleunigten sozialen Wandel, die Bilanz ist allerdings bestenfalls gemischt, wir erleben eine regressive Modernisierung.“ (S. 312) Aber die Charakterisierung (der verschiedenen Strömungen) der Rechten bleibt unklar: „Der Faschismus der Gegenwart will die liberale Demokratie überwinden und so technologischen Fortschritt und eine neue kapitalistische Dynamik entfesseln.“ (S. 312) Mit dieser unbestimmten Charakterisierung wird m. E. das Verständnis der unterschiedlichen Motivlagen und die Unterscheidung zwischen den Aktiven und den Wähler:innen einer rechtspopulistischen Partei erschwert. Rechtspopulismus und („demokratischer“) Faschismus sind nicht dasselbe, jedenfalls nicht bei einem Großteil der AfD-Wähler:innen. Auf die Anhänger:innen rechtspopulistischer (und autoritärer) Strömungen kann eine Gegenbewegung mit linker Politik einwirken, bei Faschist:innen ist das kaum bis gar nicht möglich. Genau das wird aber mit Amlingers und Nachtweys Formulierung verwischt.

Leider bleiben Amlinger und Nachtwey in ihrem extrem kurzen Abriss zum „neuen Antifaschismus“ bei zu allgemeinen Feststellungen stehen. Sie beschränken sich auf einen Vorschlag, der zwar im Kern in die richtige Richtung weist, aber nicht konkret genug ist, um daraus eine Strategie des Antifaschismus zu entwickeln: „Während der gegenwärtige Faschismus den Markt entfesseln will, sollte ein postliberaler Antifaschismus für das Gegenteil kämpfen: eine demokratisch eingebettete und zum Teil geplante [warum nur zum Teil geplante?] Ökonomie und eine Gesellschaft, die sich ehrlich mit den Herausforderungen auseinandersetzt, vor denen wir heute stehen: Ungleichheit und einem verbreiteten Gefühl mangelnder Teilhabe, nachlassendem Wachstum und den ökologischen Grenzen des fossilen Kapitalismus.“ (S. 320) Sie deuten nicht einmal an, wie man zu einer solchen Gesellschaft kommen könnte.

An dieser Stelle können wir die erforderliche Strategie gegen die Rechte nicht ausführlich darlegen.

Aber ein paar Kernelemente wollen wir doch kurz benennen:

1 Eine Aufklärungsarbeit über die Übel des klassischen Faschismus ist nicht schädlich, geht aber an den eigentlichen Problemen vorbei. Selbst die Aufdeckung der Widersprüche rechtspopulistischer oder faschistischer Propaganda ist nicht erfolgversprechend, denn die autoritären Strömungen kümmern sich darum gerade nicht. Dem Rechtspopulismus und Faschismus das Wasser abzugraben, erfordert eine linke Politik von unten, die sich auf eine aktive Beteiligung nennenswerter (bzw. bedeutender) Teile der Bevölkerung gründet und in der Lage ist, wenigstens Teilsiege zu erzielen. Nur dann kann die Propaganda einer Alternative an Überzeugungskraft gewinnen.

2 Die Ausarbeitung einer gesellschaftlichen Alternative muss in einer breiten Debatte linker und klassenkämpferischer Kräfte erfolgen. Sie kann nicht losgelöst von der antirassistischen und antimilitaristischen Praxis entwickelt werden und muss mit Initiativen zur Verteidigung und zum Ausbau der sozialen Sicherungssysteme verbunden werden.

3 Eine aktive Politik gegen Rechts muss bestrebt sein, alle einzubeziehen, die dem Autoritarismus Einhalt gebieten wollen, unabhängig von ihren sonstigen gesellschaftspolitischen Zielen. Gleichzeitig gilt es aber, in der Bewegung die Einsicht zu vermitteln, die Horkheimer seinerzeit so formulierte: „Wer aber vom Kapitalismus *und* vom Liberalismus [diese Ergänzung durch Amlinger/Nachtwey ist voll zu unterstreichen] nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen.“ Denn ein Appell an „die Demokratie“ (bzw. der Aufruf zur Wiederherstellung „der Demokratie“) geht am Kern der Auseinandersetzung vorbei. Wir müssen den Aufschwung der Rechten als eine Krise des kapitalistischen Systems erklären und deswegen die Systemfrage von Links stellen, sonst fördert man nur Illusionen und lenkt von den entscheidenden Fragen ab.

4 Eine Änderung der Kräfteverhältnisse wird dann am ehesten gelingen und nicht nur von kurzer Dauer sein, wenn diejenigen auf die politische Bühne treten, die überhaupt das Potential haben, nicht nur bedeutende (Teil-) Siege durchzusetzen, sondern à la longue die kapitalistische Gesellschaftsordnung aus den Angeln zu heben: die lohnabhängige Bevölkerung und hier vor allem die Beschäftigten in der Warenproduktion und im Dienstleistungssektor. Es ist gewiss nicht einfach, kurz- oder mittelfristig große Teile dieser Klasse für eine aktive Beteiligung an einer solchen Politik zu gewinnen, aber schon, wenn ein beachtlicher Teil aktiv wird und in der Lage ist, bedeuten-

de Kämpfe anzustoßen und Teilsiege zu erringen, kann dies eine Änderung der Kräfteverhältnisse einleiten. Eine diesbezügliche Arbeit in den Gewerkschaften ist für eine erfolgversprechende antirassistische und antifaschistische Arbeit unerlässlich.

5 Für welche unmittelbar anstehenden Ziele sollten wir uns in und außerhalb der Gewerkschaften engagieren, um diese alternative Perspektive zu entwickeln? Ganz oben sollte der Kampf gegen die wachsende Kriegsgefahr und die gewaltige Aufrüstung stehen. Gegen den Kurs in Richtung Kriegstüchtigkeit sollten wir fordern: Kein Geld für die Rüstung! Stattdessen ein umfangreiches Programm für Bildung, Gesundheit und Ausbau der sozialen Sicherungssysteme.⁷

Jakob Schäfer ist Redakteur der Zeitschrift *die internationale*, langjähriger Gewerkschaftsaktivist und aktiv in der VKG

1 Amlinger, Carolin/Nachtwey, Oliver, *ZERSTÖRUNGS-LUST. Elemente des demokratischen Faschismus*, Berlin (Suhrkamp) 2025

2 Erich Fromm analysierte den autoritären Charakter im sozialpsychologischen Teil der *Studien zu Autorität und Familie. Forschungsbericht aus dem Institut für Sozialforschung*, Lüneburg 1987 (1936) und vor allem in seinem „Klassiker“ *Die Furcht vor der Freiheit*, Frankfurt 1980¹¹. (Das Original erschien 1941 in den USA unter dem Titel *Escape from Freedom*. Escape beschreibt in diesem Zusammenhang das Bestreben, einer nicht zu bewältigenden und orientierungslos machenden negativen Freiheit zu entkommen. Die folgenden Zitate von Fromm beziehen sich auf diese deutsche Ausgabe.)

3 Mehr dazu in meinem Artikel „Warum ist der Rechtspopulismus so erfolgreich?“ *die internationale* 6/2025, <https://inprekorr.de/648-rechtsp.htm>

4 Die „Wir gegen Sie“-Mentalitäten sind von jeher ein Nährboden für rechtspopulistische und faschistische Strömungen.

5 Siehe E. Fromm, a.a.O. S. 145ff.

6 Siehe dazu auch den Artikel „Warum ist der Rechtspopulismus so erfolgreich?“ a.a.O.

7 Mehr dazu in: Jakob Schäfer: „Wider die Kriegstüchtigkeit“ in *die internationale* 1/2026, <https://inprekorr.de/650-krieg.htm>



BETRIEBSRÄTE FORDERN VERBOT DER VERDACHTSKÜNDIGUNGEN

Am 11. Oktober 2025 fand im großen Saal des Mannheimer Gewerkschaftshauses die 12. Bundeskonferenz „Betriebsräte im Visier“ statt.

■ Heinrich Neuhaus

Organisator der Veranstaltung war das Komitee „Solidarität gegen BR-Mobbing!“. Freundliche Unterstützung kam insbesondere seitens der IG Metall Mannheim und der Anlaufstelle gegen Union Busting beim IGM-Vorstand.

Bedeutung des Kampfs gegen BR-Mobbing
Insbesondere aus den Bereichen Industrie, Dienstleistungen, Verkehr und Bildung waren Kolleginnen und Kollegen anwesend. Die meisten von ihnen engagieren sich in betrieblichen Interessenvertretungen und sind vor allem in der IG Metall, der IGBCE und in ver.di organisiert. Hinzu kamen einzelne Aktive aus der EVG und der GEW.

Die Grußworte von Janna Köke (IGM Mannheim), Nadja Kürten (ver.di Rhein-Neckar) und die im Netz verbreitete Videobotschaft des DGB-Landesbezirksvorsitzenden Kai Burmeister unterstrichen die Bedeutung der Zusammenkunft und würdigten den Einsatz des Solikomitees.

Im Zentrum der diesjährigen Konferenz stand zum einen die Frage, wie im Vorfeld der 2026 anstehenden Betriebsrats-/Personalratswahlen die Verteidigung gegen BR-Mobbing und Gewerkschaftsbekämpfung in der Arbeitswelt noch besser gelingen kann. Zum anderen ging es erneut darum, wie das Nachwirken des faschistischen Arbeitsunrechts endlich gestoppt werden kann. Die Tagung bekräftigte erneut ihre Forderung, Verdachtskündigungen zu verbieten ([https://gegen-br-mobbing.](https://gegen-br-mobbing.de/konferenz-br-im-visier/326-offenen-brief-gegen-das-fortwirken-des-nazi-arbeitsunrechts-bei-weact-unterstuetzen)

[de/konferenz-br-im-visier/326-offenen-brief-gegen-das-fortwirken-des-nazi-arbeitsunrechts-bei-weact-unterstuetzen](https://gegen-br-mobbing.de/konferenz-br-im-visier/326-offenen-brief-gegen-das-fortwirken-des-nazi-arbeitsunrechts-bei-weact-unterstuetzen)).

„Kräfteverhältnisse ändern“

In einem sehr beeindruckenden Vortrag mit dem Titel „Kräfteverhältnisse ändern“ stellten sieben Kollegen des Betriebsrats und des IGBCE-Vertrauenskörpers von nora systems in Weinheim ihre erfolgreiche Tätigkeit dar.

Sie vertreten einen basisorientierten und auf gängige Betriebsrats-„Privilegien“ verzichtenden Ansatz. Mit ihrer systematischen Präsenz in der Belegschaft und ihrem glaubwürdigen tagtäglichen Einsatz für die Interessen der Kolleginnen und Kollegen haben sie sich eine zunehmende Anerkennung erarbeitet.

Dadurch ist es den Kolleg:innen gelungen, 2022 die Mehrheit im 13-köpfigen BR zu erringen und den gewerkschaftlichen Organisationsgrad zu verdoppeln.

Zur Erinnerung: 2012 führten die Machenschaften von Geschäftsleitung und „gelber“ Betriebsratsmehrheit zur Kündigung des aktiven Gewerkschafters Helmut Schmitt. Danach kam es zur Gründung des Solidaritätskomitees.

Wolfgang Thurner von der Anlaufstelle gegen Union Busting beim IGM-Vorstand sprach über die „Herausforderungen und Chancen“ bei den 2026 anstehenden BR-Wahlen.

Die organisationspolitischen Ziele der IG Metall sind anspruchsvoll: Wahlbeteiligung über 70 %, 10.500 Betriebe mit IGM-Mehrheiten in den BR und ohne faschistische BR-Mandate. Es ist sehr zu wünschen, dass dies gelingt.

„Für welche Welt kämpfen?“

Alexander Mohrlang (IGM-Vorstand) widmete sich dem Thema „Gegenmacht gegen Übermacht?“. Mit seinem Blick auf die bedrohlichen globalen Entwicklungen schärfenden Präsentation analysierte er kritisch die Lage

der „Gewerkschaften in Zeiten des rechtsautoritären Tech-Kapitalismus“.

Seine Schlussfolgerungen haben es in sich: 1. Der gewerkschaftliche „Fokus auf Wettbewerbsfähigkeit führt in die Sackgasse“. 2. „Gewerkschaftspolitik muss stärker vom Menschen aus gedacht werden“. Und 3. die „Durchsetzungsfähigkeit und Machtressourcen“ der IGM sind systematisch zu stärken. Zum Schluss stellte Mohrlang die brisante Frage: „Für welche Welt wollen wir kämpfen?“

Gegen Ende der sehr positiv bewerteten Konferenz fasste eine Vertreterin des Solikomitees in einem Impuls wesentliche Punkte der lebhaften und solidarischen Diskussionen zusammen. Ihr Fazit lautete: „Wir alle sind aufgefordert, unsere demokratische Gegenmacht in den Betrieben und der Gesellschaft zu stärken. Denn sie ist eine wesentliche Voraussetzung, um Betriebsrats- und Gewerkschaftsbekämpfung sowie den Vormarsch der rechten Demokratiefeinde stoppen zu können.“

Am 10. Oktober 2026 soll bei der 13. Bundeskonferenz „Betriebsräte im Visier“ geklärt werden, ob es Fortschritte in diese Richtung gegeben haben wird.

Aus Avanti² Rhein-Neckar November 2025



NEU bei ISP



Arne Andersen
unter Mitarbeit von Johannes Feest/
Sebastian Scheerer

Apartheid in Israel – Tabu in Deutschland?

Hardcover, farbig, 499 Seiten
ISBN 978-3-89 900-160-0

Die Autoren legen Grundlagen, um die Auseinandersetzungen in Deutschland um Positionen zum jüdischen Leben, um Israel und Palästina nachvollziehbar zu machen.

Der Palästina-Konflikt wird von seinen Anfängen bis zum aktuellen Gazakrieg facettenreich dargestellt. Zahlreiche Fotos, Schaubilder und Tabellen erleichtern den Zugang zum Thema.

Das Buch erschien Anfang September 2024.

Neuer ISP Verlag GmbH

Tel.: (0721) 3 11 83

e-mail: neuer.isp.verlag@t-online.de

Internet: www.neuerispverlag.de

ARBEITSUNRECHT STOPPEN – VERDACHTSKÜNDIGUNGEN VERBIETEN!

Am 11. Oktober 2025 fand im Mannheimer Gewerkschaftshaus die 12. Konferenz „Betriebsräte im Visier“ statt¹. Eine im Komitee „Solidarität gegen BR-Mobbing!“ engagierte Kollegin hielt dort den folgenden Impulsvortrag.

■ S. K.

Die aktuellen Entwicklungen in der Arbeitswelt sind dramatisch. Hemmungslose Angriffe auf demokratische Grund- und Menschenrechte, auf Arbeitsbedingungen und Arbeits- bzw. Ausbildungsplätze nehmen stark zu.

Erneut wollen Firmenleitungen zehntausende Arbeits- und Ausbildungsplätze in den unterschiedlichsten Branchen vernichten. Davon betroffene Kolleginnen und Kollegen und deren Familien bangen um ihre Existenz und ihre Zukunft.

Welch eine Verkommenheit in einem Land, in dem immer offener von Wirtschaft und Politik unsere Grund- und Menschenrechte ignoriert oder gar offensiv mit Füßen getreten werden. Anscheinend gibt es mittlerweile einen neuen Artikel 1 des Grundgesetzes (GG). Statt des formal geltenden Satzes „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ soll es nun nach dem Willen von Wirtschaftsbossen real heißen „Die Höhe der Profite ist unantastbar“.

Denn viel zu oft rechtfertigen Unternehmensleitungen mittlerweile ihre Kahlschlagvorhaben in der Arbeitswelt nicht nur mit dem „Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit“ und deshalb „notwendigen Kostensenkungen“, sondern auch ganz offen mit „zu niedrigen Gewinnen“.

Welch ein Skandal in einem Land, in dessen Grundgesetz-Artikel 14 die Rede von einer Sozialbindung des Eigentums ist: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“

Warum kommen bis jetzt viel zu wenige in Gewerkschaften, Politik und Öffentlichkeit auf die Idee, diese Verpflichtung lautstark einzufordern?

Bei der Gelegenheit ist auch an den nicht zufällig nachfolgenden, ergänzenden Artikel 15 Grundgesetz zu erinnern: „Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden.“ Laut einer repräsentativen Erhebung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit vom 30. Mai 2025 gibt es aktuell lediglich in 23,7 % der Betriebe tarifvertragliche Regelungen. In nur noch 9,5 % aller Betriebe ab 5 Beschäftigten gibt es einen Betriebs- oder Personalrat.

Diese bedrohlichen Zahlen fallen nicht vom Himmel. Denn skrupellos nutzen Unternehmensleitungen und die von ihnen angeheuerten Unrechtsanwälte alle möglichen legalen und illegalen Mittel, um sowohl aktive Betriebs- und Personalräte als auch engagierte Gewerkschaftsmitglieder aus den Betrieben zu drängen.

Widerstand gegen diese skandalösen Zustände ist erforderlich. Vor allem deshalb sind wir heute zur zwölften bundesweiten Konferenz „Betriebsräte im Visier“ im Mannheimer Gewerkschaftshaus zusammengekommen.

In der Einladung zu unserer Tagung haben wir geschrieben: „Wer im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung nach dem Thema Abwehr von BR-Mobbing und Gewerkschaftsbekämpfung sucht, findet – weiße Flecken. Die Ampel-Koalition hatte noch beschlossen, den § 119 Betriebsverfassungsgesetz von einem Antrags- in ein Offizialdelikt umzuwandeln. Passiert ist – nichts.“

Im letzten Jahr haben wir einen Offenen Brief mit der Überschrift „Nie wieder ist jetzt! Fortwirken des faschistischen Arbeitsunrechts beenden!“ veröffentlicht. Er ist an die Vorsitzenden der Einzelgewerkschaften und des DGB gerichtet. Erstunterzeichner dieses Schreibens ist Günter Wallraff.

In unserem Offenen Brief heißt es unter anderem: „Die Durchsetzung eines ‚Rechts des Stärkeren‘ und die damit verbundene illegale Bekämpfung von betrieblichen und gewerkschaftlichen Interessenvertretungen ist ein extrem beunruhigendes Phänomen.

Die Täter werden meist weder rechtlich verfolgt noch belangt. Sie können vielmehr das Mittel der ‚Verdachtskündigung‘ gegen Betriebsräte und gewerkschaftlich Aktive skrupellos anwenden, obwohl es elementaren Rechtsgrundsätzen widerspricht. Denn die gemobbten und gekündigten Opfer müssten ihre Unschuld beweisen!

Dieser Skandal beruht vor allem auf dem Nachwirken des faschistischen Arbeitsunrechts bis heute. Nach der Errichtung der faschistischen Diktatur 1933 wurden Gewerkschaften und Betriebsräte verboten. Das bisherige Arbeitsrecht wurde 1934 mit dem ‚Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit‘ konsequent in Unrecht umgewandelt.

Die dort festgeschriebene Verpflichtung der ‚Betriebsgefolgschaft‘ zur ‚Treue‘ gegenüber dem „Betriebsführer“ war schwerwiegend. Angebliche Verstöße gegen die Treuepflicht konnten seither mit ‚Verdachtskündigungen‘ geahndet werden.

Im Nachkriegsdeutschland passte das Bundesarbeitsgericht (BAG) unter maßgeblicher Beteiligung von bereits in der Nazidiktatur tätigen Juristen wie dem 1. BAG-Präsidenten Nipperdey wesentliche Elemente des faschistischen Arbeitsunrechts ‚demokratisch‘ an.

Das hatte insbesondere die massive Einschränkung des Streikrechts zur Folge, das Verbot politischer Betätigung im Betrieb, die ‚Treuepflicht‘ gegenüber dem ‚Arbeitgeber‘, die ‚Betriebsgemeinschaft‘, die ‚vertrauensvolle Zusammenarbeit‘ und nicht zuletzt die ‚Verdachtskündigungen‘. Das BAG hält bis heute an dieser unseligen Tradition nicht nur fest, es hat sogar seine Rechtsprechung durch die Möglichkeit einer ‚grundlosen fristlosen Verdachtskündigung‘ verschärft.

Nach Auffassung von Juristinnen und Juristen stellt die Verdachtskündigung einen Verstoß gegen das Grundgesetz dar – konkret gegen Artikel 12 Absatz 1 (Recht auf freie Wahl des Arbeitsplatzes) und Artikel 20 Absatz 3 (Bindung der Rechtsprechung an Gesetz und Recht). [...]

Stattdessen muss der Grundsatz ‚im Zweifel für den Angeklagten‘ auf das Arbeitsrecht unter Bezugnahme auf Artikel 6 Absatz 2 (Recht auf ein faires Verfahren) der Europäischen Menschenrechtskonvention übertragen werden. Dort heißt es: ‚Jede Person, die einer Straftat angeklagt ist, gilt bis zum gesetzlichen Beweis ihrer Schuld als unschuldig.‘ [...]

Die mit Verdachtskündigungen einhergehenden schweren Verstöße gegen Grund- und Menschenrechte haben fatale Folgen: gesundheitlich zerstörte Menschen, schwer geschädigte Familienangehörige, ruinierte berufliche Existenzen und nicht zuletzt eingeschüchterte Belegschaften. [...]

‚Nie wieder ist jetzt!‘ gilt daher besonders für die Arbeitswelt. Denn gerade dort, wo faschistisches Unrecht nach wie vor ‚Recht‘ ist, wird Widerstand zur Pflicht! Es ist auch deshalb höchste Zeit, das skandalöse Fortwirken des faschistischen Arbeitsunrechts in Deutschland zu beenden und konkret die ‚Verdachtskündigung‘ zu verbieten.

Es ist die ureigenste Aufgabe des DGB und der Einzelgewerkschaften dies bei Politik und Justiz konsequent einzufordern.“

Mittlerweile haben viele hundert Kolleginnen und Kollegen diesen Aufruf unterstützt. Das reicht aber noch lange nicht aus. Wir werden ihn deshalb verstärkt im Netz noch bekannter machen.

Vor allem aber sollten wir alle unseren Offenen Brief in der Arbeitswelt und in unseren Gewerkschaften verbreiten.

Wir sollten für seine Unterstützung werben, sei es in Betriebsrats- oder Personalratsgremien, in Vertrauenskörperschaften, Betriebsversammlungen, in Delegiertenversammlungen oder bei den jetzt anstehenden DGB-Delegiertenkonferenzen.

Wir alle sind aufgefordert, unsere demokratische Gegenmacht in den Betrieben und der Gesellschaft zu stärken. Denn sie ist eine wesentliche Voraussetzung, um Betriebsrats- und Gewerkschaftsbekämpfung sowie den Vormarsch der rechten Demokratiefeinde stoppen zu können.

Aus Avanti² Rhein-Neckar Dezember 2025

¹ <https://iso-4-rhein-neckar.de/betriebsraete-fordern-verbot-der-verdachtskueendigungen/>



ZUR LAGE DER WELTWIRTSCHAFT

Die folgenden Anmerkungen waren Grundlage des Berichts, den João Machado auf der Oktobersitzung des Büros der IV. Internationale zur Lage der Weltwirtschaft hielt.

■ **João Machado**

Wir leben immer noch unter den Folgen der großen Wirtschaftskrise, die mit dem Finanzcrash von 2008 begann. Die neoliberale Funktionsweise kann die Wachstums-, Profit- und Akkumulationsraten der späten 1980er und 1990er Jahre nicht mehr garantieren. Die neoliberale Globalisierung befindet sich in einer Krise. Offensichtlich haben Trumps abrupte Maßnahmen seit Januar 2025 diese Krise verschärft. Die Hegemonialmacht ist in der Krise und versucht, seine Stellung zu behaupten.

Die Digitalisierung der Produktionsprozesse, die seit 30 bis 40 Jahren im Gange ist und die die Grundlage für die neoliberale Umstrukturierung der Produktion bildete, wird heute mit der beschleunigten Einführung von KI vorangetrieben. Das Kapital setzt auf die Einführung von KI, um wieder größere Gewinn- und Akkumulationsraten herzustellen, und zwar über einen Sprung in der Arbeitsproduktivität (bei reduzierter Beschäftigung) und mittels mehr Macht für Big Tech.

In China hat sich in verschiedenen Sektoren eine Überproduktion entwickelt, die Wachstumsrate ist zurückgegangen und liegt heute unter 5 %. Angesichts dieser Tatsache und des von Trump hinterlassenen Chaos wäre zu erwarten, dass sich die Weltwirtschaft heute in einem schlechteren Zustand befindet. Noch im Oktober änderte der IWF seine Prognose für das globale BIP-Wachstum für 2025 von 3 % auf 3,2 % (im April hatte er seine Prognose gesenkt, im Juli bereits leicht angehoben) und behielt seine Prognose für 2026 bei 3,1 % bei.

Es gibt viele Ungleichheiten: Europa (wo mit Ausnahme Großbritanniens die anderen drei großen Volkswirtschaften voraussichtlich weniger als 1 % wachsen werden) und Japan beispielsweise befinden sich in einer bedeutend schlechteren Lage.

Der IWF schätzt, dass sich die globale Wirtschaftslage verschlechtern könnte. In den USA beispielsweise könnte die Inflation ein Problem darstellen (hauptsächlich aufgrund der von Trump erhöhten Zölle, aber auch aufgrund der verschärften Maßnahmen gegen Migrant:innen).

Die Volkswirtschaften des „globalen Südens“ stehen trotz Wachstumsraten nahe dem globalen Durchschnitt vor erheblichen Problemen, insbesondere aufgrund ihrer Schuldenlast und der finanziellen Belastung durch Zinszahlungen. Die globale Wirtschaftslage ist zwar nicht gut, aber es handelt sich nicht um eine Rezession, auch wenn einige Länder fast stagnieren.

Warum hat sich die Lage nicht verschlechtert?

Es gibt zwei grundlegende Erklärungen, warum die Weltwirtschaft nicht in der Rezession ist: Erstens hat Trump letztendlich nicht all den Schaden angerichtet, den er angekündigt hatte. Er hat viele Zollankündigungen zurückgenommen und der „Befreiungstag“ (2. April) der großen Zollankündigung wurde nur als Beispiel für seine „Verhandlungskunst“ deklariert. Tatsächlich hat Trump einige für die USA vorteilhafte Verhandlungsergebnisse

erzielt. Aus diesem und anderen Gründen sind die internationalen Lieferketten bislang intakt geblieben.

Mehrere Ökonomen (darunter der IWF) weisen jedoch darauf hin, dass es noch zu früh ist, um die negativen Auswirkungen von Trumps Chaos zu beurteilen. Der IWF weist beispielsweise darauf hin, dass „die Investitionen in der Zeit unmittelbar nach dem Austritt Großbritanniens aus der EU (2017) zunächst weiter gestiegen sind und erst ab 2018 stetig zurückgegangen sind“.

Zweitens sind nicht nur die Zölle das Problem mit Trumps Chaos, sondern auch die deutlich gestiegene Unsicherheit, die sich immer negativ auf Investitionen auswirkt, sowie die Jagd auf Einwanderer. All dies schadet der Wirtschaft, wie selbst konservative Ökonomen und der IWF anerkennen.

KI-Blase

Eine weitere Erklärung, die sowohl von marxistischen Ökonomen (von denen Michael Roberts ein gutes Beispiel ist) als auch vom IWF genannt wird, ist die Blase der künstlichen Intelligenz (und der Technologiesektoren im Allgemeinen). Michael Roberts zitiert den Ökonomen Ruchir Sharma von der Rockefeller Group:

„Trotz wachsender Bedrohungen für die US-Wirtschaft – von hohen Zöllen über den Zusammenbruch der Einwanderung bis hin zur Aushöhlung von Institutionen, steigender Verschuldung und anhaltender Inflation – scheinen Großunternehmen und Investoren unbeeindruckt zu sein. Sie haben die wachsende Zuversicht, dass künstliche Intelligenz eine so mächtige Kraft ist, dass sie alle Herausforderungen bewältigen kann.“

KI-Unternehmen machten 80 % der US-Aktien Gewinne im Jahr 2025 aus. Diese finanzieren und fördern das US-Wachstum, da der KI-getriebene Aktienmarkt Geld aus der ganzen Welt anzieht. Wie Roberts betont, ist die „KI-Investitionsblase“ (gemessen als Aktienkurs im Verhältnis zum „Buchwert“ eines Unternehmens) 17mal größer als die rasende Dotcom-Blase im Jahr 2000 – und viermal größer als die Subprime-Blase im Jahr 2007. Roberts liefert zusätzliche Daten, die die Schlussfolgerung bestätigen, dass sich eine Blase entwickelt (z. B. beim Verhältnis der Aktienkurse zu den Unternehmensgewinnen). Vom IWF und vielen anderen Ökonomen wird dies bestätigt.

Noch auffälliger ist, dass das Wirtschaftswachstum der USA in der ersten Hälfte des Jahres 2025 fast ausschließlich auf Investitionen in Informationsverarbeitungsgeräte und Software zurückzuführen war, die 92 % des BIP-Wachstums ausmachten. Wenn wir diese Kategorien ausklam-

mern, wuchs die US-Wirtschaft in der ersten Hälfte 2025 nur um 0,1 % im Vergleich zum Vorjahr. Mit anderen Worten: Es gibt ohne jeden Zweifel eine KI-Blase, und sie „treibt die US-Wirtschaft nach oben“ (was natürlich globale Auswirkungen hat).

Bisher zeigen die Daten, dass die Produktivitätssteigerungen durch KI eher bescheiden sind. Wenn sie sich in Zukunft nicht als größer erweisen, wird es zu einer „Marktkorrektur“ kommen, d. h. zu fallenden Preisen. Die Blase wird nicht zwangsläufig zu einer größeren Krise führen, wie Michael Roberts erklärt, auch wenn eine gewisse Krise wahrscheinlich ist. Es hängt alles davon ab, inwieweit diese Investitionen die Produktivität der Unternehmen steigern werden. Wird der intensivere Einsatz von KI die optimistischen Erwartungen hinsichtlich höherer Produktivität und höherer Gewinnmargen erfüllen? Bisher ist dies nicht geschehen, aber es ist nicht ausgeschlossen, dass dies in Zukunft der Fall sein wird.

Meiner Meinung nach sind die Argumente, dass die „KI-Blase“ und die Investitionen in Informationsverarbeitungsgeräte und Software die durch Trumps Chaos verursachten Probleme verschleiern, stichhaltig. Die Probleme werden schätzungsweise in den kommenden Monaten zunehmen.

Trägt Trumps Politik nicht zu den genannten Investitionen bei und ist das nicht ein positiver Aspekt? Ich glaube nicht. Es ist möglich, dass Trumps Politik (die für Big Tech und die damit verbundenen Interessen sehr günstig ist) zu diesen Investitionen beiträgt. Dennoch hat dies zu einer Blase geführt. Wenn diese Investitionen in Zukunft zu der erwarteten Produktivitätssteigerung beitragen, dann trotz dieser Blase. [...]

27. Oktober 2025

João Machado ist Wirtschaftswissenschaftler und lebt in Brasilien

Übersetzung: J.S.



BDS ALS MITTEL DES PALÄSTINENSISCHEN WIDERSTANDES

Trotz der gut geölten Propaganda, Einschüchterung und Schikane Israels und der zionistischen Bewegung hat die Kampagne für Boykott, Desinvestition und Sanktionen (BDS) eine unbestreitbare Wirkung erzielt.

■ Arne Andersen

■ Boykott hat eine lange Tradition. Er ist eine Antwort der Zivilgesellschaft, um wirtschaftlichen, sozialen oder politischen Druck auszuüben.

1 Begriffsklärung: Boykott durch Zivilgesellschaft und Sanktionen von oben

Er kann Teil des Klassenkampfes sein, allerdings sind ökonomische Streiks kein Boykott, denn hier bieten die Beschäftigten den Kapitalisten für einen begrenzten Zeitraum ihre Ware Arbeitskraft nicht mehr an, um so Forderungen durchzusetzen. Anders kann es bei politischen Streiks aussehen: Als im November 2025 italienische Hafenarbeiter in Genua streikten, um Waffenlieferungen nach Israel zu verhindern, war diese Aktion ein Boykott des Landes.¹ Die Hafenarbeiter wollten sich nicht aktiv an dem Völkermord in Palästina beteiligen.

Gelegentlich griffen allerdings auch Staaten zum Mittel des Boykotts. Das bekannteste Beispiel ist der Boykott jüdischer Geschäfte am 1. April 1933. Hier mobilisierte Goebbels die NSDAP und ihre Verbände für Aktionen gegen jüdische Geschäfte. Im Völkischen Beobachter erschien am 29. März ein entsprechender Aufruf.² Die Aktion sollte als „deutscher Volkszorn“ gegen den jüdischen Boykott deutscher Waren gelten.

Sanktionen sind in der Regel staatlich verordnete Zwangsmaßnahmen. Sie richten sich zumeist gegen ein

anderes Land, mit dem Ziel, es möge seine Politik ändern. Nach § 7 der Außenwirtschaftsverordnung dürfen entsprechende Boykott-Erklärungen nur vom UN-Sicherheitsrat, dem Rat der EU, und dem Bundestag beschlossen werden. Die Sanktionen der EU gegen Russland seien hier als Beispiel genannt. Allerdings kann auch die zivilgesellschaftliche Boykottbewegung dazu führen, dass Staaten Sanktionen erlassen. Das kurzzeitige – und nur sehr rudimentäre – Verbot von deutschen Waffenlieferungen an Israel wäre nicht ohne die weltweite Solidaritätsbewegung zu erklären. Und natürlich ist ein Ziel eines Boykotts die eigene Regierung zu entsprechenden Sanktionen zu bewegen. Aber nicht zufällig steht das „S“ in BDS „absichtlich an letzter Stelle“, wie Omar Barghouti, einer der Gründer der BDS-Bewegung, betonte, und er fuhr fort: „Wir haben aus der südafrikanischen Erfahrung gelernt, dass es nur durch den Aufbau einer ausreichenden Macht der Basis und der Zivilgesellschaft möglich ist, die politischen Entscheidungsträger herauszufordern und sie dazu zu bringen, ihre Politik zugunsten der Rechte der Palästinenser zu ändern.“³

Im Folgenden wollen wir uns zunächst der Geschichte des Boykotts widmen. Dabei stehen zwei Boykott-Bewegungen im Vordergrund: Der Boykott von Juden gegen Deutschland und der Boykott gegen Südafrika. Der jüdische Boykott 1933 ist deshalb von Bedeutung, weil er deutlich macht, dass Juden auch das Mittel des Boykotts

gegen das verbrecherische Nazi-Regime eingesetzt haben. Er konterkariert das oft wiederholte Argument, BDS erinnere an den Nazi-Boycott. So verwies etwa der Redner der CDU/CSU-Fraktion bei der Diskussion um BDS im Mai 2019 auf die angebliche Parallele zwischen dem Nazi- und BDS-Boycott.⁴ Der Boycott der Juden (Don't buy German goods), der viel eher mit der BDS-Bewegung zu vergleichen ist, fand dagegen in der Bundestags-Debatte keine Erwähnung. Dieser war u.a. daran gescheitert, dass die zionistischen Organisationen in den USA und Deutschland den Boycott ablehnten.

Der Südafrika-Boycott ist das Vorbild der weltweiten BDS-Bewegung im Kampf gegen die israelische Apartheid. Denn auch dort setzte sich ein unterdrücktes Volk mit internationaler Unterstützung gegen das burische Siedlerkolonialsystem zur Wehr. Dieser Kampf hatte auch deshalb Erfolg, weil die Unterdrücker eine kleine Minderheit waren und der südafrikanische Staat sich offen zu seiner Apartheid bekannte. Aus diesem Kampf hat Israel gelernt, ihm gelingt es noch – zumindest im Westen – seinen Charakter zu verschleiern und es verkauft sich immer wieder „als einziger Staat, der die Demokratie im Nahen Osten hochhält“.⁵

Im Weiteren werden wir uns den drei Forderungen der BDS-Bewegung widmen und nachweisen, dass sie lediglich Positionen des Internationalen Gerichtshofes (IGH) in Den Haag und UN-Beschlüsse widerspiegeln.

2 Boykottbewegungen

2.1 „Don't Buy German Goods“ – Boycott von Juden 1933

Die Palästina-Solidarität wird immer wieder mit dem Vorwurf konfrontiert, ihre Boycott-Kampagne erinnere an den Nazi-Boycott 1933 „Kauft nicht bei Juden“. Wie ich oben schon ausgeführt habe, ist dieser Vergleich haltlos, denn beim Nazi-Boycott handelte es sich um einen von oben, staatlicherseits verordneten Boycott, während die BDS-Bewegung sich einreicht in die lange Geschichte der Kämpfe der unterdrückten Klassen und Völker. Doch noch etwas fällt auf: Weder die Palästina-Solidarität noch die Israel-Freunde erinnern an die Boycott-Bemühungen der Jüdinnen und Juden 1933. Das soll hier nachgeholt werden.

Nachdem die Nationalsozialisten am 30. Januar 1933 die Macht an sich gerissen hatten, begannen schon bald die staatlich gelenkten antijüdischen Ausschreitungen in vielen Städten Deutschlands, wie etwa der sogenannte „Warenhaussturm“ gegen ein jüdisches Kaufhaus in

Braunschweig. Besonders in den USA fanden sich jüdische Organisationen wie die Jüdischen Kriegsveteranen (JWV) und der American Jewish Congress (A.J.C.), die zum Boycott von Waren und Dienstleistungen der Nazis aufriefen.⁶ Am 27. März versammelten sich im New Yorker Madison Square Garden innerhalb und außerhalb der Arena 55 000 Menschen zu einer Protestkundgebung, während in Baltimore, Boston, Chicago, Cleveland, Philadelphia und Dutzenden weiterer Orte ebenfalls Veranstaltungen stattfanden.⁷ Zu den Rednern gehörte auch der Vorsitzende der Gewerkschaft American Federation of Labor (AFL). Die Aktion zeigte Wirkung, Nazi-Deutschland reagierte mit der bekannten regierungsamtlichen Gegenkampagne am 1. April 1933, die unter dem Motto stand: »Deutsch! Wehrt euch! Kauft nicht bei Juden!« Sie fand allerdings wenig Widerhall in der Bevölkerung und musste bald abgebrochen werden. Im Oktober 1933 beschloss der AFL offiziell der Boycottbewegung beizutreten: „Dieser Boycott soll so lange fortgesetzt werden, bis die deutsche Regierung das Recht anderer arbeitender Menschen in Deutschland anerkennt, sich in gutgläubigen, unabhängigen Gewerkschaften ihrer eigenen Wahl zu organisieren, und bis Deutschland seine repressive Politik der Verfolgung jüdischer Menschen einstellt.“⁸ Der Boycott endete (erfolglos) im Oktober 1941, kurz vor dem japanischen Angriff auf Pearl Harbor.

Die deutschen Importe in die USA gingen 1933 im Vergleich zum Vorjahr um fast ein Viertel zurück, der Boycott schien den Aufschwung zu gefährden. Besonders betroffen war die Hamburger Reederei HAPAG, die in der Endphase der Weimarer Republik schon die NSDAP in der Hansestadt unterstützt hatte, im Juli 1933 trat der gesamte Aufsichtsrat zurück und dessen Vorsitzender Max von Schinckel musste zugeben: „Die Ablehnung der Außenwelt gegenüber Deutschland und die Boycottbewegung machen sich stark bemerkbar ... Dies hat dem Geschäft der Hamburg-Amerika-Linie schwer geschadet und schadet weiterhin der deutschen Schifffahrt im Allgemeinen. Das Geschäftsvolumen geht ständig zurück“⁹ Joseph Goebbels äußerte sich auf dem Parteitag der NSDAP Ende August 1933 „sehr besorgt“ darüber.¹⁰ Ob der Boycott insgesamt wirtschaftlich ein Erfolg oder nur Nadelstiche gegen die Nazi-Wirtschaft waren, ist strittig.

Immerhin ergab eine Meinungsumfrage im April 1939, dass 65 % der US-Bevölkerung bereit waren, sich „einer Bewegung anzuschließen, die den Kauf von in Deutschland hergestellten Waren verbietet“.¹¹ Doch die Boycott-Bewegung war auch innerhalb der jüdischen Community

umstritten. (Orbach, 149 ff.) So hatte sich das American Jewish Committee (AJC) selbst noch Anfang 1939 gegen einen Boykott ausgesprochen, er fördere u. a. »antisemitische Aktivitäten«. (Gottlieb, 222) Auch die Zionistische Vereinigung für Deutschland (ZVfD) setzte sich bis zu ihrem Verbot 1938 gegen einen Boykott zur Wehr, sie versuchte die Gemeinsamkeiten mit der NS-Ideologie zu betonen. Gleichzeitig war sie Trägerin des Haavara-Abkommens mit dem NS-Regime, das einerseits die Auswanderung nach Palästina unter Mitnahme eines Teils des Vermögens ermöglichte, andererseits den Boykott konterkarierte, da es deutsche Exporte nach Palästina förderte.¹²

2.2 Südafrika

Der wohl bisher bekannteste Boykott war der gegen das Apartheidsregime in Südafrika. Er ist deshalb von besonderer Bedeutung, weil er sich ebenfalls gegen ein siedlerkolonialistisches System richtete. Zudem arbeiteten jeweils die Unterdrücker und die Unterdrückten in beiden Staaten Südafrika und Israel zusammen.¹³

1912 hatten Schwarze den African National Congress (ANC) als älteste Befreiungsbewegung Afrikas gegründet. Doch erst mit Beginn der Apartheid-Politik in den 1950er Jahren wurde der ANC zu einer Massenorganisation. Das Massaker von Sharpeville 1960, bei dem die südafrikanische Polizei neunundsechzig friedliche schwarze Demonstranten tötete und anschließend den ANC verbot, wurde zu einem Wendepunkt.

Schon 1952 hatte die UN Südafrikas Apartheid-Politik als »Bedrohung des Friedens« verurteilt¹⁴ und 1962 forderte die Generalversammlung der UN ihre Mitgliedsstaaten erstmalig zu einem Wirtschaftsboykott auf.¹⁵ Im Jahr 1973 verabschiedete sie die völkerrechtlich verbindliche »Internationale Konvention über die Bekämpfung und Bestrafung des Verbrechens der Apartheid«. Bis heute haben hundertneun Staaten sie unterzeichnet, die Westmächte und Israel haben sich bisher geweigert, die Konvention zu unterschreiben.¹⁶

Der anhaltende innerstaatliche Widerstand und die ebenso kontinuierliche Befassung der UNO mit der Problematik der Apartheid hätten zusammen kaum genügt, um das Apartheid-Regime zu besiegen. Die entscheidende dritte Säule war das Engagement von Kirchen, Gewerkschaften, Parteien und Hochschulgruppen (vor allem) in England und Amerika, deren Druck schließlich auch ihre jeweiligen Regierungen zu Maßnahmen nötigte.

Schon 1958 hatte der ANC-Führer Albert Luthuli für einen internationalen Südafrika-Boykott geworben. 1959

erklärte der ANC: »Der Wirtschaftsboykott hat unbegrenzte Möglichkeiten. Wenn wir unsere lokale Kaufkraft mit der von sympathisierenden Organisationen in Übersee kombinieren, verfügen wir über eine verheerende Waffe.«¹⁷ Daraufhin wurde 1959 in London ein Boykott-Komitee gegründet, das der spätere Präsident Tansanias Julius Nyerere mit den Worten vorstellte: »Wir bitten Sie, das britische Volk, um nichts Besonderes. Wir bitten Sie

„ Wenn wir unsere lokale Kaufkraft mit der von sympathisierenden Organisationen in Übersee kombinieren, verfügen wir über eine verheerende Waffe.“

lediglich, der Apartheid Ihre Unterstützung zu entziehen, indem Sie keine südafrikanischen Waren kaufen.«¹⁸ Das Komitee nannte sich noch im gleichen Jahr in Anti-Apartheid-Bewegung (Anti-Apartheid Movement) um. Ihr schlossen sich zahlreiche Briten aus Kirchen, Gewerkschaften und Parteien an.

Das Sharpeville-Massaker von 1960, das zum Verbot des ANC führte, führte weltweit zu einem bedeutenden Aufschwung der Anti-Apartheid-Bewegung. Doch der Kampf ging weiter. Im Soweto-Aufstand 1976, ausgelöst durch den Versuch des Apartheidstaates alle Schulkinder zu zwingen, Afrikaans – die Sprache des Siedlerkolonialismus – zu lernen, tötete das Rassisten-Regime mindestens 575 Menschen.¹⁹ Der UN-Sicherheitsrat bekräftigte, „dass die Politik der Apartheid ein Verbrechen gegen das Gewissen und die Würde der Menschheit“ darstelle und erkannte „die Legitimität des Kampfes des südafrikanischen Volkes für die Beseitigung der Apartheid“ an.²⁰ Zur Unterstützung der Boykott-Forderung der UN-Generalversammlung konnte er sich nicht aufraffen, denn der ANC, der den Boykott auf die internationale Agenda gesetzt hatte, galt bei den Westmächten immer noch als Terrororganisation.²¹

Mehr und mehr gerieten ab den 1970er Jahren die global agierenden Konzerne in den Blick zivilgesellschaftlicher Kampagnen, die trotz aller UN-Sanktionsforderungen weiter in Südafrika produzierten oder ihre Produkte dorthin exportierten. Unter Parolen: »Apartheid kills!«, »Don't buy South African Goods!«, »Don't Buy Slavery!« setzte die nun weltweite Anti-Apartheid-Kampagne die

eigenen Regierungen und Südafrika unter Druck.

1986 verlor Südafrika seinen größten Verbündeten; der US-Kongress verabschiedete mit dem Comprehensive Anti-Apartheid Act Sanktionen gegen Südafrika, die nur aufgehoben würden, wenn das Land seine rassendiskriminierende Politik aufgebe.²²

Nachdem sich 1986 selbst die USA dem internationalen Druck beugen mussten und der Kongress Sanktionen gegen Südafrika beschloss, begann in Südafrika der Zusammenbruch des Regimes: 1989 musste der neue südafrikanische Regierungschef Frederik Willem de Klerk das ANC-Verbot aufheben und Nelson Mandela freilassen. Die weiße Herrschaft war obsolet geworden: Am 17. März 1992 stimmten mehr als zwei Drittel der weißen und stimmberechtigten Bürger Südafrikas für ein Ende der Apartheid. Zwei Jahre später wählte das Land mit Nelson Mandela erstmals einen schwarzen Präsidenten.

Die internationale Solidarität, ihr Boykott und der Kampf der südafrikanischen Bevölkerung hatten das Apartheid-Regime zur Aufgabe gezwungen. Für alle deutschen Bundesregierungen galt bis zu seinem Ende das Verdikt Willy Brandts, dass man »Handel und Politik nicht ohne Not koppeln soll«.²³ Solange die Apartheid in Südafrika bestand, hat ebenfalls keine Bundesregierung den ANC jemals offiziell als Verhandlungspartner anerkannt.

Der Enkel Mandelas, Nkosi Zwivelile, verglich 2018 das Südafrika der Apartheid mit Israel: »Wie Madiba (Nelson Mandela) und Desmond Tutu vor mir sehe ich die unheimlichen Ähnlichkeiten zwischen Israels Rassengesetzen und der Politik gegenüber Palästinensern und der Architektur der Apartheid in Südafrika. Wir Südafrikaner kennen die Apartheid, wenn wir sie sehen. In der Tat erkennen viele an, dass das israelische Unterdrückungsregime in mancher Hinsicht noch schlimmer ist ... Denn wir Südafrikaner wissen auch, dass ein wirksamer Widerstand gegen die Apartheid internationale Solidarität erfordert. So wie die Verbündeten auf der ganzen Welt in unserem Kampf für die Freiheit lebenswichtig waren, lebt der Geist des Internationalismus in der gewaltlosen Boykott-, Divestment- und Sanktionsbewegung (BDS), die den palästinensischen Befreiungskampf unterstützt.«²⁴

3 BDS

3.1 Geschichte

Ende August/Anfang September 2001 veranstaltete die UN ihre erste Weltkonferenz gegen Rassismus in Durban (Südafrika). Zwei Themen standen dabei im Mittelpunkt: der Kolonialismus/Rassismus und der Palästina-Israel-

Konflikt. Der zweite Themenkomplex hatte durch den Ausbruch der zweiten Intifada und das Scheitern der Camp-David-Verhandlungen an Brisanz gewonnen.²⁵ Die USA und Israel verließen die Konferenz, weil sie der Gleichsetzung Zionismus mit Rassismus in der Konferenzzerklärung nicht zustimmen wollten. Auch wenn die Mehrheit der Konferenz dann diesen Passus strich, nahmen Israel, aber auch die USA, das deutliche Votum vieler Staaten des globalen Südens als Warnsignal. Gleichzeitig fand in Durban die World Conference Against Racism, Racial Discrimination, Xenophobia and Related Intolerance 2001 mit rund 3000 NGOs statt. Diese Konferenz verabschiedete eine Resolution, die Israel als »rassistischen Apartheidstaat« verurteilte und von einem »Prozess des Siedlerkolonialismus« sprach. Sie gipfelte in der Aufforderung an die internationale Gemeinschaft, »eine Politik der vollständigen und totalen Isolierung Israels als Apartheidstaat wie im Falle Südafrikas durchzusetzen, was die Verhängung zwingender und umfassender Sanktionen und Embargos, die vollständige Beendigung aller Verbindungen (diplomatisch, wirtschaftlich, sozial, Hilfe, militärische Zusammenarbeit und Ausbildung) zwischen allen Staaten und Israel bedeutet.«²⁶ Hier tauchte zum ersten Mal die Forderung nach Boykott, Divestment und Sanktionen auf.

Im Juli 2004 legte der IGH sein Gutachten zur »Apartheids-Mauer« vor, in dem er den Bau verurteilte, und die Staaten aufforderte, Israel nicht bei der Aufrechterhaltung der Situation zu unterstützen.²⁷ Doch die Weltöffentlichkeit ignorierte dieses Gutachten und es passierte nichts.

Die palästinensische Zivilgesellschaft war in einer schwierigen Situation. Der bewaffnete Kampf war gescheitert²⁸, die durch den sogenannten Friedensvertrag von Oslo in den 90er Jahren geschaffene palästinensische Autonomiebehörde (PA) war politisch eine Schimäre, eine »Regierung« von Israels Besatzungsnaden. Sie erwies sich zudem in der Folgezeit als autoritär und korrupt. Zwar war das Ziel weiterhin, die palästinensische Souveränität durchzusetzen – egal, ob als Ein- oder Zwei-Staaten-Modell. Doch welchen Weg sollte man beschreiten, welche Kampfmittel könnte man dabei einsetzen?

3.2 Forderungen

Im Sommer 2005 kamen rund 170 Nichtregierungsorganisationen aus allen Bereichen der palästinensischen Zivilgesellschaft zusammen – von muslimisch-politischen Traditionalisten über Gewerkschaften, Flüchtlingscamp-

Komitees, Gefangenverbände sowie Kunst- und Kulturzentren bis zur politischen Linken. Sie einigten sich auf ein Minimalprogramm, das jeder Organisation weiterhin ihre politische Bewegungsfreiheit ließ.²⁹

In ihrem Aufruf, veröffentlicht am Jahrestag des Mauer-Gutachtens des IGH, forderten sie die Weltöffentlichkeit zu einem »Bojkott, Investitionsentzug und Sanktionen gegen Israel auf, bis es internationalem Recht und den universellen Prinzipien der Menschenrechte nachkommt.« Endlich sollten harte, aber gewaltlose und angemessene Strafmaßnahmen gefordert werden und idealerweise so lange aufrechterhalten bleiben, »bis Israel seiner Verpflichtung nachkommt, den Palästinenser:innen das unveräußerliche Recht der Selbstbestimmung zuzugestehen, und zur Gänze den Maßstäben internationalen Rechts entspricht, indem es:

- die Besetzung und Kolonisation allen arabischen Landes beendet und die Mauer abreißt;
- das Grundrecht der arabisch-palästinensischen Bürger:innen Israels auf völlige Gleichheit anerkennt;
- die Rechte der palästinensischen Flüchtlinge, in ihre Heimat und zu ihrem Eigentum zurückzukehren, wie es in der UN-Resolution 194 vereinbart wurde, respektiert, schützt und fördert.«

Mit diesen drei Forderungen hob die BDS-Bewegung auch ihre Spaltung in drei getrennte Gruppen – Diaspora-Palästinenser, Palästinenser in den besetzten Gebieten und in Israel – auf. Damit befreite sie die palästinensische Gesellschaft aus der Agonie, sich zwischen dem vergeblichen bewaffneten Kampf und der Zusammenarbeit mit Israels Armee und Militärverwaltung, wie es die PA vollzog, zu entscheiden.

Sie folgte abgewandelt der Marxschen Vorstellung in der *Einleitung Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie*: „Man muss jede Sphäre der israelischen Gesellschaft als die partie honteuse (den Schandfleck) der israelischen Gesellschaft schildern, man muss diese versteinerten Verhältnisse dadurch zum Tanzen zwingen, dass man ihnen ihre eigne Melodie vorsingt!“³⁰ Die BDS-Bewegung bezog sich wieder auf die Wurzeln des Konfliktes, die ursprüngliche Vertreibung eines Großteils der Palästinenser und die Errichtung des israelischen Staats auf den Ruinen palästinensischer Dörfer.³¹ Damit stellte sich aber auch die Frage nach dem Charakter des Zionismus, Israel müsste sich entscheiden, will es demokratischer oder jüdischer Staat sein – selbst wenn es sich von einer Besatzungspolitik verabschieden sollte.

Gleichzeitig kündigte die BDS-Bewegung den scheinbaren internationalen Konsens einer Zwei-Staaten-Lösung in mehrfacher Hinsicht auf, denn alle entsprechenden Vorschläge bezogen sich lediglich auf Gaza und die West-Bank, z. T. noch auf Ost-Jerusalem, aber die Frage der israelischen Palästinenser blieb dabei ebenso offen wie das durch UN-Resolutionen 194 vom 11.12.1948 und 2252 vom 4. Juli 1967 verbriefte Rückkehrrecht, das

„Gleichzeitig kündigte die BDS-Bewegung den scheinbaren internationalen Konsens einer Zwei-Staaten-Lösung auf.“

allen vertriebenen und geflüchteten Palästinenser:innen und deren Nachkommen gewährleistet werden soll.³² Die international propagierte Zwei-Staaten-Lösung wäre ein Rückfall in eine rassistische Vorstellung, nach der die Staatszugehörigkeit nach Herkunft erfolgen würde. Sie ist auch realpolitisch nicht umsetzbar, weder kann man die inzwischen 900 000 israelischen Siedler aus der Westbank vertreiben noch im Gegenzug die israelischen Palästinenser:innen erneut ihrer Heimat berauben. Eine Zwei-Staaten-Lösung wäre nur vorstellbar, wenn es zwei Staaten sind, in denen Juden und Palästinenser jeweils die gleichen Rechte haben. Doch genauso gut wäre dann ein Modell vorstellbar, wie es schon 1948 eine Minderheit in der UN-Debatte vorschlug – ein binationales Palästina mit zwei Bundesstaaten oder Kantonen.³³ Der israelische Historiker und Antizionist Shlomo Sand verweist auf Kanada, die Schweiz und andere Staaten, „die eine gemeinsame Souveränität und Staatsbürgerschaft haben, aber ihre kulturellen und sprachlichen Besonderheiten, autonomen Regierungsorgane, gewählten Versammlungen, die einem obersten Parlament unterstehen, usw. beibehalten haben.“³⁴

Um jede Option zu bewahren, legte sich der BDS-Aufruf nicht auf eine Ein-Staaten-Lösung fest. So war es möglich, dass die PLO seit Anfang 2023 die Forderungen des BDS-Aufrufs unterstützte, obwohl sie sich eher für eine Zwei-Staaten-Lösung aussprach. Damit rückte die ursprüngliche Position von Yasser Arafat wieder in den Fokus, der in seiner großen Rede vor der UN-Generalversammlung 1974 zu den Zielen des palästinensischen Volkes ausführte: „Deshalb war unsere Revolution von Anfang an

weder rassistisch noch religiös motiviert. Ihr Ziel war nie der Jude als Person, sondern der rassistische Zionismus und die Aggression. In diesem Sinne ist unsere Revolution auch eine Revolution für den Juden als Menschen. Wir kämpfen dafür, dass Juden, Christen und Muslime gleichberechtigt leben können, die gleichen Rechte genießen und die gleichen Pflichten übernehmen, frei von rassistischer oder religiöser Diskriminierung.“³⁵

Wie sehr die Zwei-Staaten-Lösung in erster Linie eine Propaganda-Vorstellung der westlichen Staaten war, zeigte die Tatsache, dass weder die EU noch eine deutsche Bundesregierung Israel jemals ernsthafte Konsequenzen bei dem fortgesetzten Siedlungsbau androhten. Die Tatsache, dass zudem die Knesset sie überwältigender Mehrheit ablehnte³⁶, wurden von den Israel-Freunden nie thematisiert. Schon 2014 schrieb der israelische Journalist Gideon Levy: „Die Ein-Staaten-Lösung besteht schon seit langem. Sie ist eine Lösung für jüdische Bürger, aber ein Unglück für palästinensische Einwohner. Diejenigen, die sich davor fürchten – also fast alle Israelis –, ignorieren die Tatsache, dass der Ein-Staat bereits existiert; sie fürchten sich nur davor, dass sich sein Charakter verändert: von einem Staat der Apartheid und Besatzung zu einem egalitären Staat; von einem de facto binationalen Staat, der sich als Nationalstaat (der dominierenden Nation) tarnt, zu einem rechtlich ratifizierten binationalen Staat.“³⁷

3.2.1 Besetzung und Kolonisation allen arabischen Landes beenden und die Mauer abreißen

Noch immer behaupten Kritiker, es sei unklar, „welches Land gemeint“ sei oder diese Forderung postuliere, dass „Israel von der Landkarte verschwindet“, so Jan Riebe, Referent der Amadeu Antonio Stiftung.³⁸ Ausdrücklich betonte Mahmoud Nawajaa, der Generalkoordinator des BDS National Committee (BNC) in Ramallah, in einem Schreiben an Münchener Stadträte, die Forderung beziehe „sich nicht auf das international anerkannte Territorium des Staates Israel“, sondern „auf alle arabischen Gebiete, die 1967 von Israel militärisch besetzt wurden und bis heute von der UNO als ‚seit 1967 besetzte arabische Gebiete‘ bezeichnet werden.“³⁹ Die Kritiker verhalten sich wie ertappte Diebe, denn natürlich haben die Zionisten und später der Staat Israel Palästina in eine Siedlerkolonie verwandelt, und es sind die Zionisten, die aus dem i. J. 722 v.u.Z. untergegangenen Königreich Israel den Alleinvertretungsanspruch auf das heutige Palästina erheben. Von Beginn des 20. Jahrhunderts an

war es das Ziel der zionistischen Siedler, eine neue, eigene Gesellschaft aufzubauen und sich nicht in die bestehende palästinensische Gesellschaft aus Christen, Muslimen und Juden zu integrieren.

3.2.2 Grundrecht der arabisch-palästinensischen Bürger:innen Israels auf völlige Gleichheit anerkennen

Natürlich können die Kritiker nicht leugnen, dass es in Israel „Rassismus und Diskriminierung“⁴⁰ gibt, aber – so ihr Diktum – Israel sei der einzige demokratische Staat im Nahen Osten der „die Demokratie hochhält“.⁴¹ Und in der Tat haben die israelischen Palästinenser das Wahlrecht – im Gegensatz zu den Schwarzen im Südafrika der Apartheid. Allerdings unterstanden die Palästinenser bis 1966 dem Kriegsrecht. Adalah (arab. Gerechtigkeit), eine israelische Menschenrechtsorganisation, weist auf ihrer Homepage nach, dass es heute ca. 65 Gesetze gibt, die die Palästinenser direkt oder indirekt diskriminieren.⁴² Eines der ersten entsprechende Gesetze, war das Law of Return 1950. Danach konnten Juden jederzeit nach Israel einwandern, während den 1948 geflohenen Palästinensern dieses Recht verwehrt wurde. Im gleichen Jahr verabschiedete die Knesset das Absentee Property Gesetz. Wer sein Haus nach dem 29.11.47, dem Tag der Spaltung Palästinas durch die UN-Resolution 181, nur einen Tag verlassen hatte, konnte als abwesend erklärt werden, und sein Land konnte enteignet werden. Wie wirksam dieses Gesetz gegen den palästinensischen Besitz war, zeigte sich in den kommenden Jahrzehnten. Besaßen jüdische Grundbesitzer um 1949 weniger als 10 % der Staatsfläche, waren 1967 schon 70 % des Landes als abwesendes Eigentum eingestuft, heute sind 93 % des israelischen Landes in Staatshand.⁴³ Wie sehr die Palästinenser als Menschen zweiter Klasse galten, zeigte sich in der Verabschiedung des Nationalstaatsgesetz 2018, dessen Kernsatz lautete: „Der Staat ist der Nationalstaat des jüdischen Volkes“.⁴⁴ Die damalige Justizministerin Ayelet Shaked begründete das Gesetz mit den Worten: »Wir müssen den jüdischen Charakter des Staates schützen, auch wenn das bedeutet, Menschenrechte zu opfern.“⁴⁵

3.2.3 Rückkehrrecht

BDS-Kritiker verweisen immer wieder auf die große Zahl der Flüchtlinge und ihrer Nachkommen (6 Mio.), die Einwanderung all dieser Menschen „würde das demografische Gleichgewicht in Israel derart verschieben, dass es seinen Charakter als staatlicher Schutzraum für Juden verlieren würde“.⁴⁶ Diese Argumentation hebt allerdings die allgemeine Erklärung der Menschenrechte von 1948 aus.

Dort heißt es in Artikel 13 (2) unmissverständlich: „Jeder hat das Recht, jedes Land, einschließlich seines eigenen, zu verlassen und in sein Land zurückzukehren.“⁴⁷ Zumindest aus der Erklärung der Menschenrechte, die auch von Deutschland unterzeichnet wurde, gilt die (rechtliche) Verpflichtung, dem Rückkehrrecht Geltung zu verschaffen. Im Übrigen geht es hier um das Rückkehrrecht. Viele der geflüchteten Palästinenser wollen zumindest die Chance haben, ihre Heimat (noch einmal) zu sehen. Wie viele dann wirklich dieses Recht in Anspruch nehmen, sich in Palästina anzusiedeln, ist nie gefragt worden. Erstaunlicherweise erwähnen diese Kritiker nie das schon vorgestellte rassistische Law-of-Return-Gesetz, das es jedem Juden – es gibt ca. 9,7 Millionen Juden außerhalb Israels – erlaubt, israelischer Staatsbürger zu werden, die palästinensischen Flüchtlinge aber ausdrücklich ausschließt. Was die Kritiker ebenfalls nicht erwähnen: dass allein die Forderung des Rückkehrrechts die zionistischen Ansprüche auf Palästina „from the river to the sea“⁴⁸ konterkariert, denn selbst das Kernland Israel müsste Rückkehrer aufnehmen.

3.3 Kampf zur Durchsetzung der Forderungen und Hasbara

Die palästinensische Zivilgesellschaft hatte sich jenseits vom bewaffneten Kampf und Korruption auf drei Forderungen verständigt. Sie fanden zahlreiche Erwähnung in UN-Dokumenten, der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte oder in Gutachten des IGH. Gerade deswegen stellten die Forderungen für Israel eine Gefahr dar. So bemühte man sich die BDS-Bewegung als antisemitisch zu denunzieren. Die israelische Regierung warf ihre Propaganda-Maschinerie, genannt Hasbara⁴⁹ an. Was Hasbara bedeutete, verdeutlichte Anshel Pfeiffer in der Haaretz: „Hasbara basiert auf zwei zentralen Überzeugungen. Die eine ist, dass Israels Sache, wie sie von den Hasbaristen verstanden wird, so grundlegend gerecht ist, dass man sie nur richtig erklären muss. Wenn der Gesprächspartner nicht überzeugt ist, ist er von Natur aus böse und antisemitisch. Daraus ergibt sich die zweite Überzeugung: Dass Hasbara für Israels Existenz unerlässlich ist.“⁵⁰

Wie sehr das Land die Boykott-Bewegung und deren ersten Erfolge fürchtete, zeigte sich daran, dass Israel als einziges Land weltweit ein Ministerium gründete, das nur den einen Zweck hatte, die BDS-Bewegung zu bekämpfen, das „Ministerium für strategische Angelegenheiten und öffentliche Diplomatie“⁵¹ Seit Anfang 2023 ist ein weiteres Ministerium dazugekommen, das sich ebenfalls der Hasbara widmet.⁵² Das „Ministeriums für Diaspora-

Angelegenheiten“ wurde erweitert zu einem „Ministerium für Diaspora-Angelegenheiten und Bekämpfung des Antisemitismus“ und erhielt dafür 30 neue Mitarbeiter. Für diesen Kampf gab Israel zusammen mit Spendern aus den USA wie z.B. dem Besitzer eines Casino-Imperiums, Sheldon Adelson, mehrere 100 Millionen US-Dollar aus.⁵³ Im März 2024 titelte Haaretz „Israels Hasbara scheitert“.⁵⁴ Für das Haushaltsjahr 2025 bewilligte die Knesset weitere

„Israel hat als einziges Land weltweit ein Ministerium gegründet, das nur den einen Zweck hatte, die BDS-Bewegung zu bekämpfen.“

150 Mio. US-Dollar für pro-israelische Lobbyarbeit im Ausland.⁵⁵ Doch die Millionen Dollar konnten die Solidaritätsbewegung der Millionen Menschen weltweit nicht stoppen. Zu sehr setzte sich die Erkenntnis durch, dass Israel in Gaza einen Völkermord begeht – eine Tatsache, die auch ein Team von Menschenrechtsexperten, eingesetzt vom UN-Menschenrechtsrat, im September 2025 bestätigte.⁵⁶

Universitäten weltweit, insbesondere in Europa, Nordamerika, Lateinamerika und Afrika, haben ihre akademischen und/oder finanziellen Beziehungen zu Israel und seinen mitschuldigen Institutionen abgebrochen. Zehntausende Kulturschaffende und zuletzt über siebentausend Schriftsteller und Verleger haben sich dem kulturellen Boykott Israels angeschlossen.⁵⁷ Nach Angaben von Omar Barghouti hat BDS auch eine Schlüsselrolle bei der Entscheidung von Intel gespielt, eine 25-Milliarden-Dollar-Investition in Israel zu streichen.⁵⁸ Microsoft stellte dem israelischen Kriegsministerium seine Cloud- und KI-Dienste nicht mehr zur Verfügung.⁵⁹ Norwegens Pensionsfonds – der größte Staatsfonds der Welt – veräußerte seine gesamten Israel-Anleihebestände.⁶⁰ Avi Balashnikov, der Vorsitzende des Israel Export Institutes, einem Joint Venture zwischen israelischer Regierung und der Exportindustrie, musste im Gespräch mit der israelischen Wirtschaftszeitung Calcalist eingestehen, dass BDS und Boykotte „Israels globale Handelslandschaft verändert“ habe.⁶¹ Die Umstellung der israelischen Wirtschaft auf Kriegswirtschaft verschärft die gesellschaftliche Krise Israels.⁶²

Anlässlich des 20jährigen Bestehens der BDS-Bewe-

gung betonte Omar Barghouti den Erfolg der BDS-Bewegung: „Trotz der gut geölten Propaganda, Einschüchterung, Schikane und des tiefen Einflusses Israels – und der zionistischen Bewegung – auf korrupte Politiker, genozidale Unternehmen und Medien hat BDS eine unbestreitbare Wirkung erzielt.“⁶³ Für Barghouti rückt der „Südafrika-Moment“ näher. Doch von dem Vergleich mit Südafrika sollte man sich nicht täuschen lassen. Die südafrikanische Revolution hatte mit dem ANC eine von der großen Mehrheit anerkannte Führung, die den Kampf im Land und außerhalb organisierte, und sie hatte mit Nelson Mandela einen unumstrittenen Führer. Das BDS-Komitee in Palästina hingegen stellt einen Zusammenschluss heterogener zivilgesellschaftlicher Gruppen dar. Dem Widerstand fehlt sowohl eine klare, einheitliche politische Führung als auch ein allseits anerkannter Führer. Einzig Marwan Barghouti⁶⁴, der seit 2004 von Israel in Haft gehalten wird, hätte in der palästinensischen Gesellschaft momentan das Ansehen, den palästinensischen Widerstand zusammenzuführen. Doch die weltweit erhobene Forderung nach seiner Freilassung lehnte zuletzt im Oktober 2025 Netanyahu persönlich ab.⁶⁵

Hinzu kommt, dass Südafrika Teil des globalen Südens war, während Israel weitaus stärker in die globale Wirtschaft und den Technologiesektor integriert ist; eine Isolierung ist daher weitaus schwieriger. Umso wichtiger ist es deshalb auch nach einem Diktatfrieden von Trumps Gnaden⁶⁶ die drei Forderungen von BDS zu bekräftigen.

Gerade der genozidale Gaza-Krieg hat der BDS-Bewegung neuen Aufschwung verliehen. Der englische Guardian schrieb im Oktober 2025: „Der Boykott Israels ist Mainstream geworden: Wir haben noch nie zuvor eine solche Dynamik gesehen.“⁶⁷ Diesen Mainstream gilt es auch in Deutschland stark zu machen.

1 Junge Welt, 17.11.2025.

2 Völkischer Beobachter, 28.3.1933.

3 Omar Barghouti, Time for a Summary: The BDS-Movement after 17 years of activism, in: <https://disorient.de/magazin/time-summary-bds-movement-after-17-years-activism>, 30.3.2023.

4 Axel Müller, BT-Protokoll, Plenarprotokoll 19/102, 17.5.2019, S. 12481.

5 Bijan Dijir-Sarai (FDP), ebd., S. 12485.

6 Moshe Gottlieb, The Anti-Nazi Boycott Movement in the United States: An Ideological and Sociological Appreciation, Jewish Social Studies, Vol. 35, No. 3/4 (Jul. – Oct., 1973), S. 198–227.

7 Arne Andersen, Apartheid in Israel – Tabu in Deutschland? Köln 2025, S. 406.

8 Gottlieb, S. 219.

9 New York Times, 27.7.1933.

10 Max Wallace, In the Name of Humanity. New York 2018. 4. Kapitel.

11 Gottlieb, S. 220.

12 Francis R. Nicosia, Ein nützlicher Feind. Zionismus im nationalsozialistischen Deutschland 1933–1939. In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 37 (1989) H.3. S. 380 ff.

13 Dabei stellten sich die jüdischen Südafrikaner auf die Seiten des Apartheidregimes. Vgl. Stevens, R. P. Zionism, South Africa and Apartheid: The Paradoxical Triangle. Phylon, 32(2) (1971), S. 123–142.

14 Nancy L. Clark und William H. Worgner, South Africa : the rise and fall of apartheid. London, New York 2022, S. 4.

15 UN Generalversammlung, A/Res/1761 (17), 6.11.1962.

16 UN Generalversammlung, A/Res/3068 (28), 30.11.1973.

17 Christabel Gurney, »A Great Cause: The Origins of the Anti-Apartheid Movement, June 1959–March 1960. Journal of Southern African Studies 26(1) (2000), S.126.

18 Guardian, 23.5.2021.

19 South African History Online. (21.3.2011). June 16 Soweto Youth Uprising timeline: 1976–1986. South African History Online. <https://sahistory.org.za/article/june-16-soweto-youth-uprising-timeline-1976-1986>.

20 UN-Sicherheitsrat, Resolution 392, 19.6.1976.

21 Vgl. Andersen, S. 379.

22 Comprehensive Anti-Apartheid Act of 1986, H.R. 4868, 99th Congress, 2.10.1986.

23 Zit. n. Knud Andresen, Moralische Ökonomie. Bundesdeutsche Automobilunternehmen und Apartheid, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History, Online-Ausgabe, 13 (2016), H. 2, S. 232.

24 Guardian, 11.10.2018.

25 Vgl. Andersen, S. 192 ff., 218ff.

26 »World Conference against Racism, NGO Forum Declaration«. International Progress Organization (IPO). 2001, Artikel 162, 424.

27 International Court of Justice (ICJ). Legal Consequences of the Construction of a Wall in the Occupied Palestinian Territory. 9.7.2004.

28 Ob der bewaffnete Kampf in einem Land, in dem der Unterdrücker fast 50 % der Bevölkerung stellt und militärisch haushoch überlegen ist, sinnvoll ist, ist meines Wissens bisher unter Linken kaum diskutiert worden. Dass er – sogar völkerrechtlich – „gestattet“ ist, ist davon unberührt.

29 Der Aufruf und die Organisationen, die den Aufruf 2005 unterschrieben haben, finden sich unter: <https://bdsmovement.net/call>.

30 Karl Marx, Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung. Berlin (DDR) 1980, MEW 1, S. 381. Im Original steht natürlich deutsch statt israelisch.

31 Nathan Thrall, Boykott gegen Israel. Le Monde diplomatique, 13.12.2018.

32 Resolution 194: „...dass denjenigen Flüchtlingen, die zu ihren Wohnstätten zurückkehren und in Frieden mit ihren Nachbarn leben wollen, dies zum frühestmöglichen Zeitpunkt

gestattet werden soll und dass für das Eigentum derjenigen, die sich entscheiden, nicht zurückzukehren, sowie für den Verlust oder die Beschädigung von Eigentum, auf der Grundlage internationalen Rechts oder nach Billigkeit von den verantwortlichen Regierungen und Behörden Entschädigung gezahlt werden soll.“ Resolution 2252: „...die Rückkehr der Bewohner zu erleichtern, die seit Ausbruch der Feindseligkeiten aus diesen Gebieten geflohen sind;...“

33 Vgl. Andersen, S. 122 f.

34 Shlomo Sand, *Israel-Palestine: Federation or Apartheid*, Chapter 10.6.: *Imaginary Options*, 2024.

35 Yasser Arafat, *Palestine at the United Nations*. *Journal of Palestine Studies* 4(2), 1975, S. 184.

36 Noa Shpigel, With Gantz's Backing, Israel's Parliament Passes Resolution Opposing Palestinian Statehood, *Haaretz* 18.7.2024.

37 Gideon Levy, „Who is afraid of a Binational State?“, *Haaretz*, 2.2.2014.

38 Leander F. Badura, BDS-Bewegung: Antisemitismus in seiner reinen Form, Freitag 22.1.2025; Jakob Wetzels Interview mit Jan Riebe, Vorwurf und Vorurteil, *Süddeutsche Zeitung*, 8.11.2016.

39 Mahmoud Nawajaa, Schreiben an Münchener Stadträte, 21.11.2017. https://bds-kampagne.de/wp-content/uploads/2017/11/171121_BNC-an-Stadtrat-München.pdf.

40 Badura (Vgl. Anm. 44).

41 Bijan Djir-Sarai (FDP), *Deutscher Bundestag*, Sten. Bericht, 102. Sitzung, 17.5.2019, S. 12485.

42 Adalah, *The Discriminatory Laws Database*, <https://www.adalah.org/en/content/view/7771>.

43 Andersen, S. 165ff.

44 <https://main.knesset.gov.il/EN/activity/documents/Basic-LawsPDF/BasicLawNationState.pdf>.

45 *Haaretz*, 13.2.2018.

46 Badura (Anm. 44).

47 https://dgvn.de/publications/PDFs/Sonstiges/Allgemeine_Erklärung_der_Menschenrechte.pdf.

48 Likud. 1977. »Original Party Platform«. https://www.jewishvirtuallibrary.org/original-party-platform-of-the-likud-party?utm_content=cmp-true.

49 Hasbara (hebr. für Erklärung). Offizielle Bezeichnung der Öffentlichkeitsarbeit der israelischen Regierung, um ihre Politik im Ausland positiv erscheinen zu lassen.

50 Anshel Pfeffer, *Israel's Hasbara Is Failing. That's Good News*, *Haaretz* 21.03.2024.

51 Andersen, S. 392 ff. Die Bezeichnung öffentliche Diplomatie (engl. *Public diplomacy*) wird in hebräisch mit *Hasbara* wiedergegeben.

52 Cs, *Neuer Name für Diasporaministerium*, *Israel-Netz*, 6.2.2023.

53 Josh Nathan-Kazis, *Jewish Agency Plans \$300M-a-Year Push for Israel*, *Forward*. 15.8.2013.

54 Anshel Pfeffer, *Israel's Hasbara Is Failing. That's Good News*, *Haaretz* 21.3.2024.

55 Asaf Elia-Shalev, *Israel has spent millions trying win hearts and minds abroad. It's about to spend 20 times more*, *Forward*, 28.12.2024.

56 Independent International Commission of Inquiry on the Occupied Palestinian Territory, including East Jerusalem, and Israel, *Legal analysis of the conduct of Israel in Gaza pursuant to the Convention on the Prevention and Punishment of the Crime of Genocide*, A/HRC/60/CRP.3, 16.9.2025.

57 <https://www.palfest.org/press-release-refusing-complicity-2>

58 Omar Barghouti, *BDS@20: Resilience, Resistance, and Regeneration*, 9.8.2025. <https://www.bdsmovement.net/news/bds20-resilience-resistance-regeneration>.

59 *Handelsblatt*, 26.9.2025.

60 *Democracy now*, 23.2.2024. https://www.democracynow.org/2024/2/23/headlines/norwegian_pension_fund_divests_from_israeli_war_machine_uc_davis_students_pass_bds_resolution.

61 Ariel Karmel, „BDS and boycotts have changed Israel's global trade landscape“, 18.9.2024. https://www.calcalistech.com/ctechnews/article/bjaru11u6r#google_vignette.

62 Amos Brison, *Is Israel's genocide economy on the brink?*, *+972 Magazine*, 16.12.2025.

63 Barghouti, ebd.

64 Zu Marwan Barghouti vgl. https://en.wikipedia.org/wiki/Marwan_Barghouti

65 Report: Netanyahu assures Ben Gvir that Barghouti won't be freed in Gaza deal, *Middle East Monitor*, 7.10.2025.

66 Zentrales Element des Vertrages ist ein „Board of Peace“ mit Trump als Oberaufsicht. Die Palästinenser werden nicht beteiligt. So ist er Kolonialvertrag wie Versailles 1919 oder Oslo 1993-1995.

67 David Smith, *Boycotting Israel has gone mainstream: 'We've never seen such traction before'*, *Guardian* 11.10.2025.

HUMANITÄRE HILFE ALS INSTRUMENT DER KOLONISIERUNG

Welche Auswirkungen haben die neuen privaten (in)humanitären Strukturen, die Mitte 2025 in Gaza installiert wurden. Nach der Zerstörung des öffentlichen Sektors der humanitären Hilfe erweisen sich diese privaten Hilfsstrukturen unter dem Banner der Gaza Humanitarian Foundation (GHF) als koloniales Instrument. Was als Linderung der Folgen des Imperialismus erscheint, ist nichts anderes als dessen Vollendung.

■ Sarah Laska

Der Imperialismus wird von Lenin¹ als „monopolistisches Stadium des Kapitalismus“ oder als „parasitärer Kapitalismus“ definiert. Der für den Imperialismus charakteristische Parasitismus ändert sich entlang der historischen Konfigurationen und weist je nach den räumlich-zeitlichen Rahmenbedingungen, in denen er wirkt, unterschiedliche Merkmale auf. Im Falle Palästinas äußert sich der Parasitismus des Imperialismus zwar in der Ausbeutung eines Territoriums durch die klassischen und etablierten „Rentierstaaten“, geht aber so weit, dass sich diese Staaten „humanitäre Lösungen“ aneignen. Diese sogenannten „Lösungen“ werden von privater Hand gestrickt und können nicht mehr die schädlichen Folgen der kapitalistischen Ausbeutung kompensieren und verwandeln stattdessen humanitäre Maßnahmen in unmenschliche Strategien. Der aggressive Imperialismus, der in Palästina betrieben wird, ist nicht mehr nur die Summe aus Siedlerkolonialismus, Politik der verbrannten Erde, Aushungern und Deportation der Palästinenser:innen aus ihrem eigenen Land, sondern umfasst nun auch dieses neue widerwärtige Element, das

unter dem Deckmantel einer humanitären Legitimation daherkommt.

Die Allianz zwischen den USA und Israel kennt die möglichen Grenzen ihrer interimperialistischen Allianz – nämlich die öffentliche Meinung im eigenen Land, aber auch die internationale Sichtweise auf die aktuelle Lage. Die ideologische Propaganda von wegen der einzigen „Demokratie im Nahen Osten“ oder der Achtung vor den Grundrechten taugen nicht länger als Deckmantel für das militärische Vorgehen. Die Echtzeit-Dokumentation des kolonialen Völkermords verhindert es, die Gier nach territorialer Expansion im Nahen Osten zu stillen. Man will nicht direkt zur Verantwortung gezogen werden, sondern das Ungeheuerliche verstecken. Die humanitäre Hilfe dient dieser plumpen Verschleierung und diese Instrumentalisierung lässt sich auf die Spitze treiben, wenn die humanitäre Hilfe für den einen Part dieser imperialistischen Allianz zum notwendigerweise kapitalistischen und für den anderen zum lebenswichtigen kolonialen Instrument wird, das durch die Gründung der Gaza Humanitarian Foundation Gestalt annimmt. Das Endergebnis, das Ziel

der beiden Imperialismen, das hinter der Privatisierung² und Militarisierung steckt, ist noch offen. Setzt sich das Groß-Israel der Zionisten durch oder Donald Trumps Gaza-Riviera-Plan? Für diese beiden Ländern geht es jetzt nicht darum, über die Aufteilung dieses Stückchens Land zwischen den Monopolländern zu debattieren, sondern in erster Linie die Kolonisierung voranzutreiben und dabei Profite zu erzielen.

Die Pervertierung der humanitären Hilfe

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs hatte die internationale Zusammenarbeit Hochkonjunktur. Diese Solidarität zwischen den Nationen vollzog sich unter dem interimperialistischen Diktat der Vereinten Nationen nach dem Motto „Nie wieder“. Nach der Logik der Vereinten Nationen ging es darum, den „Frieden der Sieger“ festzuschreiben, indem fünf Kolonialmächte in die Führungsspitze gehievt wurden. Mit ihrem nunmehrigen Vetorecht kann diese interimperiale Allianz nun – völlig legal – über die Aufteilung ihrer Herrschaftsbereiche, Stellvertreter und symbolischen Vergütungen entscheiden, über die sie als heilbringende Macht verfügt. Es liegt auf der Hand, dass diese nach wie vor gültige Entscheidungsstruktur inzwischen das Völkerrecht sabotieren oder desavouieren kann, wenn die Resolutionen nach dem Gutdünken der Trump-Regierung verfasst werden. Gleichzeitig kommt der Wille zum Ausdruck, für immer mit dem Schrecken der Shoah zu brechen, indem humanitäre Hilfsprogramme aufgelegt werden, die im Bedarfsfall darauf abzielen, Staaten zu helfen, in denen die Bevölkerung hungert, leidet und gefoltert wird. In diesem Zusammenhang entstand die UNRWA³. Obwohl ihre Gründung nicht auf einem humanitären Impetus der USA beruhte, sondern auf dem Bestreben, sie namentlich im Kontext des Kalten Krieges zu instrumentalisieren, wurde die UNRWA nach und nach unabhängig, auch wenn sie dabei den US-Kongress vor den Kopf stieß, der fortan sein Interesse daran verlor⁴. Mit der Zunahme der humanitären Maßnahmen wurde sie zu einer tragenden Säule der Hilfe für die Bewohner Gazas und hielt gleichzeitig „eine Menschenmenge, die ohnehin gezwungen ist, unter ungewöhnlichen Bedingungen zu leben, in völliger Untätigkeit“.

Gleichzeitig vollzog sich in den 1990er Jahren ein Paradigmenwechsel in der humanitären Hilfe hin zu einem neuen Modell, das von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) repräsentiert wurde. Die Krise der Sozialstaaten und ganz allgemein die Finanzkrisen im Westen führten jedoch zu einer „Kommodifizierung der Solidarität“⁵, wo

nun Fusionen und Übernahmen von NGOs oder deren Privatisierung an der Tagesordnung sind. Um Mittel von öffentlichen oder privaten Geldgebern zu erhalten, treten humanitäre Organisationen in einen Wettbewerb, um eine Monopolstellung in diesem Sektor zu erreichen. Die amerikanischen Ausschreibungsmechanismen und damit die Auswahl der – rentablen – Strukturen durch die Geldgeber verstärken die Verflechtung des öffentlichen und privaten Sektors innerhalb einer „Hilfsindustrie“⁶, in der die vermeintlich Begünstigten zu „potenziellen Marktanteilen“⁷ werden. Diese Kommerzialisierung der humanitären Hilfe ist in Frankreich zwischen 1990 und 2007 durch eine Verzehnfachung der Finanzmittel für Unternehmen im Namen der Entwicklungshilfe und nicht für Organisationen innerhalb der betroffenen Länder gekennzeichnet.

Abwicklung des UNRWA

Auf beiden Seiten des Atlantiks haben die Verfechter der amerikanisch-israelischen Allianz den humanitären Ansatz, den das UNRWA verkörperte, Stück für Stück auseinandergenommen, sowohl durch US-amerikanische Haushaltskürzungen seit 2018 (auf Betreiben von Nikki Haley) als auch durch das Betätigungsverbot der UN-Agentur auf „israelischem Gebiet“ unter dem Vorwand angeblicher Verbindungen zwischen ihren Mitarbeitern und der Hamas. Diese Entscheidungen – die von zahlreichen internationalen Akteuren und NGOs kritisiert wurden – haben in Hinblick auf Palästina eine ganz spezifische Bedeutung, gerade jetzt, wo die israelische Regierung die Privatisierung und Monopolisierung der humanitären Hilfe anstrebt. Eines der Hauptargumente der Trump-II-Regierung für die Streichung der Finanzmittel für das UNRWA betrifft die angebliche Beteiligung von zwölf Mitarbeitern der Organisation an dem Angriff vom 7. Oktober 2023. Diese Information wurde im Januar 2024 von einer israelischen Nachrichtenwebsite mit Sitz in Jerusalem veröffentlicht, die sich angeblich auf „interne Quellen der israelischen Regierung“ stützt⁸.

Trotz einer von Philippe Lazzarini⁹, dem Direktor des UNRWA, angekündigten Untersuchung ist es schwierig, an zuverlässige oder überhaupt vorhandene Quellen zu dieser „Untersuchung“ und damit zu ihren Ergebnissen zu gelangen. Unabhängig davon, ob diese Verwicklung nun tatsächlich besteht oder nicht, hatte die Trump-I-Regierung bereits 2018 die Streichung ihrer Subventionen angekündigt. Diese damals getroffene Ankündigung wirft die Frage auf, inwieweit die durch Trump II ins Feld geführten angeblichen Verbindungen

zwischen UN-Mitarbeitern und der Hamas bloß als Katalysator oder Vorwand dienen. Gründe dafür gab es genug und sie passen zu der unilateralen isolationistischen Strategie – auch Jacksonismus¹⁰ genannt – von Donald Trump, nämlich die internen Interessen der USA durch die einseitige Ausweitung ihrer Macht im Ausland zu stärken.

Die Vereinten Nationen seien von den amerikanischen Interessen zu weit entfernt und laut der Trump-Regierung zudem zu politisch und „antiisraelisch voreingenommen“¹¹. Lange bevor Vorwürfe über Verbindungen zur Hamas laut wurden, war das Schicksal des UNRWA und seiner Finanzierung durch Trump I bereits besiegelt und wurde durch Trump II lediglich beschleunigt. Im Zeitalter des globalisierten Kapitalismus kommt man nicht umhin, sich mit den neoliberalen Implikationen bei der Ersetzung öffentlicher Institutionen wie dem UNRWA durch private Modelle der humanitären Hilfe wie der Gaza Humanitarian Foundation zu befassen.

Das im Oktober 2024 verabschiedete Gesetz, das das UNRWA innerhalb des israelischen Staatsgebiets kriminalisiert und verbietet, besiegelte den Niedergang dieser Organisation und entfachte gleichzeitig einen Wettbewerb zahlreicher privater Unternehmen ohne jeden Bezug zu den Verhältnissen vor Ort um den Zuschlag der israelischen Regierung. Eines der ersten Unternehmen dabei war die Global Delivery Company (GDC): „When crisis hits, GDC is there for you [Wenn die Krise zuschlägt, ist GDC für Sie da]“.

Dieser Wettbewerb um das Monopol der humanitären Hilfe ist irrational und absolut kontraproduktiv und zeugt vom Parasitismus des zeitgenössischen Imperialismus. Unter diesen konkurrierenden Aasgeiern, die den unterdrückten Völkern niemals auch nur ein Jota Rücksicht entgegenbringen werden, scheint die Gaza Humanitarian Foundation (GHF), die unter dubiosen Umständen erst unlängst gegründet wurde, am besten geeignet für die Absichten der amerikanisch-israelischen Allianz. Obwohl erst im Februar 2025 als „gemeinnützige“ Organisation ins Leben gerufen, erhielt sie bereits im Frühjahr das Monopol für diese Aufgabe übertragen.

Ihr undurchsichtiger finanzieller Hintergrund, ihre unklare Rechtsform und ihre Verwicklung mit zwei privaten Militärunternehmen (UG Solutions und Safe Reach Solutions), die wiederum einer amerikanischen Vermögensverwaltungsholding (Two Ocean Trust LLC) unterstehen, legen nahe, dass die Organisation

fest im undurchsichtigen Netz des US-amerikanischen Imperialismus verankert ist. Jake Wood, ihr ehemaliger Geschäftsführer, zog sich Ende Mai zurück, weil die Grundsätze des humanitären Völkerrechts, der Unparteilichkeit, Neutralität und Unabhängigkeit nicht gegeben seien. Er wurde – passend zum vorherrschenden Nepotismus unter Trump – durch einen von dessen Beratern ersetzt, der der israelischen Regierung nahesteht: Johnnie Moore.

Instrumentalisierung der humanitären Hilfe

Sowohl praktisch als auch rechtlich gelten für den humanitären Sektor die Grundsätze der Unabhängigkeit, Menschlichkeit, Unparteilichkeit und Neutralität¹², und in politischer Hinsicht seine Aktivität und die dahinter stehende Absicht.¹³

Rony Bauman, ehemaliger Präsident von *Ärzte ohne Grenzen* und Dozent an der Sciences Po Paris, hat eine einvernehmliche und wenig kontroverse Definition der humanitären Hilfe formuliert: „Humanitäre Hilfe ist jede Hilfe, die friedlich und ohne Diskriminierung darauf abzielt, Leben unter Wahrung der Würde zu erhalten und die Entscheidungsfähigkeit des Menschen wiederherzustellen.“ Er fügt hinzu: „Die Absicht der Handlung muss von der Sorge um den anderen geleitet sein und nicht von der Verteidigung von Interessen.“ Zusammenfassend lässt sich sagen, dass private Interessen nicht mit humanitären Maßnahmen einhergehen können und dass diese Maßnahmen daher nicht privatisiert werden können, ohne ihrem Wesen zu widersprechen oder sogar Teil einer interimperalistischen Strategie zu werden.

Die palästinensische Bevölkerung ist das direkte Versuchsfeld für die Ersetzung von Hilfsorganisationen durch gewinnorientierte und kolonialistische Strategien und erfährt infolgedessen direkt eine weitere Zunahme der Massaker unter dem Deckmantel humanitärer Hilfe. Die schrittweise Ausschaltung des UNRWA hat einer privaten amerikanischen Hilfsorganisation, der GHF, den Nährboden bereitet. Diese perfekt inszenierte Verlagerung von öffentlicher zu privater Hilfe ermöglicht die Fortsetzung einer unverzichtbaren und lebenswichtigen „Hilfe“, die notwendigerweise geleistet werden muss, wenn öffentliche Hilfe – vorsätzlich – nicht mehr vorhanden ist.

Der Rückzug der USA aus der Finanzierung ist als Neuaufstellung zu sehen. Sie entledigen sich ihrer humanitären Verantwortung in Palästina, indem sie die Subventionen für das UNRWA streichen, ziehen sich jedoch nicht komplett zurück, da ihre Privatunterneh-

men – in Verbindung mit dem Staat – die Kontinuität der sogenannten humanitären Dienste gewährleisten. Das bedeutet, dass sich der Staat letztlich nach dem Regierungswechsel durch die Privatisierungsmaßnahmen neu aufstellen konnte, indem er auf private Akteure (die GHF) zurückgriff, um die Grenzen zwischen öffentlichem und privatem Aufgabenbereich zu verwischen und dadurch mehr Kontrolle zu erlangen. Dabei geht es um neue Regierungsformen, die einer neoliberalen Logik folgen, wobei gemäß der post-weberianischen Theorie der Staat entlastet und paradoxerweise über den privaten Sektor wieder stärker wird.

Die amerikanische Präsenz im Gazastreifen sichert den Fortbestand militärischer Strukturen in der Region und macht den Nahen Osten damit zu einem Stellvertreter des amerikanischen Imperialismus. Zudem kann die USA dadurch weiterhin Trumps bewährte Strategie symbolischer Machtdemonstration im Nahen Osten aufrecht erhalten. Es ist offensichtlich, dass die GHF neben den politischen und symbolischen Gewinnen und den Verbindungen zwischen der Trump-Administration und dieser humanitären Organisation auch Profite für die Akteure innerhalb ihrer Wirtschaftsstruktur generiert und sich so selbst trägt. Der Zugang zu Informationen über die verschiedenen Finanzierungsquellen wird durch die absichtliche Intransparenz erschwert, obwohl einige Artikel die israelische Regierung als Quelle eines Teils der Mittel benennen.

Das Engagement der USA bei privaten Organisationen im Nahen Osten geht mit einer zunehmenden Militarisierung der humanitären Hilfe einher. Tatsächlich wurden private Hilfsorganisationen gegründet, die der israelischen Sicherheit und Verteidigung dienen und dabei Profitabilität über ethische Standards stellen. Die Mitarbeiter der GHF verfügen über keine Ausbildung im humanitären Bereich oder in der Entwicklungszusammenarbeit, sind aber in der Regel ehemalige bewaffnete US-Sicherheitskräfte. Diese privaten Strukturen stellen somit einen neuen Weg dar, traditionelle humanitäre Organisationen zu umgehen und – noch wichtiger – die Verteilung von Hilfsgütern zu militarisieren.

Militarisierung der humanitären Strukturen

Wie Sami Makki haben verschiedene Forscher seit 2010 die sicherheitspolitische Neuausrichtung westlicher Staaten dargelegt – vorangetrieben von den USA und der Dynamik der Ära nach 2001 –, die „die Initiative in der humanitären Hilfe zurückgewinnen und sie in diplomatische und militärische Maßnahmen integrieren“.¹⁴

Diese Militarisierung humanitärer Hilfe findet nicht in symmetrischen Konflikten oder Bürgerkriegen statt, sondern im Kontext eines kolonialen Völkermords, bei dem alle Strategien der Verfolgung eines Endziels dienen. Folglich hat die Militarisierung humanitärer Hilfe zu zahlreichen Massakern im Gazastreifen geführt. Bereits am 27. Mai berichtete *Al Jazeera* von etwa zehn Toten und 62 Verletzten infolge israelischer Panzerangriffe während der Verteilung von Hilfsgütern. Die israelische Armee antwortete, dass sie lediglich mit Warnschüssen Menschen davon abhalten wolle, sich einen Weg zu den Verteilungsstellen zu bahnen. Diese Massaker sind an den Verteilungsstellen zur Routine geworden [...].

Die militärische Ausbildung der frisch ernannten humanitären Helfer ermöglicht in keiner Weise eine konkrete, relevante und bedarfsgerechte Expertise im Umgang mit diesen vielfältigen Gewaltsituationen. Diese „Schlachthöfe für Menschen“, wie sie vom Gesundheitsministerium in Gaza bezeichnet werden, sind mit algorithmischen Überwachungssystemen ausgestattet, die eine noch willkürlichere Auslegung der vorgeblich legitimen Maßnahmen der israelischen Regierung ermöglichen. Diese Mechanismen dienen einmal mehr dazu, Freiheitsberaubung und Massenmord unter dem Deckmantel des Kampfes gegen den Terrorismus zu rechtfertigen. Dass jedoch der sogenannte Kampf gegen den Terrorismus zum Mord an Frauen und Kindern geführt hat, die 70 % der Todesfälle im Gazastreifen seit Beginn des Völkermords ausmachen, macht es noch schwieriger, einen vorgeblichen Kampf gegen die Hamas überhaupt zu rechtfertigen. Insofern entspricht es dem üblichen israelischen Beuteschema, dass an diesen Sammelpunkten die Bevölkerung neu sortiert werden kann, um sie im völkermörderischen Sinne des Begriffs besser „verwalten“ zu können.

Eine Karte des BBC-Recherchezentrums vom 31. Mai 2025¹⁵ ermöglicht zudem eine Analyse der geografischen Verteilung dieser Verteilungspunkte, um die politischen und imperialistischen Beweggründe für deren Standortwahl zu erkennen. Drei von vier Punkten befinden sich im äußersten Süden des Gazastreifens an der ägyptischen Grenze, während der vierte isoliert im Norden des Streifens liegt. Diese geografischen Gebiete korrelieren mit den jüngsten Aussagen der israelischen Regierung zu den Deportationsplänen der palästinensischen Bevölkerung. Die Massenmorde in diesen überfüllten und militarierten Gebieten wurden von über zweihundert NGOs angeprangert, die argumentieren, dass innerhalb von vier Wochen „mehr als 500 Palästinenser getötet und fast 4000

verletzt wurden, nur weil sie versuchten, an Nahrungsmittel zu gelangen.“

Techno-Kolonialismus

Technoimperialismus ist ein zentrales Instrument der US-israelischen Allianz. Biometrische Verfahren und Gesichtserkennungstechnologien werden unter dem Vorwand eingesetzt, nach Personen mit Verbindungen zur Hamas zu suchen, um somit die Überwachung auf den gesamten Gazastreifen auszuweiten. Bereits während des Embargos begann der israelische Technokolonialismus, die palästinensische Bevölkerung israelischen Technologien zu unterwerfen. Dies hat sich nun in direkterer und damit beschleunigter Weise zu einem kolonialen Instrument entwickelt. Bereits im Januar 2025 wies Apoorva PG darauf hin, wie die israelische Apartheid auf die großen Technologiekonzerne zurückgreift, um die palästinensische Bevölkerung zu überwachen, zu unterdrücken und zu kontrollieren, die somit an vorderster Front der Opfer des digitalen Kolonialismus steht.

Die Kehrseite dieser kolonialen Technologien ist die Gründung von Forschungs- und Entwicklungszentren durch Technologieunternehmen in Israel, die den grundlegenden Beitrag erkannt haben, den ein koloniales Umfeld zu ihrem Fachwissen leisten kann. Statistiken der palästinensischen Kampagne „Stop the Wall“ belegen die Entwicklung des Forschungs- und Entwicklungssektors durch das interimperialistische Bündnis.

„In den letzten Jahrzehnten haben sich über 300 multinationale Technologiekonzerne für die Gründung von Forschungs- und Entwicklungszentren in Israel entschieden. Einige betreiben sogar mehrere Zentren in verschiedenen Entwicklungsbereichen. Diese Zentren decken etwa 50 % der gesamten Forschungs- und Entwicklungsausgaben der israelischen Unternehmen ab. Im Laufe der Jahre haben diese multinationalen Konzerne insgesamt 100 israelische Unternehmen übernommen. Einige von ihnen, wie beispielsweise Intel, Microsoft, Broadcom, Cisco, IBM und EMC, haben im Laufe ihrer Geschäftstätigkeit in Israel mehr als zehn lokale Unternehmen akquiriert. [...] Mehr als 30 Tech-Einhörner – Start-up-Unternehmen mit einem Wert von über einer Milliarde US-Dollar – haben ihren Sitz in Israel. Das entspricht etwa 10 % aller Einhörner weltweit.“¹⁶

Geplante Hungersnot

Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieses Artikels ist die Gaza Humanitarian Foundation (GHF) trotz

zunehmender Kritik an ihren Praktiken weiterhin im Gazastreifen aktiv.¹⁷ Eine kürzlich von der BBC durchgeführte Recherche deckte die Präsenz des Motorradclubs „Infidels“ im Gazastreifen auf, der angeblich die Lebensmittelverteilung „sicherstellt“. Diese politische Gruppe amerikanischer Motorradfahrer, die sich durch ausgeprägten amerikanischen Patriotismus und eine starke Ablehnung des Islam auszeichnet, hat das Kreuz der Kreuzritter als Symbol gewählt – jener christlichen Ritter, die im Mittelalter an den Kreuzzügen teilnahmen, um Jerusalem und das Heilige Land von den Muslimen zurückzuerobern.

Der Einsatz des „Infidels MC“ ist Teil der anhaltenden Missachtung des humanitären Völkerrechts und seiner Prinzipien, vor allem aber Ausdruck einer kolonialen Logik der Verachtung und der Leugnung der Existenz eines Volkes in einem bestimmten Gebiet. Ein Verantwortlicher einer der GHF-Verteilungsstellen veröffentlichte kürzlich ein Foto, das ein Banner mit der Aufschrift „Make Gaza Great Again“ zeigt. Ein Akt, der es der Trump'schen Strategie ermöglicht, in Gaza Einfluss zu gewinnen, vor allem aber die Strafflosigkeit der Verbrechen des amerikanisch-israelischen Bündnisses, die allzu oft durch internationale Sanktionen verschleiert wird.

Zusammenfassend

fand im fortgeschrittenen Stadium des Kapitalismus ein Paradigmenwechsel der humanitären Hilfe statt, die in unserem Fall eher sicherheitspolitischen als humanitären Prinzipien genügt. Die schrittweise Schwächung des UNRWA war für das amerikanisch-israelische Bündnis notwendig, um ein künstliches Vakuum zu schaffen, das vom Privatsektor gefüllt werden musste. Die Entstehung der Globalen Humanitarian Foundation (GHF) entspricht diesem Imperativ des Privatsektors durch die Zerstörung des öffentlichen Sektors, ist aber nicht mit einem Rückzug des Staates gleichzusetzen. Der amerikanische Staat unter Donald Trump sieht seine Entscheidungsmacht durch die vielfältigen Verbindungen zwischen der Regierung und der GHF gestärkt, die sich zu einer Struktur entwickelt, deren Ziele den Prinzipien humanitären Handelns diametral entgegenstehen. Indem institutionelle Strukturen und die Grundprinzipien humanitärer Hilfe umgangen werden, ermöglicht die Privatisierung, diese Hilfe zu militarisieren und so den Interessen der anderen Seite des Bündnisses – der israelischen Regierung – zu dienen. Diese Militarisierung findet im

Kontext einer sicherheitspolitischen Aufrüstung statt, die von den USA unter dem Deckmantel des Kampfes gegen den Terrorismus vorangetrieben wird.

Aus *Anticap revue* Oktober 2025

Übersetzung: MiWe

1 Lenin, *Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus*, 1916

2 Das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten (United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East; UNRWA) ist ein Programm der Vereinten Nationen zur Unterstützung palästinensischer Flüchtlinge im Gazastreifen, im Westjordanland, in Jordanien, im Libanon und in Syrien, das im Dezember 1949 ins Leben gerufen wurde.

3 Das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten (United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East; UNRWA) ist ein Programm der Vereinten Nationen zur Unterstützung palästinensischer Flüchtlinge im Gazastreifen, im Westjordanland, in Jordanien, im Libanon und in Syrien, das im Dezember 1949 ins Leben gerufen wurde.

4 Jalal Al-Husseini, L'assistance humanitaire en faveur des réfugiés de Palestine, instrument de la politique étrangère américaine (Humanitäre Hilfe für palästinensische Flüchtlinge als Instrument der US-Außenpolitik). *Politique Américaine*, 2010, Vol. 3, Nr. 18, S. 57-73.

5 François Jean, Le triomphe ambigu de l'aide humanitaire (ein zwiespältiger Triumph der humanitären Hilfe). *Revue Tiers Monde*, 1997, pp. 641-658

6 Jérôme Larché, *Le déclin de l'Empire Humanitaire*. Fondation pour la Recherche Stratégique, L'Harmattan, 2017, p. 102-112

7 Ibid

8 Jacob Magid, UNRWA sacks staffers who allegedly participated in Oct. 7 attack ; US halts funding. *The Times of Israel*, 26. Januar 2024

9 Le Monde avec AFP, Guerre Israël-Hamas : l'UNRWA se sépare de « plusieurs » de ses employés, soupçonnés d'avoir participé à l'attaque du 7 octobre. 26. Januar 2024.

10 Walter Russel Mead, The Jacksonian Tradition : And American Foreign Policy. *The National Interest*, Nr.58, 1999, S. 5-29.

11 *La Dépêche du Midi*, Réfugiés palestiniens : Trump coupe les vivres à l'ONU. 2. September 2018

12 Humanitäre Hilfe ist eine Kernaufgabe der Vereinten Nationen, verankert in Artikel 1 der Charta der Vereinten Nationen. Im Jahr 1991 verabschiedete die UN-Generalversammlung die Resolution 46/182 zur Stärkung der Koordinierung humanitärer Nothilfe der Vereinten Nationen. Die Resolution definiert einen Rahmen für humanitäre Hilfe und enthält zwölf Leitprinzipien, zu denen die vier humanitären Prinzipien Menschlichkeit, Neutralität, Unparteilichkeit und Unabhängigkeit als zentrale Werte des humanitären Systems gehören.

13 Michael Barnett, Thomas G. Weiss, *Humanitarianism in question. Politics, Power, Ethics*. Cornell University Press, Ithaca and London, 2008, p. 98

14 Sami Makki, Les enjeux de l'intégration civilo-militaire aux États-Unis. Regards d'un sociologue embarqué dans les nouveaux réseaux hybrides. *Politique Américaine*, 2010/2, Nr.17, S. 27-48.

15 Matt Murphy, Kevin Nguyen, How controversial US-Israeli backed Gaza aid plan turned to chaos. *BBC*, 31. Mai 2025

16 <https://stopthewall.org/digitalwalls/>

17 Im November 2025 wurden die Aktivitäten eingestellt



WIRD ISRAELS WIRTSCHAFT ZUM OPFER DES VÖLKERMORDS?

Der Wirtschaftswissenschaftler **Shir Hever** erklärt in dem von **Amos Brison** geführten Interview, wie der Krieg gegen den Gazastreifen die „Zombie-Wirtschaft“ zwar über Wasser gehalten, ihr aber keine Zukunftsperspektive beschert hat.

Seit Oktober 2023 hat Israel etliche wirtschaftliche Einbrüche erlebt. Zehntausende Bewohner:innen wurden durch den Krieg mit der Hamas und der Hisbollah aus den Grenzregionen im Süden und Norden vertrieben. Zugleich schieden Hunderttausende Reservisten für längere Zeit aus dem Arbeitsleben aus, was zu Personalmangel und Produktivitätsverlusten in wichtigen Sektoren führte. Außerdem haben öffentliche Dienstleistungen, Bildung und Gesundheitswesen gelitten, da staatliche Ausgaben für den Krieg umgeschichtet wurden, und obendrein sind fast 50.000 Unternehmen in Konkurs gegangen.

Die Kapitalflucht – insbesondere im Hightech-Sektor – sowie die zunehmende Abhängigkeit von ausländischen Krediten haben die Wirtschaft erheblich belastet, sodass die Staatsverschuldung bis Ende 2025 voraussichtlich 70 % des BIP erreichen wird. Auch weltweit hat sich Israels Stellung verschlechtert: Ehemals stabile Handelspartner wenden sich ab, Sanktionen und Boykotte nehmen zu, und große Investoren beginnen, sich nach anderen Standorten umzusehen.

Ein am 8. Dezember von der israelischen Nichtregierungsorganisation Latet veröffentlichter jährlicher Armutsbericht unterstreicht das Ausmaß der sozialen Krise. Die Ausgaben für Lebensmittel sind seit dem Krieg dramatisch

gestiegen, fast 27 % der Familien und über ein Drittel der Kinder leiden derzeit unter „Ernährungsunsicherheit“, und etwa ein Viertel der Hilfsempfänger sind „neue Arme“, die in den letzten zwei Jahren in Not geraten sind.

Gleichzeitig erweist sich die israelische Wirtschaft jedoch auch als widerstandsfähig. Der Schekel hat seit Kriegsbeginn gegenüber dem US-Dollar um fast 20 % zugelegt, und die Tel Aviv Stock Exchange hat Rekordhöhen erreicht, was zum Teil auf Kriegsausgaben und Interventionen der Zentralbank zurückzuführen ist.

Um diese scheinbar widersprüchlichen Signale – boomende Märkte bei gleichzeitig zunehmenden sozialen und wirtschaftlichen Turbulenzen – zu verstehen, muss man über die üblichen Indikatoren hinausblicken. Der israelische Wirtschaftsforscher und BDS-Aktivist Shir Hever argumentiert, dass Israel derzeit in einer sogenannten „Zombie-Wirtschaft“ operiert, die durch massive Militärausgaben, Auslandskredite und politische Verdrängung am Laufen gehalten wird.

Seit über zwei Jahrzehnten untersucht Hever die Zusammenhänge zwischen der israelischen Wirtschaft, dem Militarismus und der Besatzung. In einem Interview mit dem *+972 Magazine* erklärt er, warum Israels Wirtschaftskrise nicht einfach anhand des BIP oder der Inflation

gemessen werden kann und warum die Säulen, die einst das Wachstum des Landes stützten – ausländische Investitionen, technologische Innovationen und globale Integration – zu bröckeln beginnen. Er geht auch auf die Illusion einer nachhaltigen Kriegswirtschaft, die sozialen und wirtschaftlichen Folgen einer anhaltenden Massenmobilisierung und darauf ein, wie die zunehmende Isolation Israels auf den globalen Märkten den Beginn eines langfristigen Niedergangs signalisieren könnte.

Das Interview wurde hinsichtlich der Länge und Verständlichkeit bearbeitet.

Nehmen wir zunächst einmal an, dass der Gaza-Krieg, wie er in den letzten zwei Jahren geführt wurde, endlich zuende ist. Rechnen Sie dann mit einer Erholung der israelischen Wirtschaft – und wenn ja, wie würde diese aussehen?

Zunächst gilt es zu fragen: Erholung von was?

Die wirtschaftlichen Probleme Israels sind vielschichtig. Erstens gibt es direkte Produktivitätsverluste aufgrund der Vertreibung von Zehntausenden Familien aus Gebieten nahe der Grenzen zu Gaza und dem Libanon sowie aufgrund der direkten Schäden, die durch Raketen und Granaten in diesen Gebieten verursacht wurden. Zweitens führte die Rekrutierung von fast 300 000 Reservisten für einen sehr langen Zeitraum zu einem spürbaren Rückgang der Erwerbstätigkeit. Außerdem gingen dadurch unzählige Ausbildungstage verloren, die in diese Beschäftigten investiert worden waren, und das zu einer Zeit, in der die Mittel zur Ausbildung und Schulung von Ersatzkräften bei weitem nicht ausreichen.

Drittens beginnt die gebildete Mittelschicht in Israel, über eine Auswanderung nachzudenken, und Zehntausende von Familien sind bereits ausgewandert. Viertens die Finanzkrise: Viele Israelis haben ihre Ersparnisse in Erwartung einer Inflation ins Ausland gebracht, verbunden mit einem Wertverlust der israelischen Währung, einem Rückgang der Bonität Israels und einem Anstieg der Risikoprämie Israels.

Da Ressourcen für den Krieg abgezweigt wurden – laut Angaben der Regierung selbst wurden Waffen im Wert von mehreren Dutzend Milliarden Dollar auf Kredit gekauft –, hat sich die Qualität der öffentlichen Dienstleistungen und der Hochschulbildung dramatisch verschlechtert. Israel war in seiner Geschichte noch nie so nah daran, in eine Schuldenfalle zu geraten [eine Situation, in der der Staat gezwungen ist, Kredite aufzunehmen, um die Zinszahlungen für ältere Kredite zu decken].

Schließlich, und das ist sehr wichtig, ist Israels Image stark beschädigt. Das Land sieht sich Boykotten, Desinvestitionen und Sanktionen in einem bisher ungekannten Ausmaß ausgesetzt. Israelische Unternehmen müssen feststellen, dass ehemalige Geschäftspartner im Ausland den Kontakt zu ihnen scheuen.

Auf *Ynet* habe ich in Interviews mit einer Reihe israelischer Geschäftsleute gelesen, wie isoliert sie sich fühlen und dass ihre Geschäftspartner, selbst langjährige, sagen, sie wollten nichts mehr mit ihnen zu tun haben. Sie beschrieben, wie ihnen selbst in „sehr [gegenüber Israel] freundlichen Ländern“ gesagt wurde: „Bitte löschen Sie alle Aufzeichnungen dieses Treffens, wir wollen nicht, dass jemand erfährt, dass wir uns mit Ihnen getroffen haben.“ Sie bezogen sich höchstwahrscheinlich auf Deutschland, da kurz vor den Interviews die IFA-Messe in Berlin stattgefunden hatte.

In den letzten Monaten haben Sie die israelische Wirtschaft während des Gaza-Krieges als „Zombie-Wirtschaft“ bezeichnet. Können Sie erklären, was Sie damit meinen?

Ich bezeichne sie als Zombie-Wirtschaft in dem Sinne, dass es sich um eine Wirtschaft handelt, die sich zwar bewegt, sich aber ihrer eigenen Krise oder ihres bevorstehenden Untergangs nicht bewusst ist.

Eine kapitalistische Wirtschaft basiert auf der Idee einer verlässlichen Erwartungshaltung. Ohne Investitionen kann es keinen kapitalistischen Markt geben, und Investitionen basieren auf der Erwartung, dass man jetzt Geld investiert, um in Zukunft Gewinne zu erzielen. In Israel hat die Regierung jedoch einen Haushalt verabschiedet, der von den tatsächlichen Ausgaben losgelöst ist und die Verschuldung außer Kontrolle geraten lässt, und der Entwurf für den Haushalt des nächsten Jahres [2026] ist ebenso illusorisch.

Gleichzeitig verlassen viele der talentiertesten und gebildetsten Menschen das Land, weil sie ihre Kinder nicht dort großziehen wollen. Das ist genau das Gegenteil einer Zukunftsperspektive – ein Staat, der eher kurzfristig als langfristig plant.

Auch wenn die Wirtschaft oberflächlich betrachtet zu funktionieren scheint, liegt das vor allem daran, dass ein erheblicher Teil der Bevölkerung für den Reservedienst mobilisiert wurde – bewaffnet, ausgerüstet, versorgt und transportiert, um den Krieg aufrechtzuerhalten. Der Krieg ist die wichtigste wirtschaftliche Aktivität der Regierung; selbst jetzt, zwei Monate nach Trumps sogenanntem Waf-

fenstillstand, wurden noch keine Reservisten in großem Umfang in das zivile Leben entlassen.

Haaretz hat berechnet, dass die Zerstörung des Gazastreifens das größte Bauprojekt in der Geschichte Israels ist. Die Menge an Zement, Baumaterialien, Fahrzeugen und Treibstoff, die dafür verwendet wird, übertrifft den Bau von HaMovel HaArtzi [der nationalen Wasserleitung], dem großen Infrastrukturprojekt der 1950er Jahre, und den Bau der Trennmauer im Westjordanland, dem großen Bauprojekt der frühen 2000er Jahre. Es handelt sich also um eine Wirtschaft, die zwar zu funktionieren scheint, aber keine Zukunftsperspektive hat. Sie basiert auf einer Illusion.

Vermutlich werden alle Reservisten, die im Krieg gedient haben, und alle Menschen, die aus ihren Häusern im Süden und Norden vertrieben wurden, irgendwann wieder in den Arbeitsmarkt eintreten. Könnte Israel dadurch einer Wirtschaftskrise entgehen?

Zunächst einmal werden viele dieser Reservisten einfach keine Arbeit mehr haben, zu der sie zurückkehren können, da während des Krieges mehr als 46 000 Unternehmen in Konkurs gegangen sind. Dann ist da noch der psychologische Aspekt. Es übersteigt meine Qualifikation zu beantworten, was passiert, wenn diese Menschen wieder in das zivile Leben zurückzukehren versuchen, aber die Auswirkungen dürften dramatisch sein. Werden sie Gewalt anwenden, wenn ihnen etwas missfällt, so wie sie es Hunderte von Tagen lang in Gaza getan haben? Werden sie umfassende psychologische Behandlung benötigen, um ihre Traumata und ihre Schuldgefühle zu bewältigen? Wir sehen bereits jetzt, dass viele Soldaten Selbstmord begehen.

Bedenken Sie, dass es sich hierbei auch um Menschen handelt, die sich nicht über die Entwicklungen in ihrem Metier auf dem Laufenden gehalten, sondern stattdessen in Gaza Völkermord begangen haben, was gleichfalls zu einer Technologie- und Bildungskrise beiträgt. Die Zahl der Studienanfänger hat nicht mit dem Bevölkerungswachstum Schritt gehalten, was bedeutet, dass Israel langfristig weniger gut gebildet sein wird.

Hinzu kommen etwa eine Viertelmillion Israelis, die aus ihren Häusern in der Nähe der Grenzen zu Gaza oder zum Libanon vertrieben wurden und seit über einem Jahr in Hotels leben. Sie leben in der Annahme, dass sie jederzeit zur Rückkehr aufgefordert werden könnten. Unter diesen Umständen ist es sehr schwierig, einen neuen Arbeitsplatz zu finden, da ihre Entschädigung davon abhängt, dass sie

bereit sind, in ihre ursprünglichen Gemeinden zurückzukehren. Mit anderen Worten: Sie müssen sich entscheiden, ob sie sich den Bedingungen der Regierung fügen oder ihre Entschädigung aufgeben und das Land verlassen wollen – was einige von ihnen tatsächlich getan haben.

Dennoch erreicht der israelische Aktienmarkt neue Höchststände und der Schekel ist stabil. Wie erklären Sie sich das?

Man muss beachten, dass sich der Aktienmarkt nicht nur in eine Richtung bewegt. So ist er beispielsweise nach Netanjahus „Sparta-Rede“ im September gefallen. Die Menschen gerieten wirklich in Panik, als er das sagte, weil er damit in gewisser Weise zugab, dass Israel von Sanktionen, Boykotten und wirtschaftlicher Isolation betroffen ist. Das war ein kleiner Stich in die Illusionsblase.

Aber es gibt noch andere Gründe dafür, darunter die Tatsache, dass Israel die Bezahlung der Reservisten aufgestockt hat, sodass diese nun 29 000 Schekel pro Monat erhalten – mehr als doppelt so viel wie der marktübliche Durchschnittslohn in Israel und mehr als viermal so viel wie der Mindestlohn. Einige Berufsoffiziere haben sogar die Armee verlassen, um als Reservisten wieder einzutreten und so mehr Geld zu verdienen.

Diese Reservisten konnten dieses Geld nicht ausgeben, weil sie sich in Gaza befinden, also haben sie es in Aktien investiert oder über eine Bank in eine Art Treuhandfonds angelegt, was wiederum bedeutet, dass es in Aktien fließt. Dadurch fließt immer mehr Geld in den Aktienmarkt – daher steigen die Aktien natürlich. Entscheidend dabei ist, woher dieses Geld stammt.

Der Generaldirektor des Finanzministeriums stellte fest, dass diese Zahlungen an Reservisten noch nicht im Verteidigungshaushalt berücksichtigt sind. Sie werden jedoch rückwirkend berücksichtigt werden, und wenn dies geschieht, wird die Lücke zwischen dem genehmigten Haushalt und den tatsächlichen Ausgaben sichtbar werden. Ich gehe davon aus, dass dann die Bonität Israels sinken wird und internationale Banken große Bedenken haben werden, mit Israel Geschäfte zu machen.

Darüber hinaus treiben die massiven Staatsausgaben die Inflation in die Höhe, während die Produktivität nicht Schritt hält. Menschen mit entsprechender Kaufkraft versuchen, den Wert ihrer Ersparnisse durch Investitionen in den steigenden Aktienmarkt zu wahren, was die Blase weiter anheizt.

So entsteht eine Art Stagflation, bei der die Inflation parallel zu einem Konjunkturabschwung steigt. Die

israelische Zentralbank hat dies durch den Verkauf großer Mengen von Dollarreserven – insbesondere zu Beginn des Krieges – bewältigt, was den Eindruck erweckte, dass alles unter Kontrolle sei und Israel es sich leisten könne, weiter Krieg zu führen. Dieser Trick funktionierte, vor allem bei internationalen Investoren.

Dies führte zu der grotesken Situation, dass israelische Ökonomen auf Hebräisch schrieben: „Ist es nicht seltsam, dass die Ratingagenturen Israels Bonität nur um eine Stufe herabstufen? Sie glauben immer noch, dass die Regierung ihre Schulden zurückzahlen wird. Wie naiv können sie denn sein?“ Und andererseits weigern sich die Ratingagenturen, obwohl sie sicherlich die israelischen Wirtschaftsmedien lesen, zu reagieren.

Dahinter steckt m. E. eine Art Komplizenschaft der internationalen Wirtschaftsmedien. Sie befürchten, dass sie als „antiisraelisch“ beschuldigt werden, wenn sie über die Fakten berichten. Sie sehen, wie die Regierungen der USA, Großbritanniens und Deutschlands Lügen verbreiten und so tun, als würde Israel lediglich einen vorübergehenden Konjunkturrückgang erleiden. Wenn die Wirtschaftsmedien diesen Regierungen widersprechen, riskieren sie Repressionen, weshalb sie es vorziehen, ihren Lesern die Informationen vorzuenthalten. Aufgrund dieser voreingenommenen Berichterstattung scheuen sich auch die Ratingagenturen, faktenbasierte Entscheidungen zu treffen.

Wie wirkt sich diese wirtschaftliche Lage auf das tägliche Leben der Israelis aus?

Es gibt einen sehr großen Unterschied zwischen der Reaktion des Aktienmarktes oder der Währungsparität und den tatsächlichen Auswirkungen auf den Lebensstandard.

Ein kürzlich erschienener Artikel in der israelischen Wirtschaftszeitung *The Marker* berechnete die Kosten des Krieges pro Haushalt [unter Vergleich der durchschnittlichen mit der tatsächlichen Wachstumsrate der israelischen Wirtschaft der letzten zwei Jahre] auf 111 000 Schekel. Das entspricht etwa 34 000 US-Dollar – eine sehr hohe Summe.

Wenn mehr als 40 Prozent der israelischen Haushalte jeden Monat mehr ausgeben, als sie verdienen, befinden sie sich bereits in einer Krisensituation. Sie verschulden sich jeden Monat mehr und mehr, nur um sich über Wasser zu halten – um Lebensmittel einzukaufen, die Miete zu bezahlen etc.

Das israelische Sozialversicherungsinstitut hat seinen offiziellen Armutsbericht für 2024 noch nicht veröffent-

licht, aber ein Gegenbericht der NRO Latet hat ergeben, dass sich viele Israelis, die offiziell nicht als arm gelten, dennoch in einer schweren Krise befinden. Der Anteil der Menschen, die sich nicht ausreichend mit Lebensmitteln versorgen können – also als ernährungsunsicher gelten –, stieg 2025 um fast 29 Prozent. Der Bericht beschrieb die Situation als „Ausnahmestand“.

Ein großer Teil der israelischen Haushalte ist bekanntlich seit Jahren „im Minus“, d. h. sie überziehen ihre Konten und kaufen auf Kredit. Sind die Israelis nicht bereits an diese Situation gewöhnt? Was hat sich während des Krieges geändert?

Der Anteil der israelischen Haushalte, die auf Kredit kaufen und ihre Konten überziehen, lag in den letzten fünf Jahren bei etwa 40 Prozent, aber während des Krieges traten zwei Unterschiede zu Tage.

Erstens handelt es sich bei den kreditfinanzierten Produkten weniger um Luxusgüter als vielmehr um Grundbedarfsgüter. Zweitens gibt es einen Unterschied zwischen Haushalten, deren Bankkredite mehr oder weniger gleich bleiben und die jeden Monat Zinsen zahlen, und solchen, deren Schulden jeden Monat steigen und deren Zinszahlungen ebenfalls steigen, bis sie gezwungen sind, Vermögenswerte zu verkaufen. Letztere haben während des Krieges immer mehr zugenommen.

Und währenddessen fließen alle Gelder, alle Aufwendungen und alle Ressourcen der Regierung in den Krieg. Natürlich spüren die Menschen das. Die Lebenshaltungskosten steigen, und das Niveau der staatlichen Dienstleistungen bricht ein – was die Qualität des öffentlichen Verkehrswesens, der Gesundheitsversorgung und der Bildungsangebote angeht. Die Einkommen sinken für fast alle außer für die Reservisten, und diese geben, wie gesagt, nicht mehr aus, als sie verdienen.

Warum aber sind ausländische Investitionen weiterhin hoch, insbesondere in die großen „Exits“ (Übernahmen) im Technologiesektor? Spiegelt dies nicht wider, dass das israelische Wirtschaftsmodell, so verdreht es auch sein mag, nachhaltig ist?

Wenn man die riesigen „Exits“ wie Wiz herausrechnet, sind die Nettoinvestitionen rückläufig, und zwar sehr stark. Die Investitionen gehen dramatisch zurück, insbesondere im Technologiesektor. Aber selbst wenn man sich diese Exits genauer ansieht, stellt man fest, dass die

Steuern, die die israelische Regierung darauf einnehmen dürfte, im Vergleich zum Umfang des Geschäfts lächerlich gering sind.

Im Technologiesektor ist es üblich, dass die Arbeiter:innen Ziehungsrechte haben, was bedeutet, dass insbesondere die gut bezahlten wie die Programmierer:innen tatsächlich Unternehmensanteile besitzen. Wenn also ein ausländisches Unternehmen wie Google die Anteile kauft, kauft es sie tatsächlich von ihnen. Sie werden also reich, aber sie geben dieses Geld nicht in Israel aus, weil sie das Land verlassen. Das Geld wird abgezogen.

Diese Abgänge bedeuten im Grunde genommen, dass der israelische Technologiesektor das Land verlässt. Diese Unternehmen stehen bereits mit einem Bein vor der Tür, und das andere Bein, das noch in Israel steht, will ebenfalls weg.

Israels Verhalten während des Gaza-Krieges wurde einmal als eine Form des militärischen Keynesianismus beschrieben, was darauf hindeutet, dass dies zumindest ein einigermaßen gangbarer wirtschaftlicher Ansatz ist. Könnten Sie das näher erläutern?

Zunächst einmal: So etwas wie einen militärischen Keynesianismus im 21. Jahrhundert gibt es nicht – nirgendwo auf der Welt. Es handelt sich um eine Theorie, die hauptsächlich in den 1960er Jahren entwickelt wurde und während des Kalten Krieges auf eine düstere und makabre Weise irgendwie Sinn ergab. Im Grunde genommen schufen die Regierungen der USA und Westeuropas künstlich Arbeitsplätze, indem sie viel Geld für Waffen ausgaben, anstatt in Sozialleistungen, Bildung und eine gesunde Gesellschaft zu investieren, und überzeugten die Öffentlichkeit aus Angst vor einer nuklearen Vernichtung davon, dies zu akzeptieren.

Da der wirtschaftlich effektive Wert von Waffen jedoch gleich Null ist – ja sogar negativ, da Waffen eher zerstören als produzieren –, funktionierte dies nur für kurze Zeit. In den 1970er Jahren kam es zu einer Krise, woraufhin der Neoliberalismus aufkam und forderte, dass auch die Militärausgaben gekürzt werden müssten.

Nun hat der israelische Finanzminister Bezalel Smotrich die verrückte Idee: „Hey, wo liegt das Problem? Lasst uns zu den guten alten Zeiten der 1960er Jahre zurückkehren und einfach eine Nation in Uniform haben, und statt zur Arbeit zu gehen, gehen die Menschen zum Reservedienst.“ Aber man kann nicht einfach zurückgehen.

Das liegt daran, dass der Welthandel zur Zeit des militärischen Keynesianismus nur einen Bruchteil dessen ausmachte, was er heute ist. Konsumgüterunternehmen, die unter der geschrumpften Kaufkraft der Menschen litten, hätten nicht einfach in ein anderes Land umziehen können. Heute sind einige Israelis aus persönlichen, gesundheitlichen und familiären Gründen tatsächlich an Israel gefesselt und müssen sich notgedrungen innerhalb der Kriegswirtschaft zurechtfinden, auch wenn ihr Lebensstandard sinkt. Aber das Kapital kennt solche Einschränkungen nicht und kann einfach in andere Länder fließen.

Was ist mit Südafrika während der Apartheid und Russland heute? Könnte es Israel nicht wie diese Regime handhaben und seine Wirtschaft entlang der militärischen Erfordernisse umstellen?

Zunächst dürfen wir nicht vergessen, dass das Apartheidregime in Südafrika am Ende zusammengebrochen ist. Aber jahrelang konnte es sich trotz breiter Boykotte halten, da es reich an natürlichen Ressourcen war und eine relativ autarke Wirtschaft hatte. Dies trifft sicherlich nicht auf Israel zu, das stark vom Außenhandel abhängig ist und die Bevölkerung nicht in ständiger Kriegsbereitschaft halten kann. Israel ist in allen Wirtschaftszweigen auf den Import von Energie, Rohstoffen, Technologie, Komponenten und Fertigprodukten angewiesen. Gleichzeitig hängt das Land vom Export ab, um den eigenen Haushalt zu finanzieren und Devisen für die Importe zu erhalten.

Russland hingegen dürfte m. E. seine Wirtschaft durch den Verkauf von Waffen, Öl und anderen natürlichen Ressourcen an andere Länder aufrechterhalten. Und darin liegt wohl der Hauptunterschied zwischen Russland und Israel. Denn Russland hat infolge des Krieges in der Ukraine seinen internationalen Einfluss in der Tat ausweiten können – Länder wie China, Indien, Iran und die Türkei wollen durchaus ihre Beziehungen zu Russland intensivieren – während sich Israel durch seine Kriege diplomatisch von seinen eigenen Verbündeten eher isoliert.

Israel hat versucht, neue Allianzen und Handelspartnerschaften außerhalb der westlichen Länder aufzubauen, was jedoch größtenteils gescheitert ist. Europa bleibt Israels größter Handelspartner, gefolgt von den USA. Durch die Abraham-Abkommen sollte Israel mehr Einfluss und Bündnispartner gewinnen, aber in praxi ist kaum mehr als ein Waffenhandel zustande gekommen, der ohnehin bereits vor den Abkommen bestanden hat. Aber nachdem die Vereinigten Arabischen Emirate nach dem israelischen Angriff in Doha israelische Unternehmen von der Waffen-

messe in Dubai ausgeschlossen haben, bleibt ohnehin abzuwarten, was von den Abraham-Abkommen übrig bleibt.

Bis vor Kurzem haben Sie auch das Militärembargo im offiziellen Komitee der BDS-Bewegung koordiniert. Daher würde mich Ihre Einschätzung zum aktuellen Stand der Kampagne für ein Waffenembargo gegen Israel nach zwei Kriegsjahren und zu den weiteren Perspektiven interessieren.

Als ich damit 2022 anfang, glaubte ich fest an die Militärembargo-Kampagne, ging aber davon aus, dass sie wahrscheinlich als letzter Aspekt der BDS-Bewegung Erfolg haben würde, da Einzelpersonen Waffen nicht wirklich boykottieren können. Ich erwartete zunächst Boykottkampagnen gegen Konsumgüterunternehmen, dann Desinvestitionskampagnen und schließlich, wenn die Sanktionen an Fahrt gewinnen, ein Militärembargo.

Ich hatte also langfristig geplant. Doch als Israel dann mit dem Völkermord begann, saß ich plötzlich Ministern verschiedener Regierungen gegenüber und erklärte ihnen, dass der Waffenhandel ihres Landes mit Israel gegen geltendes Recht verstößt. Sie rutschten unruhig auf ihren Stühlen hin und her und mussten schließlich zustimmen, dass dies der Wahrheit entspricht.

Sie befanden sich damit in einer äußerst schwierigen Lage, und viele Regierungen ergriffen tatsächlich Maßnahmen. Nicht genug und nicht schnell genug – wir können und sollten immer mehr fordern –, aber wenn ich mir das Tempo ansehe, mit dem die Militärembargos in verschiedenen Ländern, insbesondere im globalen Süden, aber auch in Europa, zugenommen haben, ist das wirklich unglaublich.

Und dies ist nicht mit anderen Völkermordfällen vergleichbar. Sicher, den meisten Ländern der Welt waren die Beziehungen zum ruandischen Regime nicht sonderlich wichtig, daher hielten sie sich an das Völkerrecht und verhängten ein Waffenembargo. Doch es gab Länder – wie Israel –, die das Embargo brachen und dafür nicht bestraft wurden. Jetzt sehen wir jedoch, dass Hafenarbeiter in Ländern, die das Waffenembargo nicht durchsetzen, sagen: „In diesem Fall haben wir eine rechtliche und moralische Verpflichtung, die Waffen nicht auf die Schiffe zu verladen.“

Und die USA, der größte Waffenlieferant Israels – und natürlich derjenige, der die größte Mitschuld trägt und am meisten daran interessiert ist, den Völkermord andauern zu lassen –, stehen weiterhin vor einem gravierenden logistischen Problem, da die Waffen auf ihrem Weg nach Israel durch Europa transportiert werden müssen. Anders ist es

technisch schlichtweg nicht möglich. Aus diesem Grund sind sogar die US-Waffenlieferungen an Israel betroffen.

Wie schätzen Sie die wirtschaftliche Entwicklung Israels in den kommenden Jahren ein?

Wenn ich die wirtschaftliche Entwicklung vorhersagen könnte, wäre ich reich. Wir sollten aber aufmerksam beobachten, wie hoch das Finanzministerium Ende des Jahres die tatsächlichen Kriegsausgaben im Vergleich zu den im Haushalt 2025 veranschlagten Mitteln beziffert. Ich gehe davon aus, dass viele internationale Investoren und Institutionen ihr Vertrauen verlieren werden.

Längerfristig gesehen, warnt die israelische Zentralbank zwar davor, dass es bloß zu einem langsamen, wenn überhaupt vorhandenen wirtschaftlichen Aufschwung kommt, doch die Bevölkerung erwartet eine rasche Besserung. Die Enttäuschung wird die israelische Gesellschaft hart treffen, und wenn das zu einer verstärkten Abwanderung von Fachkräften führt, wird das israelische Militär innerhalb von zwei bis drei Jahren nicht mehr als moderne Armee einsatzfähig sein.

Anzeichen dafür zeigen sich bereits im Verfall der militärischen Disziplin. Einige Einheiten verwenden eigene Abzeichen, operieren ungestraft und folgen informellen Befehlsketten. Im Westjordanland schließen sich immer mehr Soldaten Siedlermilizen an und beteiligen sich an Pogromen gegen Palästinenser:innen. Während Tausende Soldaten psychisch und moralisch zusammenbrechen und Tausende weitere das Land verlassen, erhöht die Regierung die Reservistenlöhne. Das Ergebnis ist eine Art Söldnertruppe, die von Einheit zu Einheit wandert, anstatt in einer geschlossenen, disziplinierten Struktur zu dienen. In diesem Sinne spiegelt sich der Zerfall der israelischen Gesellschaft zunehmend auch im Militär wider.

Aus +972 Magazine vom 16. Dezember 2025

Übersetzung: MiWe



ARN STROHMMEYER: DER VERRAT AM HOLOCAUST

Wie Deutschland und Israel durch den Völkermord in Gaza ihre moralische Legalität verloren haben

Gabriele Schäfer Verlag. ISBN 978-3-910594-47-0, 2026, 165 S., 21 €.

■ Hermann Dierkes

Der Bremer Schriftsteller Arn Strohmeier hat inzwischen fast 20 sehr informative und orientierende Bücher und Broschüren zu den eng verflochtenen Themen Israel/Palästina, Antisemitismus/Antizionismus, das Verhältnis Deutschland – Israel, Holocaust und Erinnerungspolitik herausgegeben. Seine neueste Publikation unter dem Titel „Der Verrat am Holocaust“ ist wieder einmal eine gelungene Streitschrift gegen den medialen Mainstream, die regierungsamtliche und auch parteipolitisch – auch nach über zwei Jahren barbarischen Vorgehens der israelischen Seite – immer noch weitgehend gleichgeschaltete Fehlpositionierung.

Der Völkermord in Gaza – und an den Palästinensern insgesamt – durch Israel, seine Armee und seine internationalen Komplizen, der inzwischen in weiten Teilen der Weltbevölkerung Verurteilung findet, muss auch die Sonderbeziehung zwischen Deutschland und Israel, so der Autor, unabdingbar korrigieren, weil sie ihre Basis verloren hat. „Der Völkermord in Gaza hat“, so der Autor, „die politischen, historischen und moralischen Parameter in der Welt vollständig verschoben (...) Israel – dieser Staat wurde mit Berufung auf den Holocaust gegründet – ist selbst zum endgültigen Täter geworden, denn Täter und nicht Opfer war es auch vorher schon. Und Deutschland hat Israels inhumane Gewaltpolitik Jahrzehntlang unterstützt und diesem Staat beim Genozid in Gaza mit Waffen und moralischer Unterstützung Hilfe und Beistand geleistet. Es war neben den USA Mittäter an dem Völkermord.“ Und weiter: „Das Ziel einer Vergangenheitsbewältigung kann nur darin bestehen, eine Wiederholung der Ver-

gangenheit unmöglich zu machen und einen wirklichen Neubeginn herbeizuführen. Das heißt auf Deutschland und Israel bezogen: Die Erinnerungspolitik beider Staaten muss als gescheitert betrachtet werden. Sie haben nichts aus dem Holocaust gelernt – sie haben ihn verraten!“ Wie es zu diesem Verrat gekommen ist, was er bedeutet und was aus ihm folgt, ist das Thema von Arn Strohmeiers neuem Buch.

Der Autor unterstützt seine Standpunkte mit wesentlichen Aussagen von Historikern, Holocaustforschern, Psychologen, Schriftstellern und Journalisten, darunter Omer Bartov, Daniel Blatman, Avram Burg, Amos Goldberg, Gideon Levy, Ilan Pappé, Shlomo Sand, Avi Shlaim und Moshe Zuckermann.

Arn Strohmeiers Streitschrift ist weite Verbreitung zu wünschen. Sie gehört – gewissermaßen als Gegengift gegen den toxischen öffentlichen Diskurs – auch in die öffentlichen Bibliotheken, Schul- und Gewerkschaftsbüchereien.

Hermann Dierkes, Jg. 1949. Seit 1971 aktiv in der politischen Linken. Hat 30 Jahre in der Stahlindustrie gearbeitet, war IG Metall-Betriebsrat und langjähriger Vorsitzender der Linksfraktion im Duisburger Stadtrat. Lebt als Rentner in Schweden.

DER ANGRIFF DER USA AUF VENEZUELA UND DIE NEUE WELT(UN)ORDNUNG

Der Angriff der USA auf Venezuela, die Entführung des Präsidenten und die Ankündigung, sich die Ressourcen des Landes anzueignen, versetzen uns zurück in die Zeit der Kolonialherrschaft, als das Recht des Stärkeren herrschte.

■ **Luis Bonilla-Molina**

Die gesamte internationale Rechtsordnung wurde am 3. Jänner 2026 bis ins Mark getroffen. Die militärische Intervention der USA gegen Venezuela, die Entführung von Präsident Nicolás Maduro und seiner Frau sowie die Ankündigung, eine von den USA abhängige Regierung zu installieren, versetzen uns zurück in die Zeit der Kolonialherrschaft, als das Recht des Stärkeren herrschte. Ganz Lateinamerika hat einen Schlag gegen seine Würde und Souveränität erlitten, von dem es sich nicht so leicht erholen wird.

Mit der Wiederbelebung der Monroe-Doktrin in ihrer Trump'schen Version sind die USA in eine neue aggressive Phase eingetreten. Die Angriffe richten sich vorrangig gegen Gebiete mit reichen Bodenschätzen, um sich diese anzueignen. Keine Region [auf dem amerikanischen Kontinent] wird von dieser Politik verschont bleiben.

Der Anführer der mächtigsten Nation der Welt hat inzwischen bestätigt, dass der Angriff der USA ausgehend von 20 Stützpunkten in den frühen Morgenstunden des 3. Jänner 2026 erfolgte. Dabei kamen 150 Flugzeuge sowie bewaffnete Hubschrauber und Drohnen der neuesten Generation zum Einsatz. Ziel der Operation war es, die venezolanische Regierung zu stürzen, ihre Streitkräfte sowie die Zivilbevölkerung zu massakrieren und Staatsstreiche eines neuen Typus zu kreieren, die das Weiße

Haus selbst mit Hilfe seiner See- und Luftstreitkräfte durchführt.

Damit wurde eine neue Ära der territorialen Vorherrschaft der USA auf dem Kontinent eingeleitet, und alle, die glaubten, es hätte sich bloß um Imponiergehabe gehandelt, wurden Lügen gestraft. Trumps Worte ließen an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig: „Venezuela muss sich darüber im Klaren sein, dass das, was Maduro widerfahren ist, jedem passieren kann, der so wie er auftritt.“

„Die USA werden den Übergang begleiten, bis das Land auf Kurs ist“, lautet die unverhohlenen neokoloniale Botschaft Trumps. Weder Maduro noch [Vizepräsidentin] Delcy Rodríguez, nicht einmal [die Oppositionsführer] María Corina Machado oder Edmundo González Urrutia sind für Trump nationale Persönlichkeiten, die das Format hätten, den neokolonialen Übergang einzuleiten. Er setzt auf eine „Gruppe guter Leute“ seiner Wahl – also eine unterwürfige und bedingungslos ergebene Übergangsregierung „Made in USA“ –, die den Übergang in die Hand nehmen soll.

Aber damit nicht genug: Donald Trump kündigte weiters an, dass er Kuba im Auge behalten werde, worauf [US-Außenminister] Marco Rubio hinzufügte: „Würde ich in Havanna leben, wäre ich beunruhigt.“ Das heißt im Umkehrschluss, dass nur die gemeinsame Verteidigung

der venezolanischen Souveränität die Souveränität der gesamten Region gewährleisten kann. Nur ein geeintes Lateinamerika kann der neokolonialen Offensive der USA die Stirn bieten.

María Corina Machado, eine Ultra-Rechte, die den Völkermord in Gaza begrüßt hat und mit allen Illiberalen auf gutem Fuß steht, war zweifellos das Trojanische Pferd der US-Vorgängerregierungen. Die Tatsache, dass Machado, wie auch Trump einräumt, aufgrund ihrer polarisierenden Reden über wenig Rückhalt in der venezolanischen Bevölkerung verfügt, beunruhigt die USA allerdings weniger als die Gefahr, Venezuela könnte unter Machados Führung irgendwann doch in Widerspruch zur neokolonialen Agenda der USA geraten. Sie so abrupt auszubremsen, zeigt, dass die USA eine Führung mit Massengrundlage an der Staats- und Regierungsspitze von Venezuela unter allen Umständen verhindern wollen. Sie bevorzugen schwache Regierungen, denen der Draht zu den Massen fehlt, Regierungen, die unfähig sind, sich gegen die neokoloniale Offensive der Gringos zu behaupten.

Trump hat angedroht, dass sich der militärische Angriff auf Venezuela jederzeit wiederholen könnte, falls die verbliebenen Anhänger Maduros einem neokolonialen Übergang nicht umgehend zustimmen. Darauf reagierte Vizepräsidentin Delcy Rodríguez mit der Aussage, der einzige Präsident Venezuelas sei der entführte Nicolás Maduro. Die Tatsache, dass Venezuela seit einigen Stunden ohne amtierenden Präsidenten im Land ist, schafft jedoch ein gefährliches Machtvakuum. Für den weiteren Verlauf der Ereignisse werden die nächsten Stunden entscheidend sein.

Die Entführung Maduros und die Nachfolge im Präsidentenamt

Wie Donald Trump und sein Kriegskabinett mitteilten, waren die Festnahme und Entführung Maduros, für die es keine Rechtsgrundlage gibt, Teil einer seit Monaten geplanten Operation, bei der Geheimdienste wie die CIA mit der US-Armee vor Ort kooperierten. Sobald man den Wohnort von Maduro ausfindig gemacht hatte, wurden seine Leibwächter überwältigt und Maduro zusammen mit seiner Frau festgenommen, um sie außer Landes zu bringen. Für seine Verurteilung wird die US-Justiz zuständig sein.

Das Machtvakuum, das durch die Entführung Maduros entstanden ist, muss umgehend durch die Aktivierung der Befehlskette beseitigt werden. Die Verfassung von 1999 sieht vor, dass die Aufgaben des Staatsoberhauptes bei

vorübergehender oder dauerhafter Abwesenheit des Staatsoberhauptes vom Vizepräsidenten übernommen werden müssen – im aktuellen Fall von Delcy Rodríguez.

Handelt es sich um eine dauerhafte Abwesenheit, muss Rodríguez als Präsidentin vereidigt werden und innerhalb von 30 Tagen Wahlen einberufen. Wenn sie hingegen aufgrund einer vorübergehenden Abwesenheit des Präsidenten das Amt übernimmt, kann sie 90 Tage im Amt bleiben – mit der Möglichkeit einer Verlängerung um weitere 90 Tage, d. h. sie könnte sechs Monate lang an der Spitze der Regierung stehen. Nach sechzehn Stunden ohne amtierenden Präsidenten gab es weder Hinweise auf eine dauerhafte Nachfolgeregelung noch auf Vorkehrungen für den Fall einer vorübergehenden Abwesenheit. Dadurch ist das Land praktisch unregierbar und befindet sich in einem gefährlichen Machtvakuum.

Die Fakten

Die Operation wurde am 3. Jänner 2026 um 2:00 Uhr Ortszeit begonnen und war um 3:29 Uhr zu Ende. Während dieser Zeit überflogen hypermoderne Flugzeuge, Drohnen mit Raketen, bewaffnete Hubschrauber und auf heikle Operationen spezialisierte Einheiten völlig ungestraft den Luftraum über Caracas. Der militärische Widerstand vor Ort war minimal. Während sich die gesamte Bevölkerung über die Lage im Regierungspalast Miraflores Gedanken machte, wurde Maduro in seiner Residenz, einem klimatisierten Bunker innerhalb der Militäranlage Fuerte Tiuna, gefangen genommen und außer Landes gebracht. Der Angriff der USA stellt einen eklatanten Verstoß gegen Artikel 1 und 2 der Charta der Vereinten Nationen dar, die die Unverletzlichkeit der Souveränität sowie die rechtliche Gleichheit aller Staaten postulieren und die gewaltsame Eroberung oder Annexion von Gebieten für unzulässig erklären.

Ein Aspekt, der bei der Analyse des US-Angriffs auffällt, ist der geringe bzw. gänzlich fehlende Widerstand der venezolanischen Streitkräfte. Die US-amerikanischen Flugzeuge konnten sich eineinhalb Stunden lang völlig ungehindert bewegen und vorab definierte Ziele angreifen. Trumps Team gab wenige Stunden später bekannt, dass nur ein einziges [US-amerikanisches] Flugzeug getroffen wurde, das jedoch zur Operationsbasis zurückkehren konnte.

In den sozialen Netzwerken kursierte indessen das falsche Gerücht, es würde sich um einen internen Putsch handeln, bei dem der Verteidigungsminister ums Leben gekommen sei. Noch in den frühen Morgenstunden trat

Verteidigungsminister Vladimir Padrino lebhaftig auf und bestätigte den Luftangriff der USA mit ultramodernen Raketen. Er ergänzte, dass auch die Bundesstaaten Miranda, Aragua und La Guaira von dieser Offensive betroffen waren, ohne jedoch Zahlen zu Todesopfern und Verletzten zu nennen. Kurz darauf erklärte Innen- und Justizminister Diosdado Cabello, dass es nach den Angriffen keine Probleme mit der öffentlichen Ordnung gebe und die Grundversorgung reibungslos funktioniere, obwohl einige Stadtteile von Caracas Stromausfälle gemeldet hatten.

Um 3:54 Uhr verurteilte die venezolanische Regierung in einem offiziellen Kommuniqué die militärische Aggression der Regierung Trump gegen venezolanisches Hoheitsgebiet, ohne jedoch Angaben zum Verbleib von Nicolás Maduro zu machen. Auffällig ist, dass die Erklärung entgegen der gängigen bürokratischen Zeitverzögerungen in Rekordzeit veröffentlicht wurde.

Um 5:20 Uhr verhängte Verteidigungsminister Vladimir Padrino López per Dekret den Ausnahmezustand für das gesamte Staatsgebiet. Ohne ein Wort über das Schicksal des Präsidenten zu verlieren, bekräftigte er seine Loyalität gegenüber Maduro, der sich bereits in den USA befand.

Um 5:40 Uhr wurde ein Kommuniqué der ALBA-TCP¹ bekannt, das die militärische Aggression der USA gegen Venezuela scharf zurückwies.

Gegen 6:00 Uhr verurteilte der kubanische Präsident Miguel Díaz Canel den militärischen Angriff auf das Geburtsland von Simón Bolívar. Wenig später folgte eine diesbezügliche Stellungnahme des kolumbianischen Präsidenten Gustavo Petro.

Um 6:23 Uhr forderte Vizepräsidentin Delcy Rodríguez einen Nachweis, dass Präsident Maduro noch am Leben sei, da sie davon ausging, dass er durch eine Militäroperation der USA entführt worden war. Minuten später bekundete die mit Maduro verbündete türkische Regierung ihre Unterstützung für die Bolivarische Republik Venezuela.

Um 6:46 Uhr sickerte schließlich durch, dass das venezolanische Außenministerium eine Dringlichkeitssitzung des UN-Sicherheitsrats beantragt hatte. Minuten später verurteilte der Kreml die US-Aggression gegen Venezuela.

Um 8:12 Uhr forderte Tarek William Saab, der Generalstaatsanwalt von Venezuela, von der Regierung Donald Trumps einen Nachweis, dass Präsident Maduro noch am Leben sei. Acht Minuten später verurteilte der brasilianische Außenminister im Namen der Regierung die militärische Aggression der USA gegen Venezuela aufs Schärfste.

Um 8:39 Uhr stellte der britische Premierminister Keir Starmer klar, dass London „in keiner Weise“ an der Operation beteiligt war.

Um 8:47 verurteilte auch Uruguay die militärische Intervention der USA als eindeutigen Verstoß gegen das Völkerrecht und die UN-Charta. Fünf Minuten später wurde bekannt, dass der spanische Außenminister mit hochrangigen Vertretern der EU zu einer Krisensitzung über Venezuela zusammengetreten war.

Um 8:57 Uhr wies die mexikanische Regierung die einseitige Militäroperation der US-amerikanischen Streitkräfte gegen Ziele auf dem Hoheitsgebiet der Bolivari-schen Republik Venezuela aufs Schärfste zurück. Wenige Minuten später erklärte [der brasilianische] Präsident Ignacio Lula da Silva, dass die USA mit dieser Militäroperation eine inakzeptable Grenze überschritten hätten.

Um 9:30 Uhr gab die US-amerikanische Justizministerin Pamela Bondi bekannt, dass sich Präsident Maduro vor US-amerikanischen Gerichten verantworten müsse.

In den folgenden Stunden verurteilten weitere Staaten, darunter Russland, China und Südafrika, sowie die Karibische Gemeinschaft Caricom den Angriff. Sie forderten die Einhaltung des Völkerrechts und kündigten an, diplomatischen Druck auszuüben.

Am Nachmittag gab Vizepräsidentin Delcy Rodríguez in Begleitung der obersten Streitkräfte und offizieller Vertreter eine Erklärung ab, um klarzustellen, dass Nicolás Maduro der Präsident Venezuelas sei, womit sie sich neuerlich auf das gefährliche Terrain eines Machtvakuum begab. Am späten Abend jedoch wurde Delcy Rodríguez vom Obersten Gerichtshof als stellvertretende Präsidentin für die vorübergehende Abwesenheit des Präsidenten vereidigt, was ihr erlaubt, für 180 Tage an der Spitze der Exekutive zu stehen – weit länger als der Zeitraum von einem Monat, der für die Einberufung und Durchführung von Neuwahlen erforderlich ist.

Trumps Pressekonferenz: kein Ende der Aggression

Die Pressekonferenz des US-Präsidenten fand am Samstag, dem 3. Jänner 2026, um 12:45 Uhr venezolanischer Zeit statt. Die zentralen Punkte seiner Botschaft waren:

a Trump bestätigt die Festnahme von Maduro. Man habe mit ihm zwar über einen Übergang verhandelt, aber die Gespräche seien ins Stocken geraten.

b Er droht mit einem Angriff weit größeren Ausmaßes, falls es nicht rasch zu einer Einigung mit Venezuela kommen sollte. Damit wäre die Operation vom 3. Jänner 2026

der Beginn und nicht das Ende des militärischen Konflikts.

c Er kündigt die Entschlossenheit der USA an, die Lage in Venezuela weiterhin unter Kontrolle zu halten, die Seeblockade aufrechtzuerhalten und eine Regierung aus „guten Leuten“ aufzustellen, die ihm und seinem Team unter der Leitung des Kriegsministers, des Ministers für Nationale Sicherheit und des Generalstabs der US-Armee unterstehen.

d María Corina Machado soll laut Trump nicht die zentrale Figur während des Übergangs sein, denn „sie hätte es als Staatsoberhaupt nicht leicht. Sie ist eine großartige Frau, aber ihr fehlt der Rückhalt in der Bevölkerung.“

e Trump erkennt Delcy Rodríguez als Nachfolgerin an, um mit ihr den Übergang auszuhandeln, aber nicht, um sie dauerhaft an der Macht zu halten: „Sie [die Venezolaner] haben eine von Maduro eingesetzte Vizepräsidentin, die jetzt höchstwahrscheinlich die Präsidentin ist. Sie hat mit Marco Rubio gesprochen und uns versichert, dass sie tun werde, was wir sagen. Sie möchte es anders machen als Maduro.“

f Die USA werden den Übergang so lange unter Kontrolle behalten, bis das volle Potenzial der Ölindustrie wiederhergestellt ist und die „Erholung des Landes“ in Gang kommt.

Mit seinen Aussagen bestätigt Trump den neokolonialen Status Venezuelas und den Verlust seiner territorialen und politischen Souveränität. Trumps Bestreben, sich den Reichtum Venezuelas (insbesondere seine Energieressourcen) anzueignen, äußert sich nicht zuletzt in der irrwitzigen Forderung nach Rückgabe [angeblich] annektierter Gebiete, die niemals zu Nordamerika gehört haben.

Auf dieser Pressekonferenz gab Donald Trump praktisch grünes Licht für seine nationale Sicherheitsstrategie, deren Logik zufolge er den gesamten Kontinent (und die gesamte westliche Hemisphäre) als Erweiterung seiner imperialen Grenzen betrachtet.

Fragen, die Antworten verlangen

Derzeit sind zahlreiche Fragen offen, die noch keine gründlichere Analyse erlauben. Warum haben das Militär und die Leibwache von Präsident Maduro so katastrophal versagt? Warum war die militärische Reaktion auf die US-Operation so schwach bzw. praktisch nicht vorhanden? Wem nützt ein Übergang ohne Maduro bzw. ohne María Corina Machado? Warum hat sich die [venezolanische] Regierung erst mit beträchtlicher Verspätung zur Entführung Maduros geäußert? Steht eine Machtübergabe

an eine zivil-militärische Junta bevor, die zwischen der derzeitigen [venezolanischen] Regierung und der Trump-Administration ausgehandelt wurde? Würde im Fall des Scheiterns der Verhandlungen eine militärische Operation von längerer Dauer folgen, bis der Madurismus endgültig zerschlagen ist? Werden die USA bis zur Stabilisierung der Lage im Land Militärstützpunkte auf venezolanischem Boden errichten?

Die Reaktion der Bevölkerung

Vizepräsidentin Delcy Rodríguez – die amtierende Präsidentin gemäß der verfassungsmäßig vorgesehenen Nachfolgeregelung für das Präsidentenamt – hat die Bevölkerung zur Unterstützung von Präsident Maduro und der bolivarianischen Regierung aufgerufen. Aber anders als beim Staatsstreich gegen Chávez im Jahr 2002 hat der Appell, für Maduro auf die Straßen zu gehen, auch fast 24 Stunden nach Beginn der Feindseligkeiten seitens der Trump-Regierung so gut wie kein Echo in der Bevölkerung gefunden. Es gab lediglich verschwindend kleine Versammlungen von jeweils etwa 100 Personen, die vom staatlichen Fernsehsender übertragen wurden. Eine allgemeine anti-imperialistische Stimmung ist kaum spürbar, da weite Teile der Bevölkerung Maduro aus tiefstem Herzen ablehnen.

Auch wenn es derzeit vorrangig um Anti-Imperialismus und um Kritik an der Einmischung der USA in die Angelegenheiten Venezuelas geht, darf man nicht vergessen, dass die Enttäuschung großer Teile der Bevölkerung über den venezolanischen Nationalismus auf gravierende Fehler der Regierung Maduro zurückzuführen ist. Maduro hat bewusst auf die populären Sozialprogramme von [seinem Vorgänger] Chávez verzichtet, um neoliberale Rezepte mit linker Rhetorik durchzusetzen. Maduro selbst ist der Architekt des Niedergangs der anti-imperialistischen Stimmung in Venezuela. Das Phänomen des Madurismus hat sich letztendlich gegen seinen Erfinder gewendet.

Was tun?

Alle demokratischen, fortschrittlichen, linken und revolutionären Kräfte sind aufgerufen, sich in einem bunten und breit gefächerten globalen Bündnis zusammenzuschließen. In Zeiten des Trumpismus und seiner nationalen Sicherheitsdoktrin müssen anti-imperialistische Initiativen und der Kampf um die Souveränität und das Selbstbestimmungsrecht der Völker weltweit Priorität haben.

Es ist höchste Zeit, das Gemeinsame vor das Trennende zu stellen. In diesem Sinn unterstützen wir den Aufruf

zahlreicher internationaler Initiativen zu einer virtuellen Konferenz am 10. Jänner – mit dem Ziel, eine globale anti-imperialistische Plattform zu gründen.

Angeichts der neokolonialen Offensive der USA gilt es, die Souveränität und das Selbstbestimmungsrecht der Völker durch breitestmögliche Bündnisse zu verteidigen.

03.01.2026

Luis Bonilla Molina ist ein venezolanischer Sozial- und Bildungswissenschaftler sowie politischer Aktivist, der sich vor allem für qualitativ hochwertige kostenlose öffentliche Bildung einsetzt (<https://luisbonillamolina.com/acerca-del-autor/>).

Quelle: <https://vientosur.info/estados-unidos-toma-por-asalto-el-territorio-y-el-gobierno-de-venezuela/>

Übersetzung aus dem Spanischen: E. F.

1 Alianza Bolivariana para los Pueblos de Nuestra América, von Venezuela und Kuba ins Leben gerufenes Übereinkommen von zehn (meist kleineren) lateinamerikanischen und karibischen Staaten zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit.



Wer wir sind und was wir wollen

Die Vierte Internationale tritt für die Selbstorganisation der Ausgebeuteten und Unterdrückten zur Abschaffung des Kapitalismus und zum Aufbau eines ökosozialistischen Systems ein. Ihre Mitgliedsorganisationen eint die Überzeugung, dass dies ohne eine tiefgreifende und revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft nicht möglich ist.

Unsere Gründungsprinzipien stehen in der klassischen marxistischen Tradition: Demokratie, „die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiterklasse selbst sein“; und Internationalismus, „der Sozialismus wird international sein oder er wird nicht sein“. In unserer Resolution von 1985 haben wir diese Prinzipien den neuen Herausforderungen angepasst.

Die Vierte Internationale ist auf allen fünf Kontinenten mit Organisationen in über 40 Ländern vertreten. Ihre Genoss:innen beteiligen sich am Klassenkampf und bauen soziale Bewegungen und Parteien auf, um die Schaffung einer revolutionären und emanzipatorischen Organisation für das 21. Jahrhundert voranzutreiben.

Als demokratische politische Strömung kommt sie alle sieben bis acht Jahre zu einem Weltkongress zusammen, auf dem ihre regelmäßig rechenschaftspflichtigen Führungsgremien gewählt werden: das Internationale Komitee als politische Führung und das Exekutivbüro.

Die Vierte Internationale unterhält ein internationales Forschungs- und Schulungsinstitut in Amsterdam (IIRE), das auch Kongresse in Asien unterstützt und politische Schulungen mit jährlichen Intensivkursen für Aktivist:innen aller Altersgruppen anbietet. Das IIRE organisiert auch Seminare zu Ökologie, Frauenbewegung, Wirtschaft, Rassismusbekämpfung, LGTBQ und anderen Themen, in denen Aktivist:innen aus der ganzen Welt aus ihrer Praxis berichten, um unsere Analyse dieser Themen zu vertiefen und unsere kollektive Praxis zu stärken.

Die Vierte Internationale führt jedes Jahr ein internationales Jugendlager durch, das von den Jugendorganisationen ihrer europäischen Sektionen selbstorganisiert wird und jedes Jahr in einem anderen europäischen Land stattfindet.

<https://fourth.international/>

MANIFEST FÜR EINE ÖKO-SOZIALISTISCHE REVOLUTION

Im Februar 2025 verabschiedete die Vierte Internationale *das Manifest für eine ökosozialistische Revolution. Mit dem kapitalistischen Wachstum brechen!*

■ Redaktion der *internationale*

Schon der Titel macht deutlich, dass es bei diesem Text – ähnlich dem Kommunistischen Manifest von 1848 – um sehr grundsätzliche Fragen geht. Im Unterschied zu den bekannten „Klassikertexten“ allerdings spielt hier die ökologische Frage eine absolut zentrale Rolle, und das aus gutem Grund, denn: Wenn die Herausforderungen des Klimawandels, des Artensterbens oder auch der Verseuchung von Böden, Meeren und Luft nicht in absehbarer Zeit gemeistert werden, steht die Menschheit vor einer noch nie da gewesenen Existenzfrage.

Die aktuell sich zuspitzende internationale Konkurrenz und die damit einhergehende gesteigerte Kriegsgefahr sind bedeutsame Merkmale der tiefen Krise, in der der Kapitalismus seit geraumer Zeit steckt. Doch das Manifest ist kein Agitationstext, der vor dem Hintergrund der aktuellen politischen Konjunktur zu dieser oder jener ganz spezifischen Aktion aufruft. Vielmehr will die Vierte Internationale mit diesem Text vor allem zu einer Debatte über die Bewertung der bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung und die einzuschlagende Strategie zur Überwindung dieses Systems einladen.

An dieser Stelle wollen wir nur einige der zentralen Momente des heutigen Kapitalismus zusammenfassen:

1 Die Leiden, die der voll entwickelte Kapitalismus seit dem 19. Jahrhundert verursacht, sind geblieben: Große Teile der Bevölkerung werden sozial und politisch unterdrückt, große Teile der Weltbevölkerung leben in absoluter Armut, Frauen werden durchweg benachteiligt ... Neue Übel und Gefahren sind hinzugekommen, vor allem die dramatische Zunahme der Umweltzerstörung (aber auch etwa die Zunahme von Pandemien).

2 Besonders der Klimawandel hat eine neue Dimension im Kampf gegen das kapitalistische System eingeführt, den Zeitfaktor. Wenn nicht bald eine andere Existenzweise der Menschheit durchgesetzt wird, werden Kippunkte überschritten, die die Katastrophe unbeherrschbar machen. Es droht der Kataklysmus.

3 Die soziologische und vor allem die politische Zersplitterung der Arbeiter:innenklasse macht die Gegenwehr heute so schwierig. Auf der Klasse lasten in den meisten Regionen der Welt die Folgen schwerer Niederlagen. All dies hat das Klassenbewusstsein stark zurückgeworfen, in vielen Bereichen ist es ganz verschwunden.

4 Verschlimmert wird die Gesamtlage durch die seit Jahren sich zuspitzende und umfassende Krise des kapitalistischen Systems (in letzter Konsequenz beruhend auf sinkenden Profitraten), was den rechten Kräften und dem Autoritarismus Auftrieb gibt. Wir sind nicht nur mit einer Krise der Arbeiter:innenbewegung (und im Besonderen ihrer Führung) konfrontiert, sondern mit einer extremen Zuspitzung der politischen Krise (Bewusstseinskrise) der Gesamtgesellschaft, was die Aufgaben nicht leichter macht.

5 Die Beschleunigung des wirtschaftlichen Strukturwandels und die Transformation der Arbeiter:innenklasse sind die Grundlage für die weitgehend ungehinderte Fortführung neoliberaler Politik und damit für eine fortgesetzte Defensive, in der sich die unterdrückten Klassen weltweit (fast ohne Ausnahme) befinden. So werden Belegschaften auch weiterhin international ungehindert gegeneinander ausgespielt, die Daseinsvorsorge und die sozialen Sicherungssysteme abgebaut, Migrant:innen immer schärfer unterdrückt usw.

Was resultiert daraus?

Es braucht eine intensive Debatte über die einzuschlagende Strategie und die Organisation der Gegenwehr. Das Programm, für das es zu kämpfen gilt, umfasst viele Punkte, auf einige wollen wir in einer Artikelserie eingehen. An dieser Stelle hier sei nur ein Punkt besonders hervorgehoben, der in dem Manifest eine große Rolle spielt:

Die drastische Verringerung von Produktion und Energieverbrauch wird immer dringlicher. Nach unserer Einschätzung ist dies die zentrale Herausforderung, die sich auch dann stellt, wenn es nicht zu vermehrten Kriegen kommt, was allerdings zurzeit verstärkt droht. Degrowth ist also keine Forderung, sondern eine Notwendigkeit. Wir stellen klar:

Ein Rückbau darf nicht zulasten der Armen gehen, vor allem nicht im Globalen Süden; er kann nur gelingen, wenn die öffentliche Daseinsvorsorge ausgebaut wird (einschl. der sozialen Sicherungssysteme), wenn der Markt zurückgedrängt wird und wenn ansatzweise eine andere Lebensweise zum Zug kommen kann. Letztlich und in voller Konsequenz kann dies nur erreicht werden, wenn die herrschende Klasse gestürzt ist und andere Produktionsverhältnisse durchgesetzt sind. In diesem Kampf muss uns klar sein: Eine sozialistische Revolution ohne Änderung der Produktion (Rückbau und Umbau) in Verbindung mit einer anderen Existenzweise ist zum Scheitern verurteilt.

Die Ausplünderung der abhängig gehaltenen Länder muss gestoppt werden, zum Beispiel auch, wenn der Globale Norden im Globalen Süden grünen Wasserstoff produzieren will, um damit eine vorgebliche Dekarbonisierung in den Metropolen zu ermöglichen.

Der Lebensraum der Indigenen muss geschützt werden. Sie müssen das uneingeschränkte Recht haben, über ihr Leben und ihre Umwelt zu entscheiden.

Es braucht eine drastische Reduzierung des ökologischen Fußabdrucks in den Metropolen, aber auch eine Änderung der imperialen Lebensweise der sogenannten Mittelschichten des Globalen Südens.

Das Manifest macht in seinem Kapitel 2 deutlich, für welche Welt wir kämpfen. In Kapitel 3 wird die Methode des Übergangsprogramms erläutert und in Kapitel 4 werden die Grundzüge einer ökosozialistischen Alternative zum kapitalistischen Wachstum dargelegt. In der in diesem Heft beginnenden Artikelserie wollen wir auf einige Themen dieses Kapitels eingehen und starten mit einem Artikel zur Frage der Migration (im Manifest lautet die Überschrift zu Punkt 4.6: „Bewegungs- und Aufenthaltsfreiheit auf der Erde. Niemand ist illegal!“)

In den Abschnitten 5 und 6 des Manifests geht es um den anzustrebenden materiellen Rückbau und um die Strategie zur Überwindung des kapitalistischen Systems.

Online ist der Text hier: <https://intersoz.org/mit-dem-kapitalistischen-wachstum-brechen/>

NEU bei ISP



IV. Internationale

Manifest für eine ökosozialistische Revolution Mit dem kapitalistischen Wachstum brechen!

Herausgegeben von:

BfS (Schweiz), ISO (Deutschland),
SOAL (Österreich)

64 Seiten, 4,00 € zzgl. Porto 2,00 €

2025, ISBN 978-3-89900-161-7

Das kapitalistische Profitstreben vergrößert die soziale Ungleichheit und zerstört unseren Planeten und somit den einzig verfügbaren Lebensraum. Statt besinnungslos die Produktion immer weiter und ungeachtet der realen Bedürfnisse voranzutreiben, treten wir für einen demokratischen und revolutionären Sozialismus ein, der den ökologischen und anderen drängenden Herausforderungen gerecht wird.

Das vorliegende Manifest der Vierten Internationale, angenommen auf dem 18. Weltkongress, plädiert für eine andere – ökosozialistische – Gesellschaft und entwirft dafür Übergangsforderungen, die an die jeweiligen Gegebenheiten angepasst werden müssen. Unser zentrales Anliegen hierbei ist, die Kämpfe gegen alle Formen von Ausbeutung, Unterdrückung und Enteignung zusammenzuführen und damit den Erfolg zu ermöglichen.

Neuer ISP Verlag GmbH

Tel.: (0721) 3 11 83

e-mail: neuer.isp.verlag@t-online.de

Internet: www.neuerispverlag.de

FLUCHT, MIGRATION UND UMWELTKRISE – DIE NEUEN ALTEN GESICHTER DES KAPITALISMUS

Migration ist in den weitaus meisten Fällen den Verheerungen des kapitalistischen Systems geschuldet. Gleichzeitig nutzen die Herrschenden die Migration zur Spaltung der Beherrschten und zur Ablenkung von der Systemkrise.

■ Thies Gleiss

Der Kapitalismus erzeugt in den nationalen Ökonomien wie auch auf dem Weltmarkt immer wieder und in der Regel schubweise soziale Erosionsprozesse. Volkswirtschaftlich gesehen handelt es sich um Schwankungen in der Zusammensetzung einer nationalen, aber immer mehr auch weltweiten industriellen Reservearmee. Die Verwandlung von freien Produzent:innen, die mit eigenen Produktionsmitteln ihr Leben und Überleben sichern, in Lohnarbeitskräfte, die ihre Arbeitskraft an die kapitalbesitzende Klasse verkaufen müssen, um zu überleben, ist einer der ungebrochenen ökonomischen Gesetzmäßigkeiten des kapitalistischen Systems. Die Menschen, die von diesem Verkauf der Arbeitskraft abhängig sind, bilden die Arbeiter:innenklasse, die stetig wächst und heute die Mehrheit der Menschen auf der Welt umfasst.

Aus der Sicht der einzelnen Beschäftigten und immer wieder auch im kollektiven, aber politisch rückständigen Bewusstsein der Arbeiter:innenklasse sind diese Menschen Konkurrent:innen um Arbeitsplätze,

Wohnungen und Transferleistungen. Aber sie sind auch Klassenbrüder und Klassenschwestern, die überall unter der Politik im Interesse ein und derselben Klasse von Produktionsmittelbesitzer:innen und Superreichen leiden. Ein gemeinsames Interesse über Landes- und Sprachgrenzen hinweg ist keine Fiktion, sondern Realität – völlig unabhängig davon, ob dieses gemeinsame Interesse auch sofort einsichtig ist oder wie einflussreich die politischen Bemühungen der Herrschenden sind, die Realisierung solcher gemeinsamen Interessen immer wieder zu verstellen.

Linke Politik, die sich vorrangig auf das Mitgestalten und Mitverwalten der kapitalistischen Realität konzentriert und die grundsätzliche Opposition gegen die kapitalistische Eigentumsordnung hintanstellt, hat es schon in Zeiten schwer, in denen der Kapitalismus „gut funktioniert“ und in denen ausreichender ökonomischer Spielraum für materielle Zugeständnisse an die ausgebeuteten Klassen existiert. In Zeiten, in denen die „kapitalistische

Normalität“ unter Druck gerät, sei es durch ökonomische Krisen und dem daraus abgeleiteten harten Klassenkampf von Oben zur Senkung der Lohnquote, oder auch dadurch, dass Millionen Menschen, die in die reichen Länder drängen, weil sie es in den arm gemachten Regionen der Welt nicht mehr aushalten – in solchen Zeiten muss eine Mitmachpolitik der Linken schon im Ansatz scheitern und führt teilweise zu grausamen Randerscheinungen:

„Deutschland kann nicht das Sozialamt der Welt sein“; „die Hilfsbereitschaft einer Nation ist genauso beschränkt, wie die einer Einzelperson“; „Begrenzung der Zuwanderung, insbesondere durch Flüchtlinge ohne politische Motive, ist auch aus linker Sicht nötig“ – all diese gleichklingenden Ausrufe von Rechts und Links drücken in erster Linie Ratlosigkeit und Unkenntnis darüber aus, wie der Kapitalismus funktioniert und in zweiter Linie eine besondere Ausweglosigkeit, weil etwas im Kapitalismus repariert werden soll, was nicht repariert werden kann. Der alte, nationale Klassenkompromiss ist dahin und kommt auch nicht wieder.

Die Linke sollte sich deshalb darum kümmern, wie die Erosionen des globalen Kapitalismus in eine politische Oppositionsbewegung gegen das System insgesamt gewendet werden kann. Ökonomistische Reparaturversuche können nur im Gegenteil dessen enden, was angestrebt wurde.

Linke Parteien sollten sich deshalb nicht an der Ausarbeitung von Sondergesetzen und Einwanderungsgesetzen für Migrant:innen und Flüchtende beteiligen, die trotz gegenteiliger Intention fast immer in eine Separierung von realen Menschen in nützliche und unnütze Migrant:innen münden werden und schon kurzfristig nur durch Polizeistaatsmethoden umgesetzt werden können. Es sei denn, ein solches Gesetz will nur die Einwanderung durch offene Grenzen erfassen (also die Umsetzung eines weltweiten sozialen Rechtes auf Mobilität), nicht aber regulieren; dann sollte dies aber klar gesagt werden.

Die Linke sollte sich aber erst recht nicht an einem Nicht-Einwanderungsgesetz (Einwanderungsbegrenzungsgesetz) beteiligen, wie es fast alle kapitalistischen Regierungen derzeit erlassen oder verschärfen. Ein solches Gesetz wird sich zwangsläufig an der humanitären Katastrophe verheben, nicht nur ökonomisch (im Sinne der Kapitalinteressen), sondern schon vorgelagert politisch, nämlich entscheiden zu wollen (und vor allem, zu müssen), wer Geflüchtete oder Geflüchteter und notgedrungen willkommen und wer „Wirtschaftsasyllant:in“ ist, der oder die nicht bleiben darf. Auch ein solches Flüchtlingsbegrenzungsgesetz ist nur durch Polizei und Militär umzusetzen.

Linke Politik sollte also zunächst nur sagen, was ist und darüber aufklären, wer verantwortlich für all die unmenschlichen und ungerechten Erscheinungen in unserer Gesellschaft ist. Zweitens sollte sie eine massive Bewegung des Willkommens und der Solidarität aller Opfer des Kapitalismus organisieren und eine ad-hoc-Umverteilung für ein Arbeits-, Wohnungs- und Investitionsprogramm für alle fordern; drittens sollte sie alle Geflüchteten, so wie alle hier Lebenden, gleichermaßen als Menschen und als politische Subjekte ansprechen und sie in eine politische „Einheitsfront“ gegen das Kapital einbeziehen; und schließlich viertens müsste es darum gehen, eine internationale (und internationalistische) politische Bewegung gegen Kriege, Freihandel, Klimazerstörung und den Kapitalismus allgemein aufzubauen – als Voraussetzung einer wirklichen Bekämpfung von Fluchtursachen.

Eine Politik des „die jeweiligen Staatsbürger:innen zuerst“ führt immer zu einem furchtbaren Race to the Bottom und Konkurrenzkampf innerhalb der Arbeiter:innenklasse. Linke Politik muss da massiv und konsequent gegenhalten: Lieber das System zum Stillstand bringen, als sich den Verteilungskampf untereinander aufzwingen zu lassen.

In anderen Zusammenhängen, zum Beispiel bei Massenentlassungen in Konzernen, haben die Linke und die Mehrheit der Gewerkschaften es ja auch begriffen (auch wenn es manchmal erst nach längerem Lernprozess erfolgte), dass letztlich die ganze Arbeiter:innenklasse verliert, wenn man sich auf die vom Kapital vorgeschlagenen „Logiken“ einlässt: „Erst die Geflüchteten rausdrängen“, oder „Erst die Doppelverdiener:innen, die Frauen, entlassen“, oder „erst die Leiharbeiter:innen abbauen“. Auch die vielzitierte Standortlogik des Kapitals, die einzelne Betriebsteile und Unternehmen auf dem ganzen Erdball gegeneinander auszuspielen versucht, darf von der Linken und den Gewerkschaften nicht akzeptiert werden.

Wie der Kapitalismus funktioniert und was im Zentrum linker Aufklärung und Widerstandspraxis stehen muss, dazu im Folgenden ein paar Ideen.

1 Das Kapital hat immer und überall Interesse an billigen Arbeitskräften. Deswegen sorgt es bewusst dafür, dass sich der Wert der Ware Arbeitskraft (und davon abgeleitet der Preis, also die Löhne der Arbeitskraft) nicht wirklich ausgleicht. Weder zwischen Männern und Frauen, noch zwischen Stadt und Land, noch zwischen Jung und Alt, noch zwischen Berufsanfänger*in und erfahrenen Arbeitskräften und schon gar nicht zwischen europäischem

Zentrum und Peripherie und überhaupt schon gar nicht zwischen den armen Ländern und den reichen. Damit diese Spaltungsversuche des Kapitals minimiert werden, sind die Arbeiter:innenbewegung und die Linke schon immer für eine weitestgehende Freizügigkeit der Arbeitskräfte und eine Abschaffung aller Grenzen eingetreten (nicht nur derjenigen, zu deren Übertritt ein Pass benötigt wird). Es waren stets die rechten Kräfte in der Arbeiter:innen- und Gewerkschaftsbewegung, die diesen Kampf um weltweite Mobilität und die Willkommenskultur gegenüber Einwanderer:innen zu unterlaufen versucht haben.

Die Ausgleichsbewegung des Wertes der Ware Arbeitskraft ist deshalb nicht mechanisch zu sehen. Zwischen verschiedenen Regionen und schon gar Staaten gibt es unterschiedliche Ausgleichsbewegungen (wie bei den Profitraten auch). Dennoch ist die kapitalistische Weltwirtschaft immer mehr vom Gesetz der ungleichen, aber kombinierten Entwicklung geprägt. Deshalb wird – eine entsprechend starke Arbeiter:innenklasse vorausgesetzt – der weltweite Ausgleich des Wertes der Arbeitskraft voranschreiten.

Ein sehr wichtiger Faktor ist dabei allerdings der politische Lohnkampf. Das „historisch-moralische Element“ (also die in Tarifverträge, Arbeitsgesetze, Betriebsvereinbarungen oder auch in kulturell dauerhafte Veränderungen in der Bedürfnisstruktur der Gesellschaft gegossenen Ergebnisse von Klassenkämpfen) im Wert der Ware Arbeitskraft ist ein variabler Faktor, der vom subjektiven Handeln der Klasse abhängt. Und auch hier sind internationale Regelungen und auch Mobilisierungen ja schon teilweise Realität.

Wenn dieser Lohnkampf ausfällt oder zu schwach ist, dann führt die Ausgleichsbewegung des Wertes der Arbeitskraft im Übrigen nicht zur Anpassung an das oberste Niveau, sondern zu einer Absenkung bestimmter Löhne auf Mittelmaß. Dies trifft international zu, aber auch in jedem nationalstaatlich begrenzten Arbeitskraftmarkt – wie nach der Übernahme der DDR durch die BRD leidvoll erfahren werden konnte.

Trotzdem ist es vielleicht der wichtigste Beitrag zur Beendigung einer weltweiten ungerechten Wirtschaftsordnung – wichtiger als alle „Entwicklungshilfe“ und sonstige Brosamen, die von den Reichen zu den Armen gelangen – wenn es gelänge, die Unterschiede in der Bezahlung der Arbeitskraft auszugleichen.

Es gibt in diesem Kontext leider bis in die Reihen der Linken die irrije Ansicht, dass aufgrund einer solchen möglichen Lohnsenkung, die Arbeiter:innen in den rei-

chen Ländern ein ökonomisches Interesse an der Begrenzung der Einwanderung hätten. Wer sich mit seinem Schicksal als Ausgebeutete und Ausgebeuteter abgefunden hat, mag so denken. Der oder die haben auch ein „ökonomisches Interesse“, dass alle anderen Arbeitskräfte, außer man selbst, möglichst wenig verdienen; dass alle zum „eigenen“ Kapitalisten konkurrierenden Firmen gerne Pleite gehen dürfen usw. Es ist Grundverständnis linker und gewerkschaftlicher Politik, bei all diesen Fragen ein Klasseninteresse zu formulieren und in Politik umzuwandeln. Wer in Zeiten kollektiver Kämpfe auf individuelle Kämpfe vertraut, wird immer Lernprozesse mit tödlichem Ausgang einleiten.

Dass Grenzenlosigkeit und Weltoffenheit für das Kapital schon seit langem existieren, ist so unstrittig, wie die gleichzeitigen Versuche des Kapitals, dennoch immer wieder Extraprofite und politische Vorteile im Konkurrenzkampf durch nationale Sonderregelungen und Protektionismus zu erzielen. Deshalb sterben die „nationalen Heimatbastionen“ des Kapitals nicht aus, sondern werden immer wieder in Stellung gebracht.

Letztlich möchte natürlich auch das Kapital die Grenzen für bestimmte, nach ihren Kriterien ausgewählte Arbeitskräfte öffnen. Aber die Geschichte zeigt, dass das Kapital dabei immer nur spezielle Arbeitskräfte hereinlässt, gelegentlich sogar direkt hereinholt. Kommen, werden aber nicht nur Arbeitskräfte, sondern immer Menschen, was die unproduktiven Kosten zum Zusammenhalt der Gesellschaft in die Höhe treibt.

Deshalb bevorzugt das Kapital heute – und die technischen und informationstechnologischen Möglichkeiten lassen es in ungeahntem Umfang zu – lieber die Produktion oder Produktionsabschnitte zu den Arbeitskräften irgendwo auf der Welt zu verlagern, als die Grenzen für Arbeitsmigration zu öffnen.

Deshalb sind die großen bürgerlichen Parteien in fast allen Ländern für scharfe Regulierung der Zuwanderung allein nach ökonomischen Kriterien der Kapitalverwertung. Sie sind dies allerdings auch, weil alte und neue rechtsnationalistische Parteien der traditionellen politischen Führung des Kapitals immer mehr Wähler:innen entziehen.

2 Die Unterschiede in den Löhnen liegen deshalb nicht daran, dass die eine Arbeitskraft weiblich ist, oder aus Ostfriesland stammt, oder aus Bangladesch oder Syrien, oder dass sie jünger ist – sondern einzig und allein daran, dass es dem Kapital gelingt, sie billiger zu ma-

chen. Linke Politik muss deshalb eine weitest mögliche Einheitsfront schmieden, um diese Entwertungs- und Spaltungspolitik des Kapitals zu durchbrechen. In dieser Frage sind alle auf der gleichen Seite der Barrikade: Der türkische Produktionsarbeiter, die kurdische Büglerin, der ägyptische Arzt, die Praktikantin aus Oberammergau, der Leiharbeiter aus Berlin und die Arbeitsmigrantin aus Portugal. Ihre Nationalität hat mit der ökonomischen Ungleichbehandlung nichts tun. Gleichwohl versuchen das Kapital und seine Medien alles, das Gegenteil in die Köpfe der Menschen zu zwingen.

Die Antwort der Linken muss folglich sein: Ablehnung der bürgerlichen Kriterien der Leistungsdifferenzierung; gleichmacherische Lohnforderungen und sogar positive Diskriminierungen für bestimmte ausgegrenzte Teile der Arbeiter:innenklasse.

3 Die armen Länder unterliegen seit Jahrhunderten einer ökonomischen Ausplünderung und Zurichtung. Dabei ist der „Brain-Drain“, also die mittelbare und auch die bewusste direkte Abwerbung qualifizierter Arbeitskräfte aus den armen Ländern in die reichen, nur ein Aspekt. Die Kolonialisierung; der Sklavenhandel; die Ausbeutung der Rohstoffe mit der entsprechenden Verzerrung der gesamten gesellschaftlichen Entwicklung; Kapitalinvestitionen und Profitabfluss; Landgrabbing; Strukturanpassungsprogramme unter dem Diktat von IWF, Weltbank oder Europäische Kommission und heute vor allem der ungleiche Tausch (unterschiedlich wertiger Waren) im Zuge des „Freihandels“ führen zu einer permanenten und wachsenden ungleichen, aber immer mehr auch kombinierten Entwicklung. Die Armut ist organisch weltweit mit dem Reichtum verknüpft.

Wie Jean Ziegler sagt, kommt es heute weniger darauf an, den armen Ländern mehr zu geben, als ihnen weniger wegzunehmen. Deshalb muss eine weltweite gigantische Umverteilung Teil und Ergebnis einer aktuellen linken Politik für eine gerechte Weltwirtschaftsordnung sein.

Das heißt im Klartext: Fluchtursachen werden in erster Linie nicht in fernen Ländern bekämpft, sondern hier bei uns und den anderen imperialistischen Metropolen.

4 Die Antwort der Linken kann darauf nur eine umfassend politische Antwort sein: Erstens konsequent internationalistisch, für weltweite Umverteilung des Reichtums. Für Reparationen an in der armen Welt angerichteten Zerstörungen. Zweitens, eine Politik in Richtung internationalen Ausgleichs des Wertes der

Ware Arbeitskraft (also: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit weltweit), einschließlich internationaler gewerkschaftlicher Kämpfe. Das – aktuell schon wieder enthauptete – „Lieferkettengesetz“ in Deutschland und der EU ist nur ein schwaches Mittel in die richtige Richtung, Drittens, Kampf für das Recht auf internationale Mobilität der Arbeitskraft, weil dies unerlässlich ist, zum Ausgleich des Wertes und weil das Kapital schon lange international ist und überall offene Grenzen antrifft oder sie sich schafft. Und viertens eine Politik der Zähmung des Kapitals: Gegen Krieg und Rüstung; für strenge Investitionsregeln und staatliche Kontrolle über die Finanzmärkte; für das Recht der unproduktiveren Länder und Sektoren der Weltwirtschaft auf protektionistische Maßnahmen und gegen das Diktat des Freihandels.

5 Es gibt heute 125 Millionen Geflüchtete. Die Ursachen sind Krieg, kapitalistischer Freihandel und Umweltzerstörung. Das sind die Hauptursachen, alle weiteren wie – Flucht vor religiöser und politischer Unterdrückung, patriarchalen Zwängen, sexueller Repression und rassistischer Ausgrenzung – sind davon abgeleitet. Die Ursachen sind also klar zu benennen: nicht Staatsversagen in Deutschland oder Europa, nicht Kontrollverlust des Staates“, nicht Lug und Trug, sondern die kapitalistische Normalität und Eigentumsordnung und ihre weltweite Zerstörungskraft.

Die Zerstörung des Weltklimas in Folge der Erderwärmung; die gleichzeitige Zunahme von Extremwetterlagen mit Starkregen sowie von Dürre und akutem Wassermangel; die Erosion und Versteppung von Böden; das rasant zunehmende Artensterben; die ungleiche Verteilung von Land und das Landgrabbing sind zur größten Ursache von Migration und Fluchtbewegungen in der Welt geworden. 86 Millionen Menschen sind vertrieben worden, weitere 250 Millionen müssen in den nächsten zehn Jahren bewusst umgesiedelt werden. Fast eine Milliarde Menschen könnte dieses Schicksal treffen, wenn die ökologische Krise so fortschreitet wie bisher.

Flucht wegen der ökologischen Krise des Kapitalismus wird nicht als Fluchtgrund anerkannt. Das muss anders werden.

Die Mehrheit der Geflüchteten (73,5 Millionen) sind Binnenflüchtlinge innerhalb des eigenen Staatsgebietes. Die zweitgrößte Gruppe migriert zwangsweise in Nachbarstaaten, die ökonomisch nicht besser stehen als die Heimat. Nur ein kleiner Teil der Geflüchteten hat die Mittel und die Kraft, um die reichen kapitalistischen Länder zu erreichen.

Die Bewegung der Geflüchteten ist ökonomisch betrachtet akuter Ausdruck der Vorgänge in der weltweiten industriellen Reservearmee. Ihr – um mit Marx' Begriffen zu sprechen – latenter und ihr stockender Bestandteil schwellen aufgrund der internationalen Auflösungserscheinungen intakter Ökonomien an und treffen auf einen durch den systematischen Aufbau eines Niedriglohnsektors durchstrukturierten fließenden Teil der industriellen Reservearmee. Linke Politik kann das nicht reparieren, sondern nur anprangern und eine grundsätzliche Opposition gegen die kapitalistischen Strukturen aufbauen. Das heißt harte Kämpfe um die Erhöhung der Lohnquote, kürzere Arbeitszeiten bei Lohn- und Personalausgleich – aber für alle. Das heißt ebenso, auch wenn es sich der normale Gewerkschaftsfunktionär nicht vorstellen mag: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit weltweit. Überall der gleiche Stundenlohn. Dass dies nicht utopisch ist, zeigen die bereits geforderten und zum Teil eingelösten weltweiten Standards bei Umweltfragen und Arbeitsbedingungen. Der Kampf um solche Forderungen ist möglich und attraktiv. Gleichzeitig ist eine solche Forderung aber auch hochgradig utopisch, weil sie das normale Funktionieren des Kapitalismus zum Erliegen bringen wird, zugunsten anderer, solidarischer Weltwirtschaftsstrukturen. Solche Forderungen, die utopisch und konkret zugleich sind, haben und verdienen zurecht den Namen „Übergangsforderungen“.

6 Wenn von diesen 125 Millionen ein paar – und wir alle wissen, dass es nicht die ärmsten Schweine sind – nach Deutschland und Europa kommen, dann sind sie alle willkommen. Wir fragen nicht nach ökonomischer Nützlichkeit. Wir belehren sie nicht, dass sie doch lieber den „Brain-Drain“ in ihrer Heimat stoppen und heimkehren sollen. Stattdessen nehmen wir sie als politische Subjekte und ganze Menschen ernst und versuchen, sie als Bündnispartner:innen in unserer Einheitsfront gegen das Kapital zu gewinnen. Das Geld für eine menschliche und solidarische Aufnahme dieser Menschen ist allemal da. Der DGB hat in einem klaren Moment im berühmten „Sommer der Migration“ von 2015 zurecht gesagt, dass allein die Haushaltsüberschüsse ausreichen, ein solches menschliches Willkommen zu finanzieren.

7 Die politische Rechte in Deutschland und Europa hat das Thema „Flüchtlinge“ zum Mittelpunkt ihrer Mobilisierungen und die Angst in das Zentrum ihrer Wahlkämpfe gerückt. Sie ruft nach mehr Staatskontrolle

und Polizei und mobilisiert alte nationalistische, völkische, identitäre und rassistische Vorurteile. Teilweise gelingt es der Rechten, hegemoniale Positionen im gesellschaftlichen Diskurs zu besetzen, insbesondere bei jungen Menschen, die sich berechtigt Sorgen um die Zukunft im Kapitalismus machen.

Linke Politik muss aufgrund dieser politischen Verhältnisse nicht nur ihre Anstrengungen verdoppeln, die Menschen über die wirklichen Verhältnisse und das Funktionieren des Kapitalismus aufzuklären, sondern sie muss ihre Worte und Begriffe, die Assoziationen und Schlussfolgerungen sehr sorgfältig überprüfen und korrigieren, um nicht Gefahr zu laufen, mit dem rechten Diskurs gemein zu werden. Begriffe wie „Obergrenzen“, „Scheinflüchtlinge“, „irreguläre Migration“, „Staatlicher Kontrollverlust“, „Ausbau des Sicherheitsstaates“, „bessere innere Sicherheit“ und viele andere verbieten sich für jegliche linke Politik und Aufklärung. Sie verschleiern die wirklichen Ursachen, ebnen den Unterschied zu den herrschenden und den rechten Kräften ein und verführen zu falschen Bündnissen.

Köln, 02.02.2026

Thies Gleiss war jahrelang Betriebsratsvorsitzender in einem Metallbetrieb. Er ist als Vertreter der Antikapitalistischen Linken Mitglied im Vorstand der Partei DIE LINKE.



Internationales revolutionäres Jugend-Sommer-Camp



Das Kapital stürzt mit seiner Produktionsweise die Erde in einen Zustand großer Zerstörung. Wir erleben imperialistisches Machtstreben um Einfluss-sphären, Ausbeutung von Menschen und Natur, Kriege und Genozide... Um seine Profite zu sichern setzt das Kapital global auf Rechtsextremismus und Autoritarismus: ob in den USA, Argentinien oder Deutschland, auf jedem Kontinent sind demokratische Rechte in Gefahr. Menschen, die gegen die Zustände protestieren, Queere, Frauen, Migrant:innen, sehen sich dem Ausbau von Militär, Polizei und wachsender Repression ausgesetzt, rechte Strukturen nehmen zu.

■ **Um von den globalen Problemen abzu-lenken, setzen die Herrschenden** auf unsere Spaltung – das Aufhetzen von Menschen gegen Menschen. So wie es die Bundesregierung unter Merz aktuell bei den Geflüchteten und Erwerbslosen tut. Dies wird letztendlich nur der AFD und anderen Nazis in die Hände spielen.

■ **Doch es regt sich auch Widerstand.** Das haben tausende Menschen gezeigt, die gegen die Gründung der AFD-Jugend demonstriert und blockiert haben. Das zeigt die Welle von Hundertausenden Menschen in der Palästina-Solidarität, die sich trotz Polizeigewalt und deutscher Staatsräson gegen den Gaza-Krieg formiert hat. Das zeigen die Proteste gegen den Angriff auf Venezuela, der Schulstreik gegen die Wehrpflicht und nicht zuletzt die Streiks der Arbeiter:innenklasse im öffentlichen Dienst und dem ÖPNV in den vergangenen Monaten.

■ **Wenn wir uns organisieren, können wir uns wehren.** Solidarität ist stärker als Hass, Abschottung, Spaltung und Repression. Wir, die Jugendlichen dieser Welt, sehen, wie unsere Existenzgrundlage gefährdet wird. Eine Zukunft mit Krieg und Klimakatastrophe wollen wir nicht. Wir kämpfen für eine Welt ohne Ausbeutung und Kapitalismus. Dafür organisieren wir uns!

■ **Wenn du diese Solidarität und Organisation spüren möchtest, komm zum Sommercamp.** Die Jugendlichen in und um die

IV. Internationale organisieren jährlich ein internationales Camp. Hier erwarten dich spannende Inputs, Diskussionen und gelebte Solidarität zwischen über 300 jungen Menschen aus der ganzen Welt. Auf dem Sommercamp geht es um den Austausch über ökoso-zialistische, queer-feministische, antikapitalistische, antirassistische und antiimperialistische Kämpfe!

In diesem Jahr findet das Sommercamp in Deutschland statt, und zwar 50 km südlich von Stuttgart. Das Camp ist wunderschön im Biosphärengebiet Schwäbische Alb gelegen.

Das Camp richtet sich an Menschen zwischen 14 und 30 Jahren.

3 Schritte zum Camp

- Code scannen und in signal-gruppe kommen. In der offenen Gruppe erhältst du Updates, Anreiseinfos und das genaue Camp-Programm.
- Online anmelden und Campbeitrag zahlen. Die Preise für das Camp sind sozial gestaffelt. Den Link erhältst du in der Signal-Gruppe.
- Gemeinsam anreisen und Spaß haben. Wir planen die Reise gemeinsam, du kannst auch individuell fahren.

